

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundespräsident
Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

5. Juli 2023

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Der Regierungsrat dankt für die Gelegenheit, zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Stellung nehmen zu können. Er äussert sich wie folgt:

Im Bereich der Versicherungsvermittlertätigkeit ist eine Branchenvereinbarung zurzeit nur für diejenigen Versicherer verbindlich, die ihr beigetreten sind. Gemäss dem Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit kann der Bundesrat jedoch gewisse Bereiche der Branchenvereinbarung für verbindlich erklären.

Mit den vorgesehenen Änderungen der Verordnung betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung (Krankenversicherungsaufsichtsverordnung, KVAV; SR 832.121) und der Verordnung über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen (Aufsichtsverordnung, AVO; SR 961.011) schafft der Bundesrat die notwendigen Ausführungsbestimmungen, damit er ab dem 1. Januar 2024 bestimmte Bereiche der Branchenvereinbarung der Versicherer für allgemeinverbindlich erklären kann. Von diesem Mittel wird er insbesondere dann Gebrauch machen, wenn Versicherer der Branchenvereinbarung nicht freiwillig beitreten. Weiter enthalten die beiden Verordnungen die notwendigen Ausführungsbestimmungen, damit der Bundesrat eingreifen kann, wenn die Versicherer eine Branchenvereinbarung nicht einhalten.

Die vorgesehenen Änderungen von KVAV und AVO sind aus Sicht des Regierungsrats ein wirkungsvolles Instrument zur Umsetzung der Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit. Insgesamt begrüsst der Regierungsrat die geplanten Änderungen in den beiden Verordnungen (KVAV und AVO). Durch die mit der Verordnungsänderung einhergehende Verbindlicherklärung von Branchenvereinbarungen kann der Bundesrat die Qualität der Vermittlungsdienstleistungen verbessern. Weiter wird sich die Regulierung in weniger stark steigenden Prämien niederschlagen. Das Ziel, unerwünschte Telefonanrufe in der Krankenversicherungsbranche zu unterbinden, lässt sich dadurch ebenfalls umsetzen.

Weitere Bemerkungen entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Antwortformular.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Jean-Pierre Gallati
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Beilage

- Antwortformular

z.K. an

- aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Aargau

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Regierungsgebäude, 5001 Aarau

Kontaktperson : Gregor Maier; Departement Gesundheit und Soziales, Abteilung Gesundheit

Telefon : 062 835 44 84

E-Mail : gregor.maier@ag.ch

Datum : 5. Juli 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen _____	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV) _____	4
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO) _____	5
Weitere Vorschläge _____	6

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
	<p>Aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Aargau ist es richtig, die Tätigkeiten von Vermittlerinnen und Vermittlern in der sozialen Krankenversicherung und der Krankenzusatzversicherung zu regulieren. Diesen Standpunkt hat der Regierungsrat bereits in der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit festgehalten. In der besagten Vernehmlassung von Ende August 2020 begrüsst der Regierungsrat die Gesetzesänderung vollumfänglich. Am 16. Dezember 2022 hat das Bundesparlament das besagte Bundesgesetz verabschiedet (BBl 2022 3204). Aktuell ist eine Branchenvereinbarung noch immer nur für die Versicherer verbindlich, die ihr beigetreten sind, und der Bundesrat hat keine Befugnis einzugreifen, wenn die Versicherer die Vereinbarung nicht einhalten. Gemäss dem Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit kann der Bundesrat jedoch gewisse Bereiche der Branchenvereinbarung für verbindlich erklären.</p>
	<p>Die im vorliegenden Vernehmlassungsverfahren zu beurteilende Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit ist ein Mantelerlass. Er beinhaltet Änderungen der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV; SR 832.121) und der Aufsichtsverordnung (AVO; SR 961.011). Namentlich soll der Bundesrat neu Teile der Branchenvereinbarung der Versicherer für allgemeinverbindlich erklären können, wenn gewisse Versicherer dieser Vereinbarung nicht freiwillig beitreten. Die vorliegende Verordnungsanpassung schafft die notwendigen Ausführungsbestimmungen. Beispielsweise soll der Bundesrat die Punkte der Branchenvereinbarung für verbindlich erklären können, die das Verbot der telefonischen Kaltakquise, die Ausbildung und Entschädigung der Vermittlertätigkeit sowie die Erstellung und Unterzeichnung von Beratungsprotokollen betreffen. Die Nichteinhaltung der verbindlich erklärten Punkte der Vereinbarung stellt einen Verstoss dar, der geahndet werden kann.</p>
	<p>Die vorgesehenen Änderungen von KVAV und AVO sind aus Sicht des Regierungsrats ein wirkungsvolles Instrument zur Umsetzung der Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit. Insgesamt begrüsst der Regierungsrat die vorgesehene Umsetzung in den beiden Verordnungen (KVAV und AVO). Die geänderten Verordnungen treten voraussichtlich per 1. Januar 2024 in Kraft. Durch die Verbindlicherklärung von Branchenvereinbarungen kann der Bundesrat unter anderem die Qualität der Vermittlungsdienstleistungen verbessern und die Kosten senken. Das Ziel, unerwünschte Telefonanrufe in der Krankenversicherungsbranche zu unterbinden, wird ebenfalls umgesetzt.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Anhang 1		2	Die im Anhangentwurf vorgeschlagenen Obergrenzen für die Entschädigung der Vermittlertätigkeit von maximal Fr. 70.– im OKP-Bereich erscheint angemessen. Der Regierungsrat empfiehlt, dass der Bundesrat nach dem Inkrafttreten in angemessenen zeitlichen Abständen Evaluierungen vornehmen sollte. Wenn sich abzeichnen sollte, dass die maximale Entschädigung nicht (mehr) angemessen ist, muss er die Obergrenze nach oben oder nach unten anpassen.	

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Anhang 7		2	Die Entschädigung von maximal zwölf Monatsprämien pro abgeschlossenes Produkt erscheint zwar hoch. Weil es sich jedoch um Entschädigungen ausserhalb des OKP-Bereichs handelt und die Vertragsparteien die Verträge im Zusatzversicherungsbereich häufig auch für mehrere Jahre abschliessen, erscheint die maximale Entschädigung insgesamt sachgerecht. Die Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft) aufgrund der Einführung einer maximalen Entschädigung ist nach Ansicht des Regierungsrats im vorliegenden Fall grundsätzlich als verhältnismässig zu beurteilen.	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
aufsicht-krankenversicherung@bag.ad-
min.ch und
gever@bag.admin.ch

Appenzell, 6. Juli 2023

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. April 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revi-
sion der Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit zukommen
lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie hat keine Anmerkungen oder Ergä-
nzungen zur Revisionsvorlage.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Gesundheit
3003 Bern

per Mail an
aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch
und gever@bag.admin.ch

[Word- und PDF-Version]

Herisau, 30. Juni 2023

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Eidg. Vernehmlassung; Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. April 2023 hat das eidgenössische Departement des Innern (EDI) die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung der der eingangs erwähnten Vorlage eingeladen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 9. August 2023.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er hat bereits in seiner Vernehmlassungsantwort vom 20. August 2022 dem Entwurf zum Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit grundsätzlich zugestimmt. Mit dem nun vorliegenden Verordnungsentwurf sollten die Ziele der Gesetzesrevision erreicht werden und die Umsetzungsfrage stringenter geklärt sein, weshalb der Regierungsrat auch mit dem Verordnungsentwurf einverstanden ist.

Zu bedenken gibt er aber, dass es sich noch zeigen muss, inwiefern sich diese eher komplizierte Lösung als zielführend erweist. Die Umsetzung hängt besonders vom Willen der Versicherungsbranche ab, ob sich diese an die künftig allgemeinverbindlich erklärten Regeln hält und ob Verstösse konsequent sanktioniert werden können.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Bundesamt für Gesundheit

Per E-Mail (als pdf- und doxc-Datei) an:
- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

RRB Nr.: **- 7 0 2 / 2 0 2 3**
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrations-
direktion

21. Juni 2023

**Vernehmlassung des Bundes: Verordnung über die Regulierung der Versicherungsver-
mittlertätigkeit**
Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Er stimmt der Vorlage zu und hat keine weiteren Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Philippe Müller
Regierungspräsident

Christoph Auer
Staatsschreiber

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Per Mail an

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

Liestal, 6. Juni 2023
VGD / AfG / TRA

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für Ihren Brief vom 19. April 2023, mit dem Sie uns die Unterlagen zur Vernehmlassung betreffend die Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit zugestellt haben. Gerne antworten wir Ihnen innerhalb der uns gewährten Frist.

Der Regierungsrat hatte in seiner Vernehmlassung vom 1. September 2020 zum Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit den Entwurf zu diesem Gesetz grundsätzlich gutgeheissen. Mit dem gewählten Ansatz sollten die Ziele erreicht werden, welche sich das Parlament mit der Annahme der Motion der SGK-S 18.4091 «Verbindliche Regelung der Vermittlerprovisionen, Sanktionen und Qualitätssicherung» selber gesetzt hatte.

Wir erachten den nun vorliegenden Verordnungsentwurf über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit als stringente Umsetzung dieser Gesetzesbestimmungen. Inwiefern sich diese eher komplizierte Lösung als zielführend erweist, hängt künftig besonders vom Willen der Versicherungsbranche ab, sich an die künftig allgemeinverbindlich erklärten Regeln zu halten und ob Verstösse konsequent sanktioniert werden können.

Ob diese Lösung nebst der Reduktion der Anzahl Reklamationen betreffend unerwünschter Telefonanrufe (BBl 2021 1478 S. 2) auch zu tieferen Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, namentlich durch Vermeidung unnötiger Versichertenwechsel und Vermeidung von Überbehandlung in Verbindung mit unnötigen Zusatzversicherungen beitragen kann, ist offen. Sollte sich die Versicherungsbranche nicht mehr in ausreichendem Quorum an ihre Vereinbarung halten wollen, wird sich der Bundesrat bald in der Pflicht sehen, dem Parlament eine Lösung vorzuschlagen, welche die Vermittlertätigkeit zwingender zu regulieren vermag.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort bei der weiteren Bearbeitung des Geschäfts.

Hochachtungsvoll


Kathrin Schweizer
Regierungspräsidentin


Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Beilage:

- Formular «Bemerkungen zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlungstätigkeit»

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

Abkürzung der Firma / Organisation : RR Kanton BL

Adresse : Bahnhofstrasse 5, 4410 Liestal

Kontaktperson : Eric Trachsel

Telefon : 061 552 56 30

E-Mail : eric.trachsel@bl.ch

Datum : 06.06.2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	5
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	7
Weitere Vorschläge	9

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
Regierungsrat des Kantons Basel- Landschaft	<p>Der Regierungsrat erachtet den vorliegenden Verordnungsentwurf über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit als stringente Umsetzung der Bestimmungen zum Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit. Inwiefern sich diese eher komplizierte Lösung als zielführend erweist, hängt künftig besonders vom Willen der Versicherungsbranche ab, sich an die künftig allgemeinverbindlich erklärten Regeln zu halten und ob Verstösse konsequent sanktioniert werden können.</p> <p>Ob diese Lösung nebst der Reduktion der Anzahl Reklamationen betreffend unerwünschter Telefonanrufe (BBI 2021 1478 S. 2) auch zu tieferen Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, namentlich durch Vermeidung unnötiger Versichertenwechsel und Vermeidung von Überbehandlung in Verbindung mit unnötigen Zusatzversicherungen beitragen kann, ist offen. Sollte sich die Versicherungsbranche nicht mehr in ausreichendem Quorum an ihre Vereinbarung halten wollen, wird sich der Bundesrat bald in der Pflicht sehen, dem Parlament eine Lösung vorzuschlagen, welche die Vermittlertätigkeit nachhaltiger zu regulieren vermag.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
RR Kt. BL				keine Bemerkungen.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
RR Kt. BL				keine Bemerkungen.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht					

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.			

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.			
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.			



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per E-Mail an:

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

Basel, 27. Juni 2023

Regierungsratsbeschluss vom 27. Juni 2023
Vernehmlassung zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. April 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir die Vorlage gutheissen. Da die geplanten Regelungen die Kantone nicht direkt betreffen, verzichten wir auf eine weitergehende Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de l'intérieur DFI
Inselgasse 1
3003 Berne

Courriel : aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

Fribourg, le 30 mai 2023

2023-438

Modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance (OSAMal) et de l'ordonnance sur la surveillance (OS)

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons à votre courrier de mise en consultation du 19 avril 2023. Le Conseil d'Etat remercie le DFI pour l'élaboration du projet et l'invitation à prendre position concernant l'objet susmentionné.

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg a examiné les différentes modifications projetées et n'a pas de remarques particulières à émettre à leur égard. Ainsi, nous pouvons soutenir le projet.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Didier Castella, Président



Sophie Perrier, Vice-chancelière

Copie

—

à la Direction de la santé et des affaires sociales ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 5 juillet 2023

Le Conseil d'Etat

5598-2023

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Président de la Confédération
Inselgasse 1
3003 Berne

Concerne : projet d'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance - prise de position du canton de Genève

Monsieur le Président,

Nous avons pris connaissance avec intérêt du projet d'ordonnance fédérale sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance que vous nous avez soumis pour consultation le 19 avril 2023.

Ce projet d'ordonnance fait suite à l'adoption, en décembre 2022, de la loi fédérale sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance. Il vise notamment à donner force obligatoire à l'accord de branche du 24 janvier 2020 signé entre santésuisse et curafutura.

Nous avons toutefois pris note qu'au moment de l'ouverture de la consultation citée en titre, aucune requête formelle dans ce sens n'avait encore été déposée par les assureurs. Comme ladite réglementation n'est déclarée obligatoire que si les assureurs en font la requête, nous espérons vivement que dans l'intervalle, une telle requête a été présentée ou qu'elle va l'être dans les plus brefs délais.

Nous estimons par ailleurs que ce projet corrige à juste titre l'exclusion de l'accord de branche des personnes liées par un contrat de travail à un assureur ou à une société appartenant pour l'essentiel au même groupe que l'assureur, et dont l'activité doit également être régulée au sens de la nouvelle loi.

Compte tenu de la nature essentiellement technique de la nouvelle ordonnance et de sa conformité évidente avec la législation sous-jacente, notre Conseil n'a aucune autre

remarque particulière à formuler sur ce projet. Nous estimons que la nouvelle ordonnance est adaptée et nécessaire pour permettre la mise en œuvre effective de la loi.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos commentaires, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :



Antonio Hodgers

Copie par courriel à : aufsicht-krankenversicherung@bag.admin et gever@bag.admin.ch

Finanzen und Gesundheit
Rathaus
8750 Glarus

per E-Mail

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

Glarus, 19. Juni 2023
Unsere Ref: 2023-581

Vernehmlassung zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Hochgeachteter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab dem Kanton Glarus in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Glarus überwies das Geschäft dem Departement Finanzen und Gesundheit zur direkten Erledigung. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir aufgrund geringer Betroffenheit auf eine Stellungnahme verzichten.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



Benjamin Mühleemann
Landammann

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom

23. Mai 2023

Mitgeteilt den

24. Mai 2023

Protokoll Nr.

425/2023

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Per E-Mail (Word-Format) zustellen an:

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

gever@bag.admin.ch

**Vernehmlassung BAG - Verordnung über die Regulierung der Versicherungs-
vermittlertätigkeit: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit E-Mail vom 19. April 2023 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich in obenerwäh-
ter Angelegenheit zu äussern.

Nach Sichtung der Unterlagen begrüßen wir die Ausführungsbestimmungen zum
bereits erlassenen Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über die soziale Kranken-
versicherung (Krankenversicherungsaufsichtsgesetz, KVAG; SR 832.12). Da die
Kantone durch diese Vorlage nicht direkt betroffen sind, verzichtet der Kanton Grau-
bünden auf eine detaillierte Rückmeldung.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, overlapping strokes.

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, featuring a prominent, stylized 'M' shape.

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de l'intérieur DFI
Monsieur le Président de la Confédération Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Berne

Adressé par courriel à :
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch ;
gever@bag.admin.ch.

Delémont, le 27 juin 2023

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance

Monsieur le Président de la Confédération,
Mesdames, Messieurs,

Par la présente, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous remercie de le consulter sur l'objet susmentionné et vous transmet sa réponse après une analyse détaillée de la législation proposée.

Le Gouvernement salue ces projets de révision de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance (OSAMal, RS 832.121) et de l'ordonnance sur la surveillance (OS, RS 961.011) qui prévoient de rendre obligatoires certains points de l'accord du 24 janvier 2020 entre santésuisse et curafutura qui réglementent l'activité des intermédiaires d'assurance et limitent le démarchage téléphonique et la rémunération desdits intermédiaires.

En vous remerciant de l'avoir consulté sur l'objet cité en titre, il vous prie de croire, Monsieur le Président de la Confédération, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de sa très haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Jacques Gerber
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Prise de position de

Nom / entreprise / organisation : Service de la santé publique - République et Canton du Jura

Abréviation de l'entreprise / organisation : RCJU

Adresse : Capucins 20, 2800 Delémont

Personne de référence : Mauro Mayer

Téléphone : +41 32 420 51 26

Courriel : mauro.mayer@jura.ch

Date : 27 juin 2023

Remarques importantes :

1. Veuillez n'effectuer aucun changement dans le format du formulaire et ne remplir que les champs gris.
2. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
3. Veuillez envoyer votre prise de position au **format Word** avant le **9 août 2023** aux adresses suivantes :
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch ; gever@bag.admin.ch

Nous vous remercions de votre participation.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Sommaire

Remarques générales	3
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)	4
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance (OS)	65
Autres propositions	86

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques générales	
Nom/entreprise	Commentaires/remarques
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	Le Gouvernement salue ces projets de révision qui prévoient d'étendre la compétence du Conseil fédéral afin de rendre obligatoires certains points de l'accord entre assureurs qui réglemente ce type d'activités et ainsi interdire le démarchage téléphonique et limiter la rémunération des intermédiaires.
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>	

Si vous souhaitez supprimer certains tableaux du formulaire ou y ajouter de nouvelles lignes, cliquez, dans l'onglet « Révision », sur « Restreindre la modification », puis « Désactiver la protection » pour pouvoir modifier le document.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMa)

Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	35 titre	1 et 3		Aucun commentaire.	Néant
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	35a (nouveau)	1 et 2		Aucun commentaire.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	35b (nouveau)			Aucun commentaire.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	35c (nouveau)			Aucun commentaire.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	Annexe Art. 1 (nouveau)			<i>Interdiction du démarchage téléphonique (art. 19b, al. 1, let. c, LSAMa)</i> Aucune remarque particulière.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	Annexe Art. 2 (nouveau)			<i>Limitation de la rémunération de l'activité d'intermédiaire d'assurance (art. 19b, al. 1, let. e, LSAMa)</i> Aucune remarque particulière. La limite supérieure prévue pour la rémunération de l'activité des intermédiaires (CHF 70)	

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

				ne semble pas excessive, au regard des démarches nécessaires entreprises par ces derniers afin d'obtenir leur rémunération.	
Erreur ! Source du renvoi introuvable. RCJU	Annexe Art. 3 (nouveau)			<i>Établissement et signature d'un procès-verbal pour les entretiens de conseil (art. 19b, al. 1, let. f, LSAMal)</i> Aucune remarque particulière. Le compte rendu de l'entretien-conseil semble être suffisant. Nous ajouterions cependant une mention relative à la durée de l'entretien.	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					

Si vous souhaitez supprimer certains tableaux du formulaire ou y ajouter de nouvelles lignes, cliquez, dans l'onglet « Révision », sur « Restreindre la modification », puis « Désactiver la protection » pour pouvoir modifier le document.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance des assurances (OS)					
Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	1h (nouveau)	2		Aucun commentaire.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	190d (nouveau)	1		Aucun commentaire.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	190d (nouveau)	2		Aucun commentaire.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	190e (nouveau)			Aucune remarque particulière.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	190f (nouveau)			Aucune remarque particulière. La punition est dûment réglementée.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	Annexe 7 Art. 1 (nouveau)			<i>Interdiction du démarchage téléphonique (art. 31a, al. 1, let. c, LSA)</i> Aucune remarque particulière.	
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u> RCJU	Annexe 7 Art. 2 (nouveau)			<i>Limitation de la rémunération de l'activité d'intermédiaire d'assurance (art. 31a, al. 1, let. e, LSA)</i> Aucune remarque particulière.	

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable. RCJU</p>	<p>Annexe 7 Art. 3 (nouveau)</p>			<p><i>Établissement et signature d'un procès-verbal pour les entretiens de conseil (art. 31a, al. 1, let. f, LSA)</i></p> <p>Aucune remarque particulière. Le compte rendu de l'entretien-conseil semble être suffisant. Nous ajouterions cependant une mention relative à la durée de l'entretien.</p>	
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</p>					
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</p>					
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</p>					

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Autres propositions			
Nom/entreprise	Art.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			
<u>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</u>			

Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössische Departement des Innern
per E-Mail an (Word und PDF):
aufsicht-krankenversicherung@bag.ad-
min.ch
gever@bag.admin.ch

Luzern, 4. Juli 2023

Protokoll-Nr.: 768

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. April 2023 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton die Vorlage unterstützt. Unsere ergänzenden Anmerkungen haben wir im beiliegenden Antwortformular vermerkt.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Reto Wyss
Regierungsrat

Beilage:

- Antwortformular

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Luzern

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Finanzdepartement des Kantons Luzern, Bahnhofstrasse 19, 6002 Luzern

Kontaktperson : Désirée Zurfluh

Telefon : 041 228 55 24

E-Mail : desiree.zurfluh@lu.ch

Datum : 7. Juni 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	4
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	5
Weitere Vorschläge	6

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
Kanton Luzern	Wir begrüßen, dass die Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit vorsieht, dass für den Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler die gesetzliche Definition gemäss Art. 19a des Krankenversicherungsaufsichtsgesetzes und Art. 40 des Versicherungsaufsichtsgesetzes gilt. Damit werden unter den Versicherern zwecks Gewährleistung der Gleichbehandlung gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen und eine Umgehung der Branchenvereinbarung verhindert.
Kanton Luzern	Wir weisen darauf hin, dass es den (Kranken-)Versicherern freisteht, ob sie a) überhaupt eine Vereinbarung zur Regulierung der Vermittlertätigkeit abschliessen wollen und ob sie b) den Bundesrat «ersuchen» wollen, diese Vereinbarung für alle Anbieter verbindlich zu erklären (vgl. Art. 19b KVAG für die Krankenversicherer). Dem erläuternden Bericht lässt sich entnehmen, dass im Bereich der Krankenversicherung (bzw. der Krankenzusatzversicherung) zwar eine solche Vereinbarung besteht, jedoch bisher noch kein entsprechendes Gesuch um Allgemeinverbindlicherklärung eingegangen ist. Es ist deshalb nach wie vor zu befürchten, dass die Vorlage letztlich «toter Buchstabe» bleibt oder deren Umsetzung mangels Gesuch zumindest verzögert wird.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courriel (Word et PDF)

Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Inselgasse 1
3003 Berne

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance – Procédure de consultation

Monsieur le président de la Confédération,

Votre correspondance du 19 avril 2023 nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention. Nous tenons à vous remercier de la possibilité qui nous est offerte de participer à cette procédure de consultation sur le projet d'ordonnance mentionné en titre.

Après avoir pris connaissance de ce projet, nous sommes en mesure de vous informer que nous n'avons pas d'observations à effectuer et approuvons ainsi les propositions faites.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le président de la Confédération, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 26 juin 2023

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement des Innern EDI
Herr Bundespräsident Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 4. Juli 2023

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Brief vom 19. April 2023 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit mit der Bitte, bis zum 9. August 2023 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit einverstanden sind.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Michèle Blöchiger
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Departement des Innern
EDI

per Mail an:

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

gever@bag.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4646

Unser Zeichen: ks

Sarnen, 28. Juni 2023

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit;
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassung über die Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden verzichtet in diesem Vernehmlassungsverfahren auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Christoph Amstad
Landammann

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Gesundheitsamt
- Staatskanzlei



Gesundheitsdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Department des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Gesundheitsdepartement
Oberer Graben 32
9001 St.Gallen
T 058 229 35 70
info.gdgs@sg.ch
www.gesundheit.sg.ch

St.Gallen, 27. Juni 2023

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 19. April 2023 laden Sie die Regierung des Kantons St.Gallen ein, zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Da der Kanton St.Gallen von den vorgeschlagenen Regelungen nicht direkt betroffen ist, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Bruno Damann
Regierungsrat

Zustellung per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
aufsicht-krankenvsicherung@bag.admin.ch; geveer@bag.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 74 61
Fax +41 (0)52 632 77 51

Departement des Innern

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)

per E-Mail an:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

Schaffhausen, 5. Juli 2023

Vernehmlassung zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. April 2023 haben Sie den Kanton Schaffhausen zu einer Vernehmlassung in oben erwähnter Angelegenheit eingeladen. Ihre Einladung wurde zuständigkeitshalber an das Departement des Innern weitergeleitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zur unterbreiteten Vorlage zu äussern, verzichten jedoch vorliegend auf eine Stellungnahme.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Departement des Innern
Der Departementssekretär



Dr. Simon Schädler

Ambassadorshof
Riedholzplatz 3
4509 Solothurn
Telefon 032 627 93 61
inneres@ddi.so.ch

Susanne Schaffner
Regierungsrätin

Bundesamt für Gesundheit BAG
Abteilung Versicherungsaufsicht
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

27. Juni 2023

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit;
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Verordnungsänderungen über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Solothurn ist mit den vorgeschlagenen Anpassungen einverstanden und wir haben keine weiteren Bemerkungen.

Freundliche Grüsse


Susanne Schaffner
Regierungsrätin

VERSENDET AM 20. JUNI 2023

kantonschwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössische Departement des Innern EDI
3003 Bern
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 13. Juni 2023

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Verzicht auf Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 19. April 2023 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Teilrevision der Verordnung betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung vom 18. November 2015 (Krankenversicherungsaufsichtsverordnung [KVAV, SR 831.121]) und der Verordnung über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen vom 9. November 2005 (Aufsichtsverordnung [AVO, SR 961.011]) zur Vernehmlassung bis 9. August 2023 unterbreitet.

Die geplanten Änderungen betreffen die Kantone nicht unmittelbar. Der Regierungsrat des Kantons Schwyz verzichtet daher auf eine Stellungnahme.

Wir versichern Sie, Herr Bundespräsident, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

André Rügsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern
Herr Alain Berset
Bundespräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 13. Juni 2023
328

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Vernehmlassung

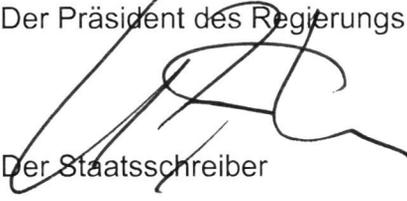
Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit.

Wie in unserer Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit (BBl 2021 1478) vom 18. August 2020 ausgeführt, begrüssen wir einen verstärkten Schutz der Bevölkerung vor unerwünschten Anrufen, die Ausbildung der Vermittlerinnen und Vermittler sowie die Kostenkontrolle der Kunden-Akquisition.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber





Numero
3515

sl

0

Bellinzona
12 luglio 2023

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Signor Consigliere federale
Alain Berset
Dipartimento federale dell'interno DFI
3003 Berna

*Invio per posta elettronica in formato word
e pdf:*

[aufsicht-](mailto:aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch)

krankenversicherung@bag.admin.ch

gever@bag.admin.ch

Ordinanza che disciplina l'attività degli intermediari assicurativi: consultazione

Egregio signor Consigliere federale,

ringraziamo per la lettera del 19 aprile 2023 con cui sottoponete al Cantone Ticino, nell'ambito della procedura di consultazione, la modifica dell'ordinanza sulla vigilanza sull'assicurazione malattie (OVAMal) e dell'ordinanza sulla sorveglianza (OS) concernente l'attività degli intermediari assicurativi sia nell'assicurazione di base, sia in quella complementare.

Il 16 dicembre 2022, il Parlamento ha adottato la legge che disciplina l'attività degli intermediari assicurativi, finalizzata a regolamentare l'attività degli intermediari nell'assicurazione sociale contro le malattie e nell'assicurazione malattie complementare.

Il Cantone Ticino si era espresso a sostegno del progetto nella risposta alla consultazione datata 2 settembre 2020. Le presenti modifiche d'ordinanza sono diretta conseguenza delle modifiche legislative.

Nello specifico, il Consiglio federale conferisce ora a livello di ordinanza il carattere di obbligarietà ad alcune disposizioni dell'accordo concluso tra gli assicuratori riguardante la qualità della consulenza e le provvigioni per gli intermediari.

In particolare, si tratta del divieto di pubblicità telefonica rivolta alle persone che non sono mai state assicurate presso l'offerente (o che non lo sono più da un certo tempo), la fissazione di limiti al loro indennizzo e l'allestimento e la firma di un verbale per i colloqui di consulenza con il cliente. Inoltre, sono previste delle sanzioni in caso di mancato rispetto delle regole obbligatorie.

Il Cantone Ticino giudica le modifiche in oggetto puntuali e pertinenti. Esse costituiscono il necessario corollario per l'attuazione dei principi generali già adottati a livello di legge

RG n. 3515 del 12 luglio 2023

(LAMal e LSA). Con l'obbligatorietà normativa di alcune regole convenzionali, la cui competenza di definizione permane in ogni caso agli assicuratori, si garantisce un'uniformità d'azione nell'attività d'intermediazione assicurativa.

Ringraziando per una debita presa in considerazione delle osservazioni esposte, voglia gradire, signor Consigliere federale, l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

III Presidente

Raffaele De Rosa

II Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch)
- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch)
- Area di gestione sanitaria (dss-ags@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Gesundheit (BAG)
Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung
Abteilung Versicherungsaufsicht
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Uri ist mit dem vorgeschlagenen Entwurf zur Verordnung über die Regulierung der Vermittlertätigkeit einverstanden. Wir begrüßen, dass die Verbesserung der Qualität der Vermittlerdienstleistungen und insbesondere die Reduktion von unerwünschten Telefonanrufen, für alle Krankenversicherer gelten sollen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 4. Juli 2023



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Urs Janett

Der Kanzleidirektor

Roman Balli

Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Chef du Département fédéral de l'intérieur
(DFI)
Inselgasse 1
3003 Berne

*Par courrier et courriel (en versions Word et
PDF) : gever@bag.admin.ch
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch*

Réf. : 23_COU_3178

Lausanne, le 28 juin 2023

Consultation fédérale : ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurances

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 19 avril 2023, le Conseil d'Etat a été invité à prendre position sur l'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurances. Le Conseil d'Etat vous remercie de lui offrir la possibilité de donner son avis et il vous communique par la présente sa détermination.

Le Conseil d'Etat soutient le projet de manière générale puisqu'il permet de mettre en œuvre la décision du Parlement et de lutter contre les abus en matière d'intermédiation dans le domaine des assurances maladies, une source de doléances importante de la population de notre canton.

Nous relevons toutefois que la définition très large du démarchage téléphonique « à froid »¹ aurait pu être précisée pour mieux protéger les citoyens, alors qu'elle n'est explicitement abordée ni dans l'accord ni dans l'ordonnance objet de la présente consultation. De nouvelles pratiques pourraient voir le jour, tirant profit de cette zone grise : référence est faite par exemple aux concours papier ou en ligne dans lesquels il n'est pas clairement indiqué qu'une personne accepte d'être contactée par une entreprise de courtage.

Par ailleurs, en parallèle aux travaux normatifs, nous estimons que l'information sur l'existence de l'accord de branche aux assurés devrait être renforcée, afin d'améliorer la transparence vis-à-vis de la population, qui est en prise directe avec les courtiers.

¹ Soit les premiers contacts établis avec des clients potentiels avec lesquels il n'existe aucune relation de clientèle, qui ne sont plus clients depuis 36 mois, qui ont choisi un *opting-out* ou pour lesquels le contact n'est pas dû à une recommandation d'un tiers connu du client potentiel (selon accord de branche du 24 janvier 2020)

Nous regrettons également, à la forme, le fait que l'accord entre les assureurs puisse formellement être dénoncé par ces derniers, malgré l'entrée en vigueur de l'ordonnance (prenant note qu'une telle configuration relève du cadre légal supérieur).

S'agissant des conséquences financières, nous avons pris note du fait que la modification ne devrait pas entraîner de conséquences financières pour le canton, selon le rapport explicatif.

En résumé, le Conseil d'Etat estime que l'accord mis en place par les assureurs comporte encore des lacunes qu'il conviendrait de combler au niveau fédéral. Nous considérons toutefois que l'ordonnance mise en consultation constitue une évolution qui va dans le bon sens et doit ainsi être soutenue.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Aurélien Buffat

Copies

- OAE
- DSAS, DGCS



P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de l'intérieur
Inselgasse 1
3003 Berne



Date 21 JUIN 2023

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance - Prise de position du canton du Valais

Monsieur le Conseiller fédéral,

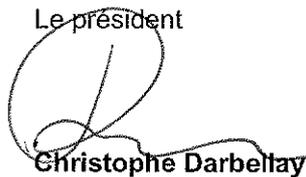
Le Gouvernement valaisan vous remercie pour votre invitation du 19 avril 2023 relative à la procédure de consultation citée en marge et vous fait part ci-après de sa prise de position.

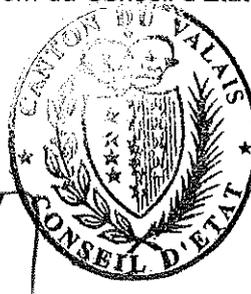
Le Conseil d'Etat du canton du Valais soutient les modifications apportées à l'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance et n'a pas de remarques à formuler. En effet, les mesures proposées sont adéquates, mais les cantons ne sont pas immédiatement concernés par cette adaptation légale.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

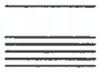

Christophe Darbellay



La chancelière


Monique Albrecht

Copie à aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch



Gesundheitsdirektion Postfach 6301 Zug

E-Mail

Bundesamt für Gesundheit BAG
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern
Schweiz

T direkt +41 41 728 35 01
martin.pfister.rr@zg.ch
Zug, 5. Juni 2023
GD GDS 6 / 331

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. April 2023 luden Sie uns in obgenannter Sache zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren ein. Nach Prüfung der Unterlagen verzichten wir auf eine Vernehmlassungsantwort.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Gesundheitsdirektion

Martin Pfister
Regierungsrat

Kopie an (PDF- und Word-Format):
– aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
– gever@bag.admin.ch



Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

5. Juli 2023 (RRB Nr. 854/2023)

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 19. April 2023 haben Sie uns eingeladen, zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Stellung zu nehmen. Wir danken für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Die verfolgte Zielsetzung ist zu begrüessen und dem Verordnungsentwurf kann grundsätzlich zugestimmt werden. Die folgenden Ausführungen behandeln lediglich eine Formulierung, die aus Sicht des Kantons Zürich überprüft werden sollte.

Zum Anhang: «Allgemeinverbindliche Regelungen der Vereinbarung zwischen santésuisse und curafutura vom 24. Januar 2020»; Ziff. 2, Provisionsgrenze

Die Formulierung in der allgemeinverbindlich erklärten Ziff. 9.1. der Branchenvereinbarung ist unklar formuliert. Aus dem Wortlaut «pro Versicherten» geht nicht eindeutig hervor, ob die versicherte Person oder der Versicherungsnehmer gemeint ist. Wie im erläuternden Bericht ausgeführt, bemisst sich die Entschädigung der Tätigkeit der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler an den zu vollziehenden Arbeitsschritten (Kontaktaufnahme, Beratungstermin, Erstellung Beratungsprotokoll). Entsprechend liegt der Schluss nahe,

dass mit dem gewählten Wortlaut «pro Versicherungsnehmer» und nicht «pro versicherte Person» gemeint ist. Gerade im Zusammenhang mit Kollektivverträgen kann diese Unterscheidung von Relevanz sein. Eine Konkretisierung wäre zur Schaffung von Klarheit daher geboten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Mario Fehr

Dr. Kathrin Arioli



Versand per E-Mail

Bundesamt für Gesundheit
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

8-6-4 / KB

Bern, 23. Mai 2023

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für Ihre Einladung vom 19. April 2023, zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

Da die geplanten Regelungen die Kantone nicht direkt betreffen, verzichtet die GDK auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Handwritten signature of Lukas Engelberger in black ink.

Regierungsrat Lukas Engelberger
Präsident GDK

Handwritten signature of Michael Jordi in black ink.

Michael Jordi
Generalsekretär



Per Email an:

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Bern, 8. August 2023

Vernehmlassung zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungs- vermittlertätigkeit.

Sehr geehrter Herr Berset,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Am 16. Dezember 2022 hat das Parlament das Bundesgesetz über die Regulierung der
Versicherungsvermittlertätigkeit verabschiedet (BBl 2022 3204 – Geschäft [21.043](#)). Mit
der Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit erklärt der
Bundesrat bestimmte Punkte der Vereinbarung der Versicherer (Branchenvereinbarung)
für verbindlich. Diese Verordnung ist ein Mantelerlass, mit welchem die
Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV) und die Aufsichtsverordnung (AVO)
geändert werden.

Ein zentraler und wichtiger Bestandteil dieser Vorlage ist, dass die telefonische
Kaltakquise von Versicherungsvermittler:innen von Krankenkassen künftig unterbunden
wird (Art. 19b Abs. 1 Bst. c KVAG). Ebenso die Anpassungen, dass die Missachtung der
Obergrenze für die Entschädigung der Vermittlertätigkeit und die Verletzung der Pflicht
zur Erstellung und Unterzeichnung von Beratungsprotokollen sanktioniert werden kann.
Gemäss Artikel 54 Abs. 3 Bst. h KVAG werden diese Widerhandlungen mit Busse bis zu
100 000 Franken belegt. Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 20 000 Franken
bestraft. Diese Möglichkeit für Sanktionen begrüssen wir ausdrücklich: Wir hoffen, dass
sie die nötige, präventive Wirkung entfalten.

Grundsätzlich hat sich die SP Schweiz aber eine weitergehende Regelung gewünscht, als
einfach die Allgemeinverbindlichkeit der Branchenvereinbarung in der Verordnung
festzuschreiben. Denn hinzu kommt: diese muss von den Versicherern selbst beantragt
werden, was gemäss erläuterndem Bericht bis anhin nicht geschehen ist. Vorgeschlagene
Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit, welche aus unserer Sicht dringlich und
verbindlich angegangen werden müsste, droht somit gegenstandslos zu versanden. Wir
fordern deshalb die zuständige Stelle dazu auf, innert nützlicher Frist – sofern die
Versicherer es versäumten, die Allgemeinverbindlichkeit zu beantragen – nachzuhaken
und dafür zu sorgen, dass die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit trotzdem
allgemeinverbindlich werden kann.



Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen,

SP Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Anna Storz
Fachreferentin

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundespräsident Alain Berset

Elektronisch an:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

Bern, 9. August 2023

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP sieht in den vorgeschlagenen Änderungen einen illiberalen Eingriff in den freien Wettbewerb und lehnt die vorgeschlagenen Verbote für die Allgemeinverbindlichkeit der Verordnung und die daraus resultierenden Verbote der Kaltakquise und die vorgeschlagenen Obergrenzen für die Entschädigungen von Vermittlern ab.

Bei der Verordnung zur Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit handelt es sich um eine Branchenvereinbarung, welche nun allgemeinverbindlich für alle Versicherer gelten soll, selbst wenn sie nicht Teil dieser Vereinbarung sind. Das ist ein deutlicher Eingriff in die freien Wettbewerbsstrukturen und kommt einer regulatorischen Gleichschaltung aller Versicherer gleich. Die SVP fordert, dass diese Branchenvereinbarung weiterhin nur auf freiwilliger Basis weiterexistiert.

Die zu erreichenden Quoten von 66% der Versicherten oder Prämienleistungen zur Verbindlicherklärung bestimmter Regeln in der vorgeschlagenen Form lehnen wir aufgrund der oben beschriebenen Allgemeinverbindlichkeit der Verordnung ab. Als Quote für eine Branchenvereinbarung auf freiwilliger Ebene hätten wir gegen diese Quoten keine Einwände.

Das Verbot der telefonischen Kaltakquise sehen wir ebenfalls kritisch. Wir verstehen den generellen Handlungsbedarf bei ungewünschten Werbeanrufen, halten ein generelles Verbot jedoch als zu weitgreifend.

Die Definition, was ein Vermittler ist und was nicht, soll den einzelnen Versicherungen überlassen sein, wie es bisher der Fall war und gehört nicht in einer Verordnung geregelt. Die Versicherungsvermittler sind ein eigenständiger Branchenverband, welcher seine Tarife aufgrund der Nachfrage auf dem Markt berechnet, weshalb Obergrenzen für Vermittlungstätigkeiten – wie sie hier vorgeschlagen sind

– eine massive marktverzerrende Einschränkung sind und unter Umständen sogar das Aus der ganzen Vermittlungsbranche bedeuten könnte.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marco Chiesa
Ständerat



Peter Keller
Nationalrat

Angéloz Michel BAG

De: _BAG-Aufsicht Krankenversicherung
Envoyé: mardi, 25 avril 2023 16:51
À: Angéloz Michel BAG
Objet: WG: Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit /
Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance /
Ordinanza che disciplina l'attività degli intermediari assicurativi

Lieber Michel

Zu deiner Info. Ich werde mich um die Ablage in Acta Nova kümmern, da das Gever-Team leider nicht angeschrieben worden ist.

Lieber Gruss und einen schönen Abend
Corinne

Von: Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch>
Gesendet: Dienstag, 25. April 2023 10:04
An: _BAG-Aufsicht Krankenversicherung <Aufsicht-Krankenversicherung@bag.admin.ch>
Betreff: WG: Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit / Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance / Ordinanza che disciplina l'attività degli intermediari assicurativi

Sehr geehrte Frau Erne

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, in eingangs erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da diese Vorlage gemäss Dossieraufteilung zwischen economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband von economiesuisse bearbeitet wird, verzichtet der SAV auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Von: Aufsicht-Krankenversicherung@bag.admin.ch <Aufsicht-Krankenversicherung@bag.admin.ch>
Gesendet: Mittwoch, 19. April 2023 14:29
An: info@die-mitte.ch; info@edu-schweiz.ch; info@ensemble-a-gauche-ge.ch; vernehmlassungen@evppev.ch;
info@fdp.ch; gruene@gruene.ch; schweiz@grunliberale.ch; lorenzo.quadri@mattino.ch; pdaz@pda.ch; gs@svp.ch;
franziska.tlach@spschweiz.ch; verband@chgemeinden.ch; info@staedteverband.ch; info@sab.ch;
info@economiesuisse.ch; bern@economiesuisse.ch; luc.schnurrenberger@economiesuisse.ch; info@sgv-usam.ch;
Verband <verband@arbeitgeber.ch>; info@sbv-usp.ch; office@sba.ch; info@sgb.ch; politik@kfmv.ch;
info@travailsuisse.ch; info@fdk-cdf.ch; office@gdk-cds.ch; office@sodk.ch; info@acsi.ch; info@frc.ch;

forum@konsum.ch; info@konsumentenschutz.ch; info@curafutura.ch; info@kvg.org; info@rvk.ch; mail@santesuisse.ch; info@svv.ch; info@svk.org; secretariat@assuas-romandie.ch; dvsp@patientenstelle.ch; info@om-kv.ch; dvsp@patientenstelle.ch; info@ssr-csa.ch; spo@spo.ch; buendnis@bluewin.ch; info@centrepatronal.ch; office.bern@promotionsante.ch; a.stalder@praxamed.ch; info@patientensicherheit.ch; info@public-health.ch; mail@samw.ch; info@vertrauensaeerzte.ch; info@sggp.ch; info@geliko.ch; info@siba.ch
Cc: Thomas.Christen@bag.admin.ch; philipp.muri@bag.admin.ch; sandra.schneider@bag.admin.ch; Karin.Schatzmann@bag.admin.ch; marc.schneider@bag.admin.ch; stefanie.mathis@bag.admin.ch; Michel.Angeloz@bag.admin.ch; franziska.zaugg@bag.admin.ch

Betreff: Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit / Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance / Ordinanza che disciplina l'attività degli intermediari assicurativi

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) eröffnet heute ein Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit.

Wir legen Ihnen hiermit die Entwürfe vor. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum **9. August 2023**.

Das EDI lädt Sie ein, zu den Bestimmungen sowie den Erläuterungen Stellung zu nehmen.

Die Vernehmlassung wird elektronisch durchgeführt. Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse: [Laufende Vernehmlassungen \(admin.ch\)](#).

Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen, wenn möglich, elektronisch (**bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version**) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende Email-Adressen zu senden:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

Für Ihre wertvolle Mitarbeit danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Freundliche Grüsse

Madame, Monsieur,

Le Département fédéral de l'intérieur (DFI) ouvre aujourd'hui une procédure de consultation concernant l'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance.

Par la présente, nous vous soumettons le projet mis en consultation. Le délai imparti pour la consultation court jusqu'au **9 août 2023**.

Le DFI vous invite à donner votre avis sur les dispositions ainsi que sur les commentaires.

La procédure se déroulera par voie électronique. Le projet et le dossier mis en consultation sont disponibles à l'adresse internet [Procédures de consultation en cours \(admin.ch\)](#).

Conformément à la loi sur l'égalité pour les handicapés (LHand, RS 151.3), nous nous efforçons de publier des documents accessibles à tous. Aussi, nous vous saurions gré de nous faire parvenir dans la mesure du possible votre avis sous forme électronique (**prière de joindre une version Word en plus d'une version PDF**) aux adresses suivantes, dans la limite du délai imparti :

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

En vous remerciant par avance de votre précieux concours, nous vous prions d'agréer, Mesdames les Présidentes, Messieurs les Présidents, Mesdames, Messieurs, l'expression de notre considération distinguée.

Gentili Signore e Signori,

Il Dipartimento federale dell'interno (DFI) indice oggi una consultazione concernente l'ordinanza che disciplina l'attività degli intermediari assicurativi.

Nel quadro della procedura di consultazione, vi sottoponiamo l'avamprogetto allegato. La consultazione si concluderà il **9 agosto 2023**.

Il DFI vi invita a esprimere il vostro parere sulle disposizioni e sui relativi commenti.

La consultazione si svolge in forma elettronica. L'avamprogetto e gli altri documenti posti in consultazione sono disponibili all'indirizzo Internet: [Procedure di consultazione in corso \(admin.ch\)](#).

Ai sensi della legge sui disabili (LDis; RS 151.3), ci adoperiamo per pubblicare documenti accessibili a tutti. Nel limite del possibile, vi invitiamo dunque a trasmetterci i vostri pareri in forma elettronica (**p.f. oltre a una versione PDF anche una versione Word**), entro il termine indicato, ai seguenti indirizzi:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

Vogliate gradire i nostri più sentiti ringraziamenti per la vostra preziosa collaborazione.

Corinne Erne

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG
Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung
Abteilung Versicherungsaufsicht

Schwarzenburgstrasse 157, CH-3003 Bern
Tel. +41 58 463 70 66
Fax +41 58 462 90 20
Corinne.Erne@bag.admin.ch
www.bag.admin.ch

Erreichbar: Montag bis Freitag

Bundesamt für Gesundheit BAG
3000 Bern

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

Bern, 9. August 2023 sgv-Gf/ap

Vernehmlassungsantwort: Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 19. April 2023 hat uns Bundespräsident Berset eingeladen, zu einem Entwurf für eine Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Stellung zu nehmen. Für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass für die Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler eine Definition gewählt wird, die von jener der Vereinbarung abweicht. Aus Sicht des sgv gibt die neue Rechtsgrundlage dem Bundesrat «lediglich» die Kompetenz, die Vereinbarung bei Erreichen der geforderten Mindestbeteiligung verbindlich zu erklären, nicht aber das Recht, den Inhalt des Branchenabkommens abzuändern. Aus diesem Grund treten wir dafür ein, dass die in der Vereinbarung verwendete Definition für die Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler weiter gültig bleibt.

Aus Sicht des sgv ist auch die in Art. 1h Abs. 2 AVO vorgesehene Bestimmung, gemäss der die Befreiung von der Aufsicht durch die FINMA nicht für die Zusatzversicherung gelten soll, nicht gesetzeskonform. Wir beantragen deren Streichung.

Aus Gründen der Klarheit sind wir der Meinung, dass in der Verordnung explizit festgehalten werden sollte, dass die Allgemeinverbindlichkeit ausser Kraft tritt, falls die geforderte Mindestbeteiligung von 66 % nicht mehr erreicht wird.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Kurt Gfeller
Vizedirektor



Dieter Kläy
Co-Leitung Direktion

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Herr Bundespräsident Alain Berset
3003 Bern

per Mail an:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- gever@bag.admin.ch

Bern, 5. Juli 2023

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit: Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) ist mit den hier zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit vorgeschlagenen Verordnungsbestimmungen einverstanden. Nur leider ist das entsprechende Gesetz absolut unzureichend, worauf der SGB bereits in seiner damaligen Stellungnahme hingewiesen hat: *"Eine Kompetenzdelegation an den Bundesrat zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung einer Branchenvereinbarung, also die optionale Regulierung von Selbstregulierung: Auf eine mildere Art und Weise kann die Politik kaum eingreifen, und das ist im Rahmen einer Sozialversicherung klar ungenügend."* Wie bereits dazumal kritisiert, ist durch diese Vorgehensweise nicht einmal garantiert, dass die minimalen gesetzlichen Fortschritte überhaupt in Kraft treten können. Denn die Allgemeinverbindlichkeit der Branchenvereinbarung muss von den Versicherern selbst beantragt werden, was gemäss Erläuterndem Bericht bis anhin nicht geschehen ist. Die halbherzige Regulierung der Versicherungsvermittlung droht damit wie erwartet zu scheitern, was den dringenden Bedarf eines unmissverständlichen und verbindlichen gesetzlichen Rahmens jenseits der freiwilligen Selbstregulierung umso deutlicher aufzeigt.

In diesem Sinne hoffen wir auf die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und danken Ihnen herzlich für die Zusammenarbeit.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Reto Wyss
Zentralsekretär

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Prise de position de

Nom / entreprise / organisation : Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana

Abréviation de l'entreprise / organisation : ACSI

Adresse : Strada di Pregassona 33, 6963 Pregassona

Personne de référence : Segretaria generale, Antonella Crüzer

Téléphone : 091 922 97 55

Courriel : a.cruezer@acsi.ch

Date : 02.08.2023

Remarques importantes :

1. Veuillez n'effectuer aucun changement dans le format du formulaire et ne remplir que les champs gris.
- 3 Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
- 4 Veuillez envoyer votre prise de position au **format Word** avant le **9 août 2023** aux adresses suivantes :
aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch ; gever@bag.admin.ch

Nous vous remercions de votre participation.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Sommaire

Remarques générales	3
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)	4
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance (OS)	7
Autres propositions	Errore. Il segnalibro non è definito.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques générales	
Nom/entreprise	Commentaires/remarques
ACSI	<p>L'ACSI salue l'adoption de l'Ordonnance sur le règlement de l'activité des intermédiaires d'assurance, qui entraîne en particulier la force obligatoire générale pour toutes les entreprises d'assurance actives dans l'assurance complémentaire à l'assurance-maladie sociale.</p> <p>Cette manière de faire permet notamment d'inciter à une auto-réglementation de qualité, mais qui s'applique ensuite à toutes les entités du secteur, pour assurer une égalité des armes entre les divers acteurs du secteur de l'assurance.</p>
ACSI	<p>L'expérience montre qu'actuellement diverses entités continuent d'appeler à froid les consommateurs, se faisant parfois passer pour des organismes officiels (SantéSuisse, OFSP ou entité de statistique bfs). Des courtiers sont actifs aussi de l'étranger ou se cachent derrière des numéros étrangers.</p> <p>L'accord de branche et, subséquemment, l'établissement d'une Commission de surveillance offrent la possibilité aux personnes lésées de signaler les abus et de faire condamner les assureurs qui auraient collaboré avec des courtiers en violation des principes en vigueur depuis 2021. L'ACSI voit dès lors d'un très bon œil l'Ordonnance envisagée.</p>
ACSI	<p>Il faut toutefois relever quelques points mis en évidence par les organisations de défense des consommateurs :</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>La Commission de surveillance</i> est peu connue du grand public. On peut dès légitimement se demander s'il ne serait pas judicieux d'imposer aux assureurs d'en faire mention au moins une fois dans le processus précontactuel, au même titre que ce qui vaut en matière de droit des passagers de vols. - Un-e assuré-e abusé-e peut certes saisir la Commission de surveillance pour faire ouvrir une enquête à l'encontre d'une entreprise de courtage indélicat, mais aucune clause de l'accord de branche n'impose à l'assureur qui a conclu un contrat grâce à un courtage effectué en violation de l'accord puisse être révoqué sans frais. Comme en matière de devoir d'information en matière de crédit à la consommation, une protection efficace devrait passer par un droit de révocation sans frais en cas de conclusion d'un contrat d'assurance en violation de l'accord. Ce n'est qu'ainsi que les droits des assurés pourront être défendus efficacement. - Il paraît essentiel que toute décision de la Commission de surveillance respecte le droit d'être entendu au sens de l'art. 8 Cst. féd, en remettant une décision motivée à l'assuré-e lésé-e, sans que celui-ci/celle-ci doive le requérir directement de l'assureur. - Les décisions de la Commission de surveillance peuvent être contestées devant le tribunal arbitral (Accord de branche concernant les intermédiaires, art. 10). Le Règlement des sanctions et de procédure des sanctions (adopté en application de l'Accord de branche) limite l'accès au tribunal arbitral aux associations CuraFutura et SantéSuisse en cas de requête dirigée contre l'assureur visé par la plainte qui ne se serait pas acquitté de l'amende de la Commission de surveillance. Toutefois cette procédure ne comporte aucun automatisme. Pour une faitière, cela suppose d'agir devant un tribunal contre un de ses membres, chose qui ne va pas de soi. Pour l'association requérante, agir devant le Tribunal arbitral est en outre assez lourd. L'accord de branche contraint les assureurs au respect d'un certain nombre de principes, mais il n'offre pas les mêmes garanties procédurales qu'un cadre légal ordinaire.
ACSI	

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)

Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
ACSI	35	1 et 3		L'accord de branche devrait reprendre la définition de l'activité d'intermédiaire de l'article 19a LSAMal (NB : en réalité l'art. 19 al. 3 LSAMal), pour éviter une incohérence dans l'application, même si l'art. 19a LSAMal s'applique au titre de règle impérative	Pas de modification mais l'accord de branche devrait reprendre la définition de l'activité d'intermédiaire de l'article 19a LSAMal (NB : en réalité l'art. 19 al. 3 LSAMal), pour éviter une incohérence dans l'application, même si l'art. 19a LSAMal s'applique au titre de règle impérative.
ACSI	35a	2		Selon l'ACSI, le délai de douze mois est approprié.	Pas de modification
ACSI	35b			L'ACSI considère que la formulation convient.	Pas de modification
ACSI	35c			L'ACSI considère que la formulation convient.	Pas de modification
ACSI	35b			L'ACSI considère que la formulation convient.	Pas de modification

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

ACSI	Annexe		<p>L'ACSI souhaite faire quelques remarques sur le contenu de l'annexe, en espérant que l'accord dont il est prévu d'étendre l'effet obligatoire puisse être révisé en conséquence :</p> <p>Ch. 6, 4e par., de l'accord : le démarchage à froid ne couvre pas les appels fondés sur une indication donnée par « un tiers connu par le client potentiel ».</p> <p>Il faudrait considérer également qu'il y a démarchage à froid lorsque le contact est (prétendument) fondé sur « un tiers connu par le client potentiel », dès lors qu'il n'y a aucune indication sur l'intensité de la « connaissance ». P.ex., si un contact est fondé sur le fait que le client potentiel est un « ami Facebook » ou un « ami LinkedIn » d'un assuré, faut-il considérer que le client a été contacté en raison d'une « tiers connu par le client potentiel ». Il s'agit là d'une porte ouverte à tous les abus.</p> <p>En outre, une période de 3 ans sans contact est vraiment très longue, l'ACSI propose de la ramener à 12 mois, à savoir à la précédente période de changement d'assurance (1 an). On peut en effet considérer que les assureurs doivent pouvoir essayer de récupérer les assurés qui les ont quittés jusqu'à un an plus tôt, mais pas au-delà.</p> <p>L'ACSI est dès lors d'avis que l'accord devrait être révisé en ce sens.</p>	<p>Ch. 6, 4e par. al. 2</p> <p>«On entend par prospection à froid les premiers contacts établis avec des clients potentiels avec lesquels il n'existe aucune relation de clientèle ou qui ne sont plus clients depuis plus de 12 mois 36 mois, qui ont choisi un opting-out, même si ou pour lesquels le contact n'est pas dû à une recommandation d'un tiers connu du client potentiel. »</p>
ACSI	Annexe	3	<p>Il est nécessaire de préciser que l'accord du ou des clients et du ou des conseillers doit être validé par une/des signature/s ou toute procédure (électronique) jugée équivalente. Il faut compléter le dernier critère du point 3 de l'annexe.</p>	<p>L'accord du ou des client(s) et du ou des conseiller(s) <u>validé par une signature ou un procédé électronique équivalent.</u></p>
ACSI	Annexe	4	<p>L'article 7 de l'accord de branche indique que « <i>les intermédiaires, leurs collaborateurs ou les personnes qui leur</i></p>	<p>Introduction d'un point 4 sur l'exigence de qualité de la formation :</p>

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

			<p><i>sont affiliées et qui exécutent des missions de conseil, de promotion publicitaire et de vente à l'encontre des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être membres de CICERO »</i></p> <p>Dans les conditions d'inscription à la plateforme CICERO, on peut lire : « [...] Seules les personnes qui remplissent les normes de formation et de formation continue nécessaires peuvent s'inscrire au registre en tant qu'intermédiaire d'assurance. Cicero vise à encourager l'apprentissage tout au long de la vie des intermédiaires d'assurance et à rendre leur formation continue visible au monde extérieur. ».</p> <p>Comme on le constate, la formation et formation continue est certes mentionnée comme critère d'appartenance à la plateforme, toutefois sans aucun critère de qualité ou de standard. Or, c'est bien la formation et la formation continue de qualité qui permettront d'assurer que les intermédiaires d'assurance se comporteront de manière à respecter les exigences légales et réglementaires, ainsi que le conseil approprié aux clientes et clients potentiels.</p> <p>L'ACSI propose dès lors d'ajouter un critère qualitatif à l'accord-cadre pour s'assurer que le but visé par la réglementation puisse être rempli.</p>	<p><u>« 4. Exigence de qualité de la formation</u></p> <p>Les assureurs s'engagent à ne recourir qu'aux service d'intermédiaires dûment formés selon les standards de qualité qui s'appliquent à la profession. Toute mission de conseil, de promotion publicitaire ou de vente à l'adresse des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être assurés par des personnes dont la formation et la formation continue régulière répond aux standards de qualité de la branche. »</p>
--	--	--	--	--

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance des assurances (OS)					
Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
ACSI	190d	2		Selon l'ACSI, le délai de douze mois est approprié.	Pas de modification
ACSI	190e			L'ACSI salue l'application de l'art. 40 LSA à l'intermédiaire d'assurance.	Pas de modification
ACSI	190f			L'ACSI souhaite que l'accord ou l'ordonnance précise que « le règlement d'éventuelles amendes ne peut se faire que sur la part des bénéfices dégagés par l'entreprise d'assurance et ne doit pas être répercuté sur les primes. ».	Modification : adjonction d'une 2 ^e phrase à l'art. 190f : « [...] Le règlement d'éventuelles amendes ne peut se faire que sur la part des bénéfices dégagés par l'entreprise d'assurance et ne doit pas être répercuté sur les primes ».
ACSI	Annexe			<p>L'ACSI souhaite faire quelques remarques sur le contenu de l'annexe, en espérant que l'accord dont il est prévu d'étendre l'effet obligatoire puisse être révisé en conséquence :</p> <p>Ch. 6, 4e par., de l'accord : le démarchage à froid ne couvre pas les appels fondés sur une indication donnée par « un tiers connu par le client potentiel ».</p> <p>Il faudrait considérer également qu'il y a démarchage à froid lorsque le contact est (prétendument) fondé sur « un tiers connu par le client potentiel », dès lors qu'il n'y a aucune indication sur l'intensité de la « connaissance ». P.ex., si un contact est fondé sur le fait que le client potentiel est un « ami Facebook » ou un « ami LinkedIn » d'un assuré, faut-il considérer que le</p>	<p>Ch. 6, 4e par. al. 2</p> <p>«On entend par prospection à froid les premiers contacts établis avec des clients potentiels avec lesquels il n'existe aucune relation de clientèle ou qui ne sont plus clients depuis plus de 12 mois 36 mois, qui ont choisi un opting-out, même si ou pour lesquels le contact n'est pas dû à une recommandation d'un tiers connu du client potentiel. »</p>

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

			<p>client a été contacté en raison d'une « tiers connu par le client potentiel ». Il s'agit là d'une porte ouverte à tous les abus.</p> <p>En outre, une période de 3 ans sans contact est vraiment très longue, l'ACSI propose de la ramener à 12 mois, à savoir à la précédente période de changement d'assurance (1 an). On peut en effet considérer que les assureurs doivent pouvoir essayer de récupérer les assurés qui les ont quittés jusqu'à un an plus tôt, mais pas au-delà.</p> <p>L'ACSI est dès lors d'avis que l'accord doit être révisé en ce sens.</p>	
ACSI	Annexe	3	<p>Il est nécessaire de préciser que l'accord du ou des clients et du ou des conseillers doit être validé par une/des signature/s ou toute procédure (électronique) jugée équivalente. Il faut compléter le dernier critère du point 3 de l'annexe.</p>	<p>L'accord du ou des client(s) et du ou des conseiller(s) <u>validé par une signature ou un procédé électronique équivalent</u>.</p>
ACSI	Annexe	4	<p>L'article 7 de l'accord de branche indique que « <i>les intermédiaires, leurs collaborateurs ou les personnes qui leur sont affiliées et qui exécutent des missions de conseil, de promotion publicitaire et de vente à l'encontre des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être membres de CICERO</i> »</p> <p>Dans les conditions d'inscription à la plateforme CICERO, on peut lire : « [...] <i>Seules les personnes qui remplissent les normes de formation et de formation continue nécessaires peuvent s'inscrire au registre en tant qu'intermédiaire d'assurance. Cicero vise à encourager l'apprentissage tout au long de la vie des intermédiaires d'assurance et à rendre leur formation continue visible au monde extérieur.</i> ».</p>	<p>Introduction d'un point 4 sur l'exigence de qualité de la formation :</p> <p><u>« 4. Exigence de qualité de la formation</u></p> <p>Les assureurs s'engagent à ne recourir qu'aux service d'intermédiaires dûment formés selon les standards de qualité qui s'appliquent à la profession. Toute mission de conseil, de promotion publicitaire ou de vente à l'adresse des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être assurés par des personnes dont la formation et la formation continue régulière répond aux standards de qualité de la branche. »</p>

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation

			<p>Comme on le constate, la formation et formation continue est certes mentionnée comme critère d'appartenance à la plateforme, toutefois sans aucun critère de qualité ou de standard. Or, c'est bien la formation et la formation continue de qualité qui permettront d'assurer que les intermédiaires d'assurance se comporteront de manière à respecter les exigences légales et réglementaires, ainsi que le conseil approprié aux clientes et clients potentiels.</p> <p>L'ACSI propose dès lors d'ajouter un critère qualitatif à l'accord-cadre pour s'assurer que le but visé par la réglementation puisse être rempli.</p>	
--	--	--	--	--

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Prise de position de

Nom / entreprise / organisation : Commission fédérale de la Consommation -

Abréviation de l'entreprise / organisation : CFC / EKK

Adresse : c/o Bureau fédéral de la Consommation

Personne de référence : Jean-Marc Vögele

Téléphone : +41 58 46 22046

Courriel : jean-marc.voegele@bfk.admin.ch

Date : 25 juillet 2023

Remarques importantes :

1. Veuillez n'effectuer aucun changement dans le format du formulaire et ne remplir que les champs gris.
2. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
3. Veuillez envoyer votre prise de position au **format Word** avant le **9 août 2023** aux adresses suivantes :
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch ; gever@bag.admin.ch

Nous vous remercions de votre participation.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Sommaire

Remarques générales	3
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)	5
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance (OS)	8
Autres propositions	10

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques générales	
Nom/entreprise	Commentaires/remarques
CFC/EKK	<p>La CFC salue l'adoption de l'Ordonnance sur le règlement de l'activité des intermédiaires d'assurance, qui entraîne en particulier la force obligatoire générale pour toutes les entreprises d'assurance actives dans l'assurance complémentaire à l'assurance-maladie sociale.</p> <p>Cette manière de faire permet notamment d'inciter à une auto-réglementation de qualité, mais qui s'applique ensuite à toutes les entités du secteur, pour assurer une égalité des armes entre les divers acteurs du secteur de l'assurance.</p> <p>L'expérience montre qu'actuellement diverses entités continuent d'appeler à froid les consommateurs, se faisant parfois passer pour des organismes officiels (SantéSuisse, OFSP ou entité de statistique bfs). Des courtiers sont actifs aussi de l'étranger ou se cachent derrière des numéros étrangers.</p> <p>L'accord de branche et, subséquemment, l'établissement d'une Commission de surveillance offrent la possibilité aux personnes lésées de signaler les abus et de faire condamner les assureurs qui auraient collaboré avec des courtiers en violation des principes en vigueur depuis 2021. La Commission fédérale de la consommation voit dès lors d'un très bon œil l'Ordonnance envisagée.</p>
CFC/EKK	<p>Il faut toutefois relever quelques points mis en évidence par des membres de la CFC :</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>La Commission de surveillance</i> est peu connue du grand public. On peut dès lors légitimement se demander s'il ne serait pas judicieux d'imposer aux assureurs d'en faire mention au moins une fois dans le processus précontractuel, au même titre que ce qui vaut en matière de droit des passagers de vols.
CFC/EKK	<ul style="list-style-type: none"> - Un·e assuré·e abusé·e peut certes saisir la Commission de surveillance pour faire ouvrir une enquête à l'encontre d'une entreprise de courtage indélicat, mais aucune clause de l'accord de branche n'impose à l'assureur qui a conclu un contrat grâce à un courtage effectué en violation de l'accord puisse être révoqué sans frais. Comme en matière de devoir d'information en matière de crédit à la consommation, une protection efficace devrait passer par un droit de révocation sans frais en cas de conclusion d'un contrat d'assurance en violation de l'accord. Ce n'est qu'ainsi que les droits des assurés pourront être défendus efficacement. - Il paraît essentiel que toute décision de la Commission de surveillance respecte le droit d'être entendu au sens de l'art. 8 Cst. féd, en remettant une décision motivée à l'assuré·e lésé·e, sans que celui-ci/celle-ci doive le requérir directement de l'assureur. - Les décisions de la Commission de surveillance peuvent être contestées devant le tribunal arbitral (Accord de branche concernant les intermédiaires, art. 10). Le Règlement des sanctions et de procédure des sanctions (adopté en application de l'Accord de branche) limite l'accès au tribunal arbitral aux associations CuraFutura et SantéSuisse en cas de requête dirigée contre l'assureur visé par la plainte qui ne se serait pas acquitté de l'amende de la Commission de surveillance. Toutefois cette procédure ne comporte aucun automatisme. Pour une faïtière, cela suppose d'agir devant un tribunal contre un de ses membres, chose qui ne va pas de soi. Pour l'association requérante, agir devant le Tribunal arbitral est en outre assez lourd. L'accord de branche contraint les assureurs au respect d'un certain nombre de principes, mais il n'offre pas les mêmes garanties procédurales qu'un cadre légal ordinaire.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)

Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
CFC/EKK	35	1 et 3		L'accord de branche devrait reprendre la définition de l'activité d'intermédiaire de l'article 19a LSAMal (NB : en réalité l'art. 19 al. 3 LSAMal), pour éviter une incohérence dans l'application, même si l'art. 19a LSAMal s'applique au titre de règle impérative	Pas de modification mais l'accord de branche devrait reprendre la définition de l'activité d'intermédiaire de l'article 19a LSAMal (NB : en réalité l'art. 19 al. 3 LSAMal), pour éviter une incohérence dans l'application, même si l'art. 19a LSAMal s'applique au titre de règle impérative.
CFC/EKK	35a	2		Selon la CFC, le délai de douze mois est approprié.	Pas de modification
CFC/EKK	35b			La CFC considère que la formulation convient.	Pas de modification
CFC/EKK	35c			La CFC considère que la formulation convient.	Pas de modification
CFC/EKK	35b			La CFC considère que la formulation convient.	Pas de modification

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation

CFC/EKK	Annexe		<p>La CFC souhaite faire quelques remarques sur le contenu de l'annexe, en espérant que l'accord dont il est prévu d'étendre l'effet obligatoire puisse être révisé en conséquence :</p> <p>Ch. 6, 4e par., de l'accord : le démarchage à froid ne couvre pas les appels fondés sur une indication donnée par « un tiers connu par le client potentiel ».</p> <p>Il faudrait considérer également qu'il y a démarchage à froid lorsque le contact est (prétendument) fondé sur « un tiers connu par le client potentiel », dès lors qu'il n'y a aucune indication sur l'intensité de la « connaissance ». P.ex., si un contact est fondé sur le fait que le client potentiel est un « ami Facebook » ou un « ami LinkedIn » d'un assuré, faut-il considérer que le client a été contacté en raison d'une « tiers connu par le client potentiel ». Il s'agit là d'une porte ouverte à tous les abus.</p> <p>En outre, une période de 3 ans sans contact est vraiment très longue, la CFC propose de la ramener à 12 mois, à savoir à la précédente période de changement d'assurance (1 an). On peut en effet considérer que les assureurs doivent pouvoir essayer de récupérer les assurés qui les ont quittés jusqu'à un an plus tôt, mais pas au-delà.</p> <p>La CFC est dès lors d'avis que l'accord devrait être révisé en ce sens.</p>	<p>Ch. 6, 4e par. al. 2 «On entend par prospection à froid les premiers contacts établis avec des clients potentiels avec lesquels il n'existe aucune relation de clientèle ou qui ne sont plus clients depuis plus de 12 mois 36- mois, qui ont choisi un opting-out, même si ou pour lesquels le contact n'est pas dû à une recommandation d'un tiers connu du client potentiel. »</p>
CFC/EKK	Annexe	3	<p>Il est nécessaire de préciser que l'accord du ou des clients et du ou des conseillers doit être validé par une/des signature/s ou toute procédure (électronique) jugée équivalente. Il faut compléter le dernier critère du point 3 de l'annexe.</p>	<p>L'accord du ou des client(s) et du ou des conseiller(s) <u>validé par une signature ou un procédé électronique équivalent</u>.</p>
CFC/EKK	Annexe	4	<p>L'article 7 de l'accord de branche indique que « <i>les intermédiaires, leurs collaborateurs ou les personnes qui leur sont affiliées et qui exécutent des missions de conseil, de promotion publicitaire et de vente à l'encontre des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être membres de CICERO</i> »</p> <p>Dans les conditions d'inscription à la plateforme CICERO, on peut lire : « [...] <i>Seules les personnes qui remplissent les normes de formation et de formation continue nécessaires peuvent s'inscrire au registre en tant qu'intermédiaire</i></p>	<p>Introduction d'un point 4 sur l'exigence de qualité de la formation :</p> <p><u>« 4. Exigence de qualité de la formation</u></p> <p>Les assureurs s'engagent à ne recourir qu'aux service d'intermédiaires dûment formés selon les standards de qualité qui s'appliquent à la profession. Toute mission de conseil, de promotion publicitaire ou de vente à l'adresse des clients finaux pour les produits et les</p>

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation

			<p><i>d'assurance. Cicero vise à encourager l'apprentissage tout au long de la vie des intermédiaires d'assurance et à rendre leur formation continue visible au monde extérieur. ».</i></p> <p>Comme on le constate, la formation et formation continue est certes mentionnée comme critère d'appartenance à la plateforme, toutefois sans aucun critère de qualité ou de standard. Or, c'est bien la formation et la formation continue de qualité qui permettront d'assurer que les intermédiaires d'assurance se comporteront de manière à respecter les exigences légales et réglementaires, ainsi que le conseil approprié aux clientes et clients potentiels.</p> <p>La CFC propose dès lors d'ajouter un critère qualitatif à l'accord-cadre pour s'assurer que le but visé par la réglementation puisse être rempli</p>	<p>prestations relevant des produits concernés doivent être assurés par des personnes dont la formation et la formation continue régulière répond aux standards de qualité de la branche. »</p>
--	--	--	--	---

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance des assurances (OS)					
Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
CFC/EKK	190d	2		Selon la CFC, le délai de douze mois est approprié.	Pas de modification
CFC/EKK	190e			La CFC salue l'application de l'art. 40 LSA à l'intermédiaire d'assurance.	Pas de modification
CFC/EKK	190f			La CFC souhaite que l'accord ou l'ordonnance précise que « le règlement d'éventuelles amendes ne peut se faire que sur la part des bénéfices dégagés par l'entreprise d'assurance et ne doit pas être répercuté sur les primes. ».	Modification : adjonction d'une 2 ^e phrase à l'art. 190f : « [...] Le règlement d'éventuelles amendes ne peut se faire que sur la part des bénéfices dégagés par l'entreprise d'assurance et ne doit pas être répercuté sur les primes ».
CFC/EKK	Annexe			<p>La CFC souhaite faire quelques remarques sur le contenu de l'annexe, en espérant que l'accord dont il est prévu d'étendre l'effet obligatoire puisse être révisé en conséquence :</p> <p>Ch. 6, 4e par., de l'accord : le démarchage à froid ne couvre pas les appels fondés sur une indication donnée par « un tiers connu par le client potentiel ».</p> <p>Il faudrait considérer également qu'il y a démarchage à froid lorsque le contact est (prétendument) fondé sur « un tiers connu par le client potentiel », dès lors qu'il n'y a aucune indication sur l'intensité de la « connaissance ». P.ex., si un contact est fondé sur le fait que le client potentiel est un « ami Facebook » ou un « ami LinkedIn » d'un assuré, faut-il considérer que le client a été contacté en raison d'une « tiers connu par le client potentiel ». Il s'agit là d'une porte ouverte à tous les abus.</p> <p>En outre, une période de 3 ans sans contact est vraiment très longue, la CFC propose de la ramener à 12 mois, à savoir à la précédente période de changement d'assurance (1 an). On peut en effet considérer que les assureurs doivent pouvoir essayer de récupérer les assurés qui les ont quittés jusqu'à un an plus tôt, mais pas au-delà.</p>	<p>Ch. 6, 4e par. al. 2 «On entend par prospection à froid les premiers contacts établis avec des clients potentiels avec lesquels il n'existe aucune relation de clientèle ou qui ne sont plus clients depuis plus de 12 mois 36- mois, qui ont choisi un opting-out, même si ou pour lesquels le contact n'est pas dû à une recommandation d'un tiers connu du client potentiel. »</p>

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance

Procédure de consultation

				La CFC est dès lors d'avis que l'accord doit être révisé en ce sens.	
CFC/EKK	Annexe	3		Il est nécessaire de préciser que l'accord du ou des clients et du ou des conseillers doit être validé par une/des signature/s ou toute procédure (électronique) jugée équivalente. Il faut compléter le dernier critère du point 3 de l'annexe.	L'accord du ou des client(s) et du ou des conseiller(s) <u>validé par une signature ou un procédé électronique équivalent</u> .
CFC/EKK	Annexe	4		<p>L'article 7 de l'accord de branche indique que « <i>les intermédiaires, leurs collaborateurs ou les personnes qui leur sont affiliées et qui exécutent des missions de conseil, de promotion publicitaire et de vente à l'encontre des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être membres de CICERO</i> »</p> <p>Dans les conditions d'inscription à la plateforme CICERO, on peut lire : « [...] <i>Seules les personnes qui remplissent les normes de formation et de formation continue nécessaires peuvent s'inscrire au registre en tant qu'intermédiaire d'assurance. Cicero vise à encourager l'apprentissage tout au long de la vie des intermédiaires d'assurance et à rendre leur formation continue visible au monde extérieur.</i> ».</p> <p>Comme on le constate, la formation et formation continue est certes mentionnée comme critère d'appartenance à la plateforme, toutefois sans aucun critère de qualité ou de standard. Or, c'est bien la formation et la formation continue de qualité qui permettront d'assurer que les intermédiaires d'assurance se comporteront de manière à respecter les exigences légales et réglementaires, ainsi que le conseil approprié aux clientes et clients potentiels.</p> <p>La CFC propose dès lors d'ajouter un critère qualitatif à</p>	<p>Introduction d'un point 4 sur l'exigence de qualité de la formation :</p> <p><u>« 4. Exigence de qualité de la formation</u></p> <p>Les assureurs s'engagent à ne recourir qu'aux service d'intermédiaires dûment formés selon les standards de qualité qui s'appliquent à la profession. Toute mission de conseil, de promotion publicitaire ou de vente à l'adresse des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être assurés par des personnes dont la formation et la formation continue régulière répond aux standards de qualité de la branche. »</p>

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation

				l'accord-cadre pour s'assurer que le but visé par la réglementation puisse être rempli.	
--	--	--	--	---	--

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Prise de position de

Nom / entreprise / organisation : Fédération romande des consommateurs

Abréviation de l'entreprise / organisation : FRC

Adresse : Route de Genève 17, 1002 Lausanne

Personne de référence : Yannis Papadaniel

Téléphone : 021 331 01 94

Courriel : y.papadaniel@frc.ch

Date : le 14 juillet 2023

Remarques importantes :

1. Veuillez n'effectuer aucun changement dans le format du formulaire et ne remplir que les champs gris.
2. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
3. Veuillez envoyer votre prise de position au **format Word** avant le **9 août 2023** aux adresses suivantes :
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch ; gever@bag.admin.ch

Nous vous remercions de votre participation.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Sommaire

Remarques générales	3
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)	5
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance (OS)	7
Autres propositions	9

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques générales	
Nom/entreprise	Commentaires/remarques
Erreur ! Source du renvoi introuvable.FRC	<p>La FRC salue la mise en place de l'Ordonnance sur le règlement de l'activité des intermédiaires d'assurance. Elle a pu constater d'elle-même que la promulgation du nouvel accord de branche en janvier 2021 par les deux associations faitières des caisses maladie a participé à faire baisser les appels non-désirés et le démarchage abusif.</p> <p>Il faut noter pourtant que de nombreux problèmes subsistent. Différents organismes continuent à déranger les citoyens en se faisant passer pour des organismes officiels (santésuisse, OFSP, et même FRC). Des courtiers achètent ainsi toujours des rendez-vous à des call centers dont il est impossible de déterminer le lieu depuis lequel ils opèrent. Par ailleurs, des assurés continuent à être mal conseillés : ils se retrouvent avec des contrats à double (couvrant les mêmes prestations) ou des produits d'assurance inadaptés à leur profil et leurs besoins. L'accord de branche et, subséquemment, la Commission de surveillance offrent la possibilité aux personnes lésées de signaler les abus et de faire condamner les assureurs qui auraient collaboré avec des courtiers en violation des principes en vigueur depuis 2021.</p> <p>La FRC a déjà eu l'occasion de souligner les lacunes de ce nouveau dispositif:</p> <ul style="list-style-type: none"> - La Commission de surveillance est peu connue du grand public et peine à se faire connaître. Aucun assureur n'a fait état, dans le cadre de campagnes publicitaires par exemple, de son existence et de ses possibilités. En dehors de sa conférence de presse annuelle, la Commission de surveillance est elle aussi très peu disert sur son existence - Un.e assuré.e abusé.e peut certes saisir la Commission de surveillance pour que celle-ci ouvre une enquête à l'encontre d'une entreprise de courtage indélicat et/ou de l'assureur concerné, mais aucune clause de l'accord de branche ne stipule qu'un contrat obtenu de manière frauduleuse peut être cassé. Ceci limite considérablement les motivations des assurés lésés. - La FRC a constaté que la Commission de surveillance ne mettait pas à disposition de la partie plaignante ses motivations lorsqu'au terme d'une enquête elle établit une violation des clauses de l'accord de branche. Pour y accéder, les plaignants sont invités à s'adresser directement à... l'assureur condamné. - Les décisions de la Commission de surveillance peuvent être contestées devant le tribunal arbitral (Accord de branche concernant les intermédiaires, art. 10) . A ce titre, on constate certaines limites quant à l'accès à cette instance. Le Règlement des sanctions et de procédure des sanctions (adopté en application de l'Accord de branche) limite l'accès au tribunal arbitral aux associations CuraFutura et SantéSuisse en cas de requête dirigée contre l'assureur visé par la plainte qui ne se serait pas acquitté de l'amende de la Commission de surveillance. Toutefois cette procédure ne comporte aucun automatisme. Pour une faitière, cela suppose d'agir devant un tribunal contre un de ses membres, chose qui ne va pas de soi. Au demeurant, cette procédure n'est pas évidente pour une démarche – le paiement d'une amende – qui devrait pourtant rester le plus simple possible. Pour l'association requérante, agir devant le Tribunal arbitral suppose notamment la formulation de propositions et la nomination d'un arbitre suivie d'un échange d'écriture et le recours à la Cour des assurances sociales du canton de Berne, si les parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur la nomination d'un président de l'instance arbitrale (Règlement des sanctions et de procédure des

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance Procédure de consultation

sanctions, art. 6.1 à 6.7). Ajoutons qu'une voie de droit reste possible pour attaquer une sentence arbitrale auprès du Tribunal fédéral (Règlement des sanctions et de procédure des sanctions, art. 6.14) pour des motifs somme toute limités (art. 393 CPC) et réservée, semble-t-il, au seul tribunal cantonal compétent (la Cour des assurances sociales du canton de Berne?; Accord de branche art. 10 et art. 356 al. 1 CPC) sans que l'on sache si et de quelles manières ce tribunal est informé desdites sentences arbitrales. En définitive, il s'agit d'une procédure complète qui ne donne pas qualité de partie à l'assuré justiciable. Cette procédure ne présente que des garanties insuffisantes et fragiles quant à la mise en œuvre des décisions de la Commission de surveillance.

Globalement, donc, l'accord de branche contraint les assureurs davantage que par le passé au respect d'un certain nombre de principes, mais il n'offre pas les mêmes garanties qu'un cadre légal ordinaire. A ce titre, la FRC s'inquiète que sa pérennité même ne soit garantie. Outre les éléments déjà évoqués, le caractère potestatif de la mise en place d'un accord est un problème majeur : en ne s'en remettant qu'à la volonté des assureurs et à la nécessité que ceux qui s'entendent représentent 66 % des assurés (LAMAL) ou de volume des primes (LCA), la présente modification laisse à tout moment la possibilité aux acteurs d'abandonner toute régulation. Il aurait fallu compléter le dispositif d'un principe de subsidiarité : si les assureurs n'arrivent pas à s'entendre, le Conseil Fédéral devrait intervenir et définir de lui-même la réglementation des intermédiaires d'assurance. Ce blanc-seing laissé aux assureurs est totalement incompréhensible au regard de la protection des assurés.

Enfin, à la lecture du rapport explicatif, la FRC s'étonne qu'aucune disposition particulière n'ait été prise pour s'assurer au moins que les faitières des assureurs déposeraient leur requête pour que l'accord de branche ait valeur d'obligation. Il est inadmissible de placer dans un tel rapport de dépendance le processus démocratique et la mise en pratique de ses décisions.

Si vous souhaitez supprimer certains tableaux du formulaire ou y ajouter de nouvelles lignes, cliquez, dans l'onglet « Révision », sur « Restreindre la modification », puis « Désactiver la protection » pour pouvoir modifier le document.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)

Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
Erreur ! Source du renvoi introuvable.FRC	35	1 et 3		La FRC salue et soutient le fait que la définition de l'activité d'intermédiaire se fasse sur la base de l'article 19a LSAMal (NB : en réalité l'art. 19 al. 3 LSAMal) plus que sur la définition restreinte de l'accord de branche	Pas de modification mais l'accord de branche doit être adapté
Erreur ! Source du renvoi introuvable.FRC	35a	2		Selon la FRC, le délai de douze mois est approprié. Elle insiste cependant sur le fait que le Conseil fédéral devrait pouvoir agir sur l'accord de branche et son contenu dans le cas où les assureurs ne sont plus en mesure de s'entendre à son sujet	Pas de modification mais des prérogatives plus équilibrées devraient être confiées au Conseil fédéral, définies dans la LSAMAL (voir « autres propositions »)
Erreur ! Source du renvoi introuvable.FRC	35b			La FRC soutient la formulation de l'article en l'état	Pas de modification
Erreur ! Source du renvoi introuvable.FRC	35c			La FRC soutient la formulation de cet article, elle signale toutefois que le règlement des amendes, en particulier dans le cadre de l'assurance obligatoire de soins, est financé directement par les payeurs de primes...	Pas de modification
Erreur ! Source du renvoi introuvable.FRC	Annexe 35b			La FRC ne comprend pas pourquoi la formation n'est pas mentionnée comme critère de qualité. L'article 7 de l'accord de branche stipule que <i>«les intermédiaires, leurs collaborateurs ou les personnes qui leur sont affiliées et qui exécutent des missions de conseil, de promotion publicitaire et de vente à l'encontre des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être membres de CICERO»</i> .	<u>4. Normes de qualité, de formation et d'exactitude</u> <u>Les assureurs s'engagent à ne recourir qu'aux services d'intermédiaires formés selon les critères qui en cours dans la profession. Il en va de même pour les collaborateurs ou de personnes qui leur sont affiliées. Toute mission de conseil, de promotion publicitaire ou de vente à l'adresse des clients finaux pour les produits et les prestations</u>

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

				<p>La plateforme CICERO se présente, quant à elle, de la manière suivante : <i>«En tant que registre public, Cicero promeut des conseils d'experts à un niveau professionnel élevé pour les preneurs d'assurance et les personnes intéressées : Seules les personnes qui remplissent les normes de formation et de formation continue nécessaires peuvent s'inscrire au registre en tant qu'intermédiaire d'assurance. Cicero vise à encourager l'apprentissage tout au long de la vie des intermédiaires d'assurance et à rendre leur formation continue visible au monde extérieur».</i></p> <p>La FRC ne préjuge pas de la qualité des services CICERO. Cependant, il lui apparaît que la question de la formation est couverte par l'accord de branche. Elle conteste dès lors vigoureusement l'argument inverse défendu de manière totalement erronée dans le rapport explicatif (1^{er} paragraphe la page 4 : <i>«La déclaration de force obligatoire ne couvre pas la formation des intermédiaires car l'accord de branche des assureurs ne contient aucune obligation pour les assureurs sur ce point»</i>).</p> <p>En conclusion elle demande le rajout d'un point 4 relatif à la formation</p>	<p><u>relevant des produits concernés doivent être exécutées par des personnes formées et dont la formation est régulièrement mise à jour.</u></p>
FRC	Annexe 35b	1	2	<p>Le délai de 36 mois prévu à l'art 1 de l'annexe 35 b à l'alinéa 2 est trop long. Celui-ci doit être ramené à 6 mois</p>	<p>On entend par prospection à froid les premiers contacts établis avec des clients potentiels avec lesquels il n'existe aucune relation de clientèle ou qui ne sont plus clients depuis plus de 36 mois <u>depuis 6 mois...</u></p>
Erreur ! Source du renvoi introuvable. FRC	Annexe 35b	3		<p>Il est nécessaire de préciser que l'accord du ou des clients et du ou des conseillers doit être validé par une/des signature/s ou toute procédure (électronique) jugée équivalente. Il faut compléter le dernier critère du point 3 de l'annexe.</p>	<p>L'accord du ou des client(s) et du ou des conseiller(s) <u>validé par une signature ou une procédure jugée équivalente.</u></p>

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance Procédure de consultation

Si vous souhaitez supprimer certains tableaux du formulaire ou y ajouter de nouvelles lignes, cliquez, dans l'onglet « Révision », sur « Restreindre la modification », puis « Désactiver la protection » pour pouvoir modifier le document.

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance des assurances (OS)					
Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	1h	2		La FRC soutient le nouvel alinéa 2 tel que formulé. Il est conforme à la pratique, aux décisions du Parlement et à l'accord de branche	Pas de modification
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	190d	2		Selon la FRC, le délai de douze mois est approprié. Elle insiste cependant sur le fait que le Conseil fédéral devrait pouvoir agir sur l'accord de branche et son contenu dans le cas où les assureurs ne sont plus en mesure de s'entendre à son sujet (voir « autres propositions »)	Pas de modification mais des prérogatives plus équilibrées devraient être confiées au Conseil fédéral, définies dans la LSA (voir « autres propositions »)
FRCErreur ! Source du renvoi introuvable.	190e			La FRC soutient la formulation de l'article en l'état. Elle salue le fait que l'art.40 LSA soit applicable à la notion d'intermédiaire d'assurance.	Pas de modification, mais l'accord de branche doit être adapté.
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	190 f			La FRC soutient la formulation de cet article. Le règlement des amendes ne doit se faire que sur la part des bénéfices dégagés par l'entreprise d'assurance et ne doit pas être répercuté sur les primes.	Voir « autres propositions »
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	Annexe 7 (art. 190 e)			La FRC ne comprend pas pourquoi la formation n'est pas mentionnée comme critère de qualité. L'article 7 de l'accord de branche stipule que <i>«les intermédiaires, leurs collaborateurs ou les personnes qui leur sont affiliées et qui exécutent des missions de conseil, de promotion publicitaire et de vente à l'encontre des clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être membres de CICERO»</i> .	<u>4. Normes de qualité, de formation et d'exactitude</u> <u>Les assureurs s'engagent à ne recourir qu'aux service d'intermédiaires formés selon les critères qui en cours dans la profession. Il en va de même pour les collaborateurs ou de personnes qui leur sont affiliées. Toute mission de conseil, de promotion publicitaire ou de vente à l'adresse des</u>

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

				<p>La plateforme CICERO se présente, quant à elle, de la manière suivante : <i>«En tant que registre public, Cicero promeut des conseils d'experts à un niveau professionnel élevé pour les preneurs d'assurance et les personnes intéressées : Seules les personnes qui remplissent les normes de formation et de formation continue nécessaires peuvent s'inscrire au registre en tant qu'intermédiaire d'assurance. Cicero vise à encourager l'apprentissage tout au long de la vie des intermédiaires d'assurance et à rendre leur formation continue visible au monde extérieur».</i></p> <p>La FRC ne préjuge pas de la qualité des services CICERO. Cependant, il lui apparaît que la question de la formation est couverte par l'accord de branche. Elle conteste dès lors vigoureusement l'argument inverse défendu de manière totalement erronée dans le rapport explicatif (1^{er} paragraphe de la page 4 : <i>«La déclaration de force obligatoire ne couvre pas la formation des intermédiaires car l'accord de branche des assureurs ne contient aucune obligation pour les assureurs sur ce point»</i>).</p> <p>En conclusion elle demande le rajout d'un point 4 relatif à la formation</p>	<p><u>clients finaux pour les produits et les prestations relevant des produits concernés doivent être exécutées par des personnes formées et dont la formation est régulièrement mise à jour.</u></p>
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	Annexe 7 (art. 190e)	1	2	<p>Le délai de 36 mois prévu à l'art. 1 de l'annexe 7 (art.190e) à l'alinéa 2 est trop long. Celui-ci doit être raccourci à 6 mois</p>	<p>On entend par prospection à froid les premiers contacts établis avec des clients potentiels avec lesquels il n'existe aucune relation de clientèle ou qui ne sont plus clients depuis plus de 36 mois <u>depuis 6 mois...</u></p>
Erreur ! Source du renvoi introuvable.FRC	Annexe 7 (art 190e)	3		<p>Il est nécessaire de préciser que l'accord du ou des clients et du ou des conseillers doit être validé par une/des signature/s ou toute procédure (électronique) jugée équivalente. Il faut amender le dernier critère du point 3 de l'annexe.</p>	<p>L'accord du ou des client(s) et du ou des conseiller(s) <u>validé par une signature ou une procédure jugée équivalente.</u></p>

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Autres propositions			
Nom/entreprise	Art.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
FRCErreur ! Source du renvoi introuvable.		<p>Les efforts déployés ici pour encadrer les activités des intermédiaires souffrent d'une lacune susceptible d'en remettre en cause les fondements. Sans attribution de droit de substitution au Conseil fédéral, les révisions de la LAMAL, LCA, LSAMAL, LSA et de leurs ordonnances respectives laissent aux assureurs la possibilité d'abandonner toute forme de régulation de l'activité des intermédiaires. En l'état, les acteurs de la branche ne sont soumis à aucune contrainte analogue à celles auxquelles sont tenus, par exemple, les partenaires tarifaires. Lorsque ces derniers ne parviennent pas à s'entendre, le CF est autorisé à intervenir. Cette lacune trahit un manque de volonté de la part du législateur et de l'exécutif (qui, à aucun moment lors des débats, n'a plaidé pour l'introduction d'un tel droit de substitution).</p> <p>A ce titre, l'article 19b en son alinéa 1 ou 2 de la LSAMAL devrait à terme être révisé et complété. Il en va de même pour l'article 31b en son alinéa 1 ou 2 de la LSA.</p>	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	Annexe 7 (art 190e)	Il est nécessaire de rajouter que le règlement des amendes éventuelles prononcées après sanction soient réglées – cas échéant – sur le bénéfice qu'un assureur est en droit de faire dans le cadre de l'assurance complémentaire santé privée (LCA) et ne soit pas répercuté sur les primes des assurés.	<p><u>Le règlement des amendes ne peut être mis à la charge supplémentaire des assurés et répercuté sur les primes d'assurance des exercices en cours ou ultérieurs à la condamnation.</u></p> <p>(A rajouter en conclusion de l'annexe 7)</p>

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Schweizerisches Konsumentenforum kf

Abkürzung der Firma / Organisation : kf

Adresse : Belpstrasse 11

Kontaktperson : Babette Sigg Frank

Telefon : 031 380 50 33

E-Mail : praesidentin@konsum.ch

Datum : 08.08.2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	Erreur ! Signet non défini.
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	Erreur ! Signet non défini.
Weitere Vorschläge	Erreur ! Signet non défini.

Allgemeine Bemerkungen

Name/Firma	Bemerkung/Anregung
kf	<p>Das Schweizerische Konsumentenforum kf, das seit 1961 neutrale Informationen für Konsumenten bereitstellt, engagiert sich mit seiner liberalen Haltung explizit für den Schutz der Versicherungsnehmer und -nehmerinnen vor Kaltakquise. Es ist Gründungsmitglied der Aufsichtskommission BVV («Fair-Mittler»), die sich mit dieser Thematik befasst, und sitzt in dieser wichtigen Kommission ein.</p> <p>Dass Handlungsbedarf bestand, war und ist unbestritten. Das zeigten die unzähligen Fälle, die im ersten Jahr, als die Kommission ihre Tätigkeit aufnahm, eingingen. Trotz des Verbotes der Kaltakquise hielten sich nicht alle (vor allem externe) Berater daran – teils vorsätzlich, teils aber auch aus Unkenntnis. Eine Branchenregulierung bzw. Branchenvereinbarung ist ein gutes Mittel, fehlbare Versicherer und Makler an das Verbot zu erinnern – im Wiederholungsfall auch büssen zu können. Stossend ist allerdings, dass die Vereinbarung nicht verbindlich ist und nach wie vor einige Versicherer nicht unterzeichnet haben.</p> <p>Die Allgemeinverbindlicherklärung der Regelungen entspricht den Forderungen des kf für einen besseren Schutz der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer. Somit gelten bei jedem Vertragsabschluss, besonders aber auch beim Akquirieren, für alle Versicherer die gleichen Regeln. Insbesondere begrüsst das kf die einheitliche Regelung für interne Agenten und externe Broker und die Vereinheitlichung der Anforderungen an die Beratungsprotokolle. Potentielle Kunden müssen sicher sein, dass das, was sie unterschreiben, auch das ist, was sie wirklich wollen.</p> <p>Das Konsumentenforum kf verzichtet auf eine detaillierte Stellungnahme.</p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Stiftung für Konsumentenschutz

Abkürzung der Firma / Organisation : Konsumentenschutz

Adresse : Nordring 4, Postfach, 3001 Bern

Kontaktperson : Ivo Meli

Telefon : 031 370 24 28

E-Mail : i.meli@konsumentenschutz.ch

Datum : 9. August 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	5
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	8
Weitere Vorschläge	11

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	Zahlreiche Meldungen von Konsumentinnen und Konsumenten zeigen, dass Werbeanrufe und unprofessionelle Beratungen von Krankenkassen-Vermittlern ein grosses Ärgernis sind. Die bisherigen Versuche einer Selbstregulierung der Krankenkassenbranche zeigten eine gewisse Wirkung, konnten aber diese Probleme nicht lösen. Der Konsumentenschutz begrüsst deshalb die geplante Konkretisierung auf Verordnungsebene zu den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit und hofft, dass diese zu einer weiteren Verbesserung für die Konsumentinnen und Konsumenten beitragen.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	Wie wir bereits im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses verschiedentlich kritisiert haben, ist das Konstrukt eines Gesetzes, welches es lediglich ermöglicht, eine Branchenregulierung für Verbindlich zu erklären, wenig sinnvoll. Es bringt den Gesetzgeber in eine direkte Abhängigkeit von einigen wenigen grossen Versicherungen. Diese haben die Möglichkeit, aus der Branchenvereinbarung auszusteigen, wodurch die Mindestquote (66 %) unterschritten würde. Dadurch würde die Branchenregulierung scheitern und die neuen gesetzlichen Bestimmungen ihre Wirkung verlieren. Um einen solchen Scherbenhaufen zu verhindern, fordert der Konsumentenschutz zwei wesentliche Verbesserungen für mehr Verbindlichkeit: Erstens eine Verpflichtung der Krankenversicherungen, eine Branchenvereinbarung zu beschliessen. Zweitens die Möglichkeit, dass der Bundesrat subsidiär die Regulierung festlegt, sollte sich die Versicherungsbranche nicht innert nützlicher Frist auf eigene Regeln einigen können.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	<p>Des Weiteren sind aus Sicht des Konsumentenschutzes verschiedene Anpassungen nötig, um sicherzustellen, dass die neuen Bestimmungen ihre Wirkung im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten entfalten können und keine Umgehungsmöglichkeiten bestehen.</p> <p>Die Branchenvereinbarung, die Aufsichtskommission und insbesondere die Möglichkeit Verstösse zu melden, sind den Versicherten noch weitgehend unbekannt. Entsprechend muss davon ausgegangen werden, dass nur ein Bruchteil der erfolgten Verstösse gegen die Vereinbarung tatsächlich gemeldet werden, was deren Wirkung erheblich schmälert. Der Konsumentenschutz fordert, dass die Krankenkassen – ähnlich wie Fluggesellschaften bei den Fluggastrechten – verpflichtet werden, die Versicherten aktiv über diese Möglichkeiten zu informieren.</p> <p>Betroffene Versicherte können zwar die Aufsichtskommission anrufen, und so versuchen, eine Untersuchung einzuleiten. Es gibt jedoch keine Bestimmung, die ermöglicht, dass ein Versicherter, der einen Vertrag aufgrund einer vertragswidrig durchgeführten Vermittlung abgeschlossen hat, diesen kostenlos widerrufen kann. Aus Sicht des Konsumentenschutzes muss – wie bei der Informationspflicht bei Verbraucherkrediten – ein wirksamer Schutz durch ein Recht auf kostenlosen Widerruf gewährleistet werden, wenn ein Versicherungsvertrag unter Verletzung der Vereinbarung abgeschlossen wurde. Nur so können die Rechte der Versicherten geschützt werden.</p>

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

	<p>Weiter muss aus Sicht des Konsumentenschutzes bei Verfahren im Rahmen der Branchenvereinbarung das rechtliche Gehör gewährleistet werden. Verbände, Versicherer, Vermittler, Versicherte oder Organisationen, welche mit einer Anzeige an die Aufsichtskommission gelangen, müssen über deren Entscheide und Begründung informiert werden, ohne dass sie dies direkt beim Versicherer beantragen müssen.</p> <p>Zu prüfen ist zudem, ob eine Präzisierung nötig ist, um die Umgehung der Bestimmungen zur Kaltakquise zu verhindern. Aus Sicht des Konsumentenschutzes muss klar sein, dass Versicherungsunternehmen auch der Einkauf von Leads untersagt ist, wenn diese von externen Partnern mittels Kaltakquise generiert wurden.</p>
--	--

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	35	1 und 3		Der Konsumentenschutz begrüsst und unterstützt, dass die Definition der Vermittlertätigkeit gemäss Art. 19a KVAG verwendet wird.	Keine Änderung, die Branchenvereinbarung sollte aber entsprechend angepasst werden.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	35a	2		Der Konsumentenschutz erachtet eine Frist von 12 Monaten als angemessen. Er ist aber der Ansicht, dass der Bundesrat die Möglichkeit erhalten sollte, die Regeln der Vereinbarung anzupassen, sollten sich die Versicherungen nicht innert nützlicher Frist darauf einigen können (siehe allgemeine Bemerkungen).	Keine Änderung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	35b			Der Konsumentenschutz erachtet die Formulierung als angemessen.	Keine Änderung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	35c			Der Konsumentenschutz erachtet die Formulierung als angemessen.	Keine Änderung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	Anhang (Art. 35b)			Der Konsumentenschutz empfiehlt, Bestimmungen zur Aus- und Weiterbildung von Vermittlern in die Vereinbarung aufzunehmen. Die Vereinbarung verlangt, dass «Vermittler, deren Mitarbeitende oder ihnen angeschlossene Personen, welche gegenüber Endkunden für Produkte und Dienstleistungen im Bereich der eingeschlossenen Produkte Beratung, Werbung und	4. Qualitätsanforderungen an Aus- und Weiterbildung Die Versicherungen verpflichten sich, nur die Dienste von Vermittlern in Anspruch zu nehmen, welche gemäss den geltenden Branchenstandards ausgebildet sind. Dasselbe gilt für Mitarbeiter oder Personen, die mit ihnen verbunden sind.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				<p>Vertrieb durchführen» Mitglied bei CICERO sein müssen.</p> <p>Die Aus- und Weiterbildung wird zwar von CICERO als Kriterium für die Mitgliedschaft genannt, jedoch ohne konkrete Qualitätskriterien oder Standards.</p> <p>Der Konsumentenschutz schlägt daher vor, der Vereinbarung ein qualitatives Kriterium hinzuzufügen, um sicherzustellen, dass der Zweck der Vereinbarung erfüllt wird.</p>	<p>Alle Beratungs-, Werbe- und Verkaufsbemühungen gegenüber Endkunden müssen von Personen ausgeführt werden, die ausgebildet sind und deren Ausbildung regelmäßig aktualisiert wird.</p>
<p>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.Konsumentenschutz</p>	<p>Anhang (Art. 35b)</p>	<p>1</p>	<p>2</p>	<p>Versicherte haben die Möglichkeit ihren Anbieter der obligatorischen Krankenpflegeversicherung jährlich zu wechseln, was angesichts der Prämiensteigerungen immer öfter gemacht wird. Per 2023 hat ein Viertel der Versicherten zu einer anderen Krankenkasse gewechselt. Entsprechend ist eine Frist von drei Jahren bis ein Kontakt als Kaltakquise gilt, viel zu lange. Der Konsumentenschutz fordert eine Kürzung dieser Frist auf 6 Monate.</p> <p>Die Ausnahme wonach Kontakte, welche auf einer Empfehlung einer dem potentiellen Kunden bekannten Drittperson beruhen, nicht als Kaltakquise gelten, bietet Missbrauchspotential. Die Intensität der «Bekanntschaft» und der «Empfehlung» ist nicht definiert. Deshalb ist etwa im Bereich der sozialen Medien nicht auszuschliessen, dass beispielsweise die «Freundschaft» oder ein «Like» auf einer Plattform als Rechtfertigung einer Kontaktaufnahme herangezogen würde.</p> <p>Der Konsumentenschutz empfiehlt deshalb, auf diese Ausnahme zu verzichten.</p>	<p>Unter Kaltakquise werden Erstansprachen potentieller Kunden verstanden, zu denen keine Geschäftsbeziehung besteht, bzw. die länger als 36 6 Monate keine Kunden mehr sind oder die vom Opting-out Gebrauch gemacht haben. oder bei denen Dies gilt unabhängig davon ob der Kontakt nicht auf eine Empfehlung einer dem potentiellen Kunden bekannten Drittperson entstanden ist</p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

<p>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz</p>	<p>Anhang (Art. 35b)</p>	<p>3</p>	<p>Der Konsumentenschutz empfiehlt zu präzisieren, dass das Beratungsprotokoll vom Vermittler und der beratenen Person unterzeichnet oder mit einem gleichwertigen elektronischen Verfahren bestätigt werden muss.</p>	<p>Zustimmung des oder der Kunden und des/der Beratungsperson/en mittels Unterschrift oder einem vergleichbaren elektronischen Verfahren.</p>
---	------------------------------	----------	--	--

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	1h	2		Der Konsumentenschutz erachtet die Formulierung als angemessen.	Keine Änderung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	190d	2		Der Konsumentenschutz erachtet eine Frist von 12 Monaten als angemessen. Er ist aber der Ansicht, dass der Bundesrat die Möglichkeit erhalten sollte, die Regeln der Vereinbarung anzupassen, sollten sich die Versicherungen nicht innert nützlicher Frist darauf einigen können (siehe allgemeine Bemerkungen).	Keine Änderung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	190e			Der Konsumentenschutz begrüsst und unterstützt, dass die Definition der Vermittlertätigkeit gemäss Art. 40 VAG verwendet wird.	Keine Änderung, die Branchenvereinbarung sollte aber entsprechend angepasst werden.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	190f			Prämienzahler dürfen nicht durch Fehlverhalten von Vermittlern geschädigt werden. Der Konsumentenschutz empfiehlt deshalb eine Ergänzung, wonach allfällige Bussgelder nur über den vom Versicherungsunternehmen erwirtschafteten Gewinn finanziert und nicht auf die Prämien abgewälzt werden dürfen.	Ergänzung: Die Begleichung allfälliger Bussen darf nicht zulasten der Prämienzahler gehen, sondern muss über den vom Versicherungsunternehmen erwirtschafteten Gewinn finanziert werden.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	Anhang 7 (Art. 190e)			Der Konsumentenschutz empfiehlt, Bestimmungen zur Aus- und Weiterbildung von Vermittlern in die Vereinbarung aufzunehmen. Die Vereinbarung verlangt, dass «Vermittler, deren Mitarbeitende oder ihnen angeschlossene Personen, welche gegenüber Endkunden für Produkte und	4. Qualitätsanforderungen an Aus- und Weiterbildung Die Versicherungen verpflichten sich, nur die Dienste von Vermittlern in Anspruch zu nehmen, welche gemäss den geltenden Branchenstandards ausgebildet sind.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				<p>Dienstleistungen im Bereich der eingeschlossenen Produkte Beratung, Werbung und Vertrieb durchführen» Mitglied bei CICERO sein müssen.</p> <p>Die Aus- und Weiterbildung wird zwar von CICERO als Kriterium für die Mitgliedschaft genannt, jedoch ohne konkrete Qualitätskriterien oder Standards.</p> <p>Der Konsumentenschutz schlägt daher vor, der Vereinbarung ein qualitatives Kriterium hinzuzufügen, um sicherzustellen, dass der Zweck der Vereinbarung erfüllt wird.</p>	<p>Dasselbe gilt für Mitarbeiter oder Personen, die mit ihnen verbunden sind.</p> <p>Alle Beratungs-, Werbe- und Verkaufsbemühungen gegenüber Endkunden müssen von Personen ausgeführt werden, die ausgebildet sind und deren Ausbildung regelmäßig aktualisiert wird.</p>
<p>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.Konsumentenschutz</p>	<p>Anhang 7 (Art. 190e)</p>	<p>1</p>	<p>2</p>	<p>Versicherte haben die Möglichkeit ihren Anbieter der obligatorischen Krankenpflegeversicherung jährlich zu wechseln, was angesichts der Prämiensteigerungen immer öfter gemacht wird. Per 2023 hat ein Viertel der Versicherten zu einer anderen Krankenkasse gewechselt. Entsprechend ist eine Frist von drei Jahren bis ein Kontakt als Kaltakquise gilt, viel zu lange. Der Konsumentenschutz fordert eine Kürzung dieser Frist auf 6 Monate.</p> <p>Die Ausnahme wonach Kontakte, welche auf einer Empfehlung einer dem potentiellen Kunden bekannten Drittperson beruhen, nicht als Kaltakquise gelten, bietet Missbrauchspotential. Die Intensität der «Bekanntschaft» und der «Empfehlung» ist nicht definiert. Deshalb ist etwa im Bereich der sozialen Medien nicht auszuschliessen, dass beispielsweise die «Freundschaft» oder ein «Like» auf einer Plattform als Rechtfertigung einer Kontaktaufnahme herangezogen würde.</p>	<p>Unter Kaltakquise werden Erstansprachen potentieller Kunden verstanden, zu denen keine Geschäftsbeziehung besteht, bzw. die länger als 36 6 Monate keine Kunden mehr sind oder die vom Opting-out Gebrauch gemacht haben. oder bei denen Dies gilt unabhängig davon ob der Kontakt nicht auf eine Empfehlung einer dem potentiellen Kunden bekannten Drittperson entstanden ist</p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				Der Konsumentenschutz empfiehlt deshalb, auf diese Ausnahme zu verzichten.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Konsumentenschutz	Anhang 7 (Art. 190e)	3		Der Konsumentenschutz empfiehlt zu präzisieren, dass das Beratungsprotokoll vom Vermittler und der beratenen Person unterzeichnet oder mit einem gleichwertigen elektronischen Verfahren bestätigt werden muss.	Zustimmung des oder der Kunden und des/der Beratungsperson/en mittels Unterschrift oder einem vergleichbaren elektronischen Verfahren.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.			

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.			
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.			

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : santésuisse und curafutura

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Römerstrasse 20, 4502 Solothurn / Gutenbergstrasse 14, 3011 Bern

Kontaktperson : Isabel Kohler / Céline Antonini

Telefon : 032 625 41 31 / 079 596 60 40

E-Mail : isabel.kohler@santesuisse.ch / celine.antonini@curafutura.ch

Datum : 7. August 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	5
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	8
Weitere Vorschläge	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
sas/cf	<p>Allgemeine Bemerkungen</p> <p>Einleitend möchten wir anmerken, dass wir es als wenig zielführend für eine Allgemeinverbindlichkeitsbeantragung erachten, dass der Bundesrat die Vernehmlassung bereits so früh eröffnet hat, quasi zeitgleich mit der Aufnahme der Beratungen der Versicherer zur Anpassung der Branchenvereinbarung aufgrund der neuen gesetzlichen Ausgangslage. Indem er eine Gleichstellung zwischen externen Vermittlern und internen Mitarbeitenden gefordert hat – obwohl die Krankenversicherer vor den grossen praktischen Herausforderungen im Rahmen des parlamentarischen Prozesses gewarnt haben - hat der Gesetzgeber den Versicherern eine sehr komplexe und herausfordernde Aufgabe übertragen, deren Umsetzung der Bundesrat nun mit unverstänglich hohem Zeitdruck einfordert. Dabei wäre es von zentraler Bedeutung gewesen, den Versicherern genügend Zeit zu lassen, d.h. im Minimum bis Ende 2023, bevor die Vernehmlassung eröffnet worden wäre. So hätte ein paralleles Vorgehen sichergestellt werden können und die Versicherer hätten dem BAG per Ende 2023 eine Lösung präsentieren können, die zusammen mit der Verordnung als Anhang in die Vernehmlassung hätte gegeben werden können. Mit der heutigen Konstellation besteht das Risiko, dass die in dieser Stellungnahme enthaltenen Bemerkungen und Anpassungsvorschläge nicht vollständig sind. In Abhängigkeit davon, wie die Bestimmungen der neuen Vereinbarung tatsächlich aussehen werden, könnte zusätzlicher Anpassungsbedarf resultieren. Hier gilt es festzuhalten, dass die Bestimmungen im Anhang keine Gültigkeit im Sinne einer Allgemeinverbindlichkeit haben. Da diese zurzeit in Überarbeitung sind, verstehen santésuisse und curafutura den unterbreiteten Anhang als «Veranschaulichung» einer zukünftigen Regelung. So wie die Unterlagen nun bereits im April 2023 eröffnet wurden, machen sie wenig Sinn und sind für diejenigen Versicherer, die nicht im Rahmen der Projektorganisation beteiligt sind, unklar und werfen viele Fragen auf, die aktuell nicht beantwortet werden können. Genau diese Fragen werden im Rahmen der Konsultation nun wohl seitens der verschiedenen anderen Vernehmlassungsteilnehmenden beim BAG eingehen. Es ist unklar, wie das BAG diese Fragen ohne Vorliegen einer überarbeiteten Branchenvereinbarung bzw. ohne überarbeitete allgemeinverbindlich zu erklärende Bestimmungen aus der Branchenvereinbarung als Anhang und zentrale Elemente der Verordnung sinnvoll gegenüber den Vernehmlassungsteilnehmenden wird beantworten können. Mit Blick darauf beantragen wir, dass – sobald die überarbeitete Version vorliegt – vorliegende Verordnungsbestimmungen erneut in Konsultation gegeben werden.</p> <p>In Bezug auf die Arbeiten zur Anpassung der Branchenvereinbarung zur Erlangung der Allgemeinverbindlichkeit können wir Ihnen mitteilen, dass die Branche trotz grösster Anstrengungen und Bemühungen bis heute nicht in der Lage ist, Ihnen eine konsensbasierte Überarbeitung vorlegen zu können, welche mit Sicherheit allgemeinverbindlich erklärt werden kann oder das erforderliche Quorum erreicht. Der Zeitdruck, die Überarbeitung innert nur weniger Monate vornehmen zu müssen, hat dazu geführt, dass der Branche die so wichtige Zeit fehlte, die Kernelemente mit der notwendigen Sorgfalt und Akribie unter den Versicherern zu erarbeiten. Dabei liegt der Erfolg in einzelnen Formulierungen, die nicht nur verständlich und umsetzbar für die Versicherer sein sollen, sondern ebenfalls kontrollierbar für die Aufsicht. Es sollte dem BAG bekannt sein, dass ein solcher Prozess in einer solchen heiklen Thematik mehrere Monate, wenn nicht ein Jahr, dauert, bis dass ein gemeinsamer Konsens in der Überarbeitung vorliegt, welcher genügend ausgereift ist, dass er sowohl den Anforderungen des Bundesgesetzes über die Versicherungsvermittlertätigkeit nach kommt (Gleichstellung Eigenvertrieb mit externen Vermittler), die Branche insgesamt auch abbildet und gleichzeitig noch umsetzbar</p>

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

	<p>ist. Wie bereits in den parlamentarischen Beratungen zum Gesetz mehrfach erwähnt, ist es in der Umsetzung unmöglich, die Entschädigung für vermittelnde Tätigkeit sowohl der eigenen Mitarbeitenden sowie der externen Vermittler mit einer Obergrenze gleichermassen zu "decken", ohne dabei in schwierigste unlösbare Abgrenzungsprobleme hineinzulaufen und das Risiko einzugehen, nicht rechtskonform zu handeln (Arbeitsrecht/OR) oder unrentabel zu arbeiten (Wirtschaftlichkeit).</p> <p>Mit diesem Hintergrund sowie in diesem Kontext erfolgen die nachfolgenden Rückmeldungen von santésuisse und curafutura.</p>
sas/cf	<p>Generelles zum Verordnungsentwurf</p> <p>santésuisse und curafutura unterstützen die Struktur des unterbreiteten Verordnungsentwurf. Dieser ist schlank ausgestaltet und konzentriert sich auf die wesentlichen Punkte, welche für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit erforderlich sind.</p> <p>Die formellen Bestimmungen werden in die bestehenden Verordnungen (KVAV/AVO) integriert. Die materiellen Bestimmungen sind hingegen im Anhang aufgeführt und werden erst dann wirksam, wenn die Versicherer eine Branchenvereinbarung durch den Bundesrat als allgemeinverbindlich erklären lassen (Art. 19b Abs. 2 KVAG bzw. Art. 31a Abs. 2 VAG).</p>
sas/cf	<p>Bemerkungen zum erläuternden Bericht</p> <p>Die Argumentation des Bundesrats betreffend die Angemessenheit der Obergrenze der Entschädigungen ist nicht schlüssig und nimmt keinen Bezug auf die neuen gesetzlichen Grundlagen. Die Argumentation bezieht sich auf die Formulierung in der geltenden BVV vom 24. Januar 2020 (OKP CHF 70; VVG 12-fache Monatsprämie) und blendet den Umstand aus, dass die Einschränkungen sich explizit auf die Entschädigungen an externe Vermittler beziehen und – u.a. aus arbeitsrechtlichen Gründen – nicht auf den internen Vertrieb übertragen werden können.</p> <p>Der Bundesrat hat in vorliegender Verordnung seine Ausführungen allgemein zu halten und (noch) nicht mit Blick auf die konkrete Formulierung der BVV, die sich diesbezüglich in Überarbeitung befindet. Gleichzeitig sind sie aber genügend klar zu spezifizieren, sodass für die Versicherer klar ist, welche «Angemessenheit» noch als rechtmässig gilt. Insofern müssen die Aussagen über die Angemessenheit der künftigen Entschädigungsobergrenze zwingend anhand einer auf die neuen gesetzlichen Grundlagen angepassten BVV erfolgen.</p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	35a	1		<p>Es ist unklar, weshalb die Aufsichtsbehörde vom Bestehen einer Vereinbarung Kenntnis haben muss, wenn es nicht zu einer Allgemeinverbindlicherklärung kommt. Nur in diesem Fall kann eine Pflicht zur Vorlage bestehen. Ansonsten hat der Bund hier keinerlei Kompetenzen.</p> <p>Sollte sich diese Verpflichtung in Anlehnung an die Ausführungen in der Botschaft zu Art. 19b Abs. 1 Bst. e, Seite 10, nur auf die Entschädigungsthematik beziehen, ist dies auch hier in der Verordnung klar einzugrenzen.</p>	<p>Schliessen Versicherer eine Vereinbarung nach Artikel 19b Absatz 1 KVAG ab, so stellen sie diese der Aufsichtsbehörde zu, <u>sofern eine Allgemeinverbindlichkeit beantragt wird.</u></p>
	35a	2		<p>Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Versicherer jede Änderung der Vereinbarung der Aufsichtsbehörde unterbreiten müssen. Es macht hingegen Sinn, diejenigen Bestimmungen frühzeitig der Aufsichtsbehörde zukommen zu lassen, die bereits allgemeinverbindlich erklärt wurden und die im Nachhinein eine Änderung erfahren haben.</p> <p>Ebenfalls ist nicht verständlich, weshalb die Versicherer Änderungen betreffend die Allgemeinverbindlichkeit 12 Monate im Voraus mitteilen müssen. Von den Versicherern wird verlangt, dass sie die Branchenvereinbarung gesetzeskonform anpassen innert ein paar weniger Monate, wohingegen die Aufsicht 12 Monate Zeit haben soll, Änderungen als allgemeinverbindlich zu erklären. Sollte es tatsächlich relevante Änderungen geben, dann ist es im Interesse der Versicherer wie auch der Aufsichtsbehörden, dass diese so rasch wie möglich für alle Gültigkeit erlangen.</p>	<p>Sie teilen jede Änderung der Vereinbarung der Aufsichtsbehörde <u>neun</u> Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung mit, <u>sofern die Änderung Bestimmungen betrifft, die als allgemeinverbindlich erklärt wurden.</u></p>
sas/cf	35b	1		<p>Ganz grundsätzlich muss die Formulierung von Art. 35b unter einen Vorbehalt gestellt werden. Es ist denkbar, dass nur ein Verband – oder gar nur Krankenversicherer unter sich - eine Bran-</p>	<p><i>Allgemeinverbindlichkeit von Regelungen der Vereinbarung zwischen Versicherern</i></p>

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

			<p>chenvereinbarung unterzeichnen. Es sollte eine neutrale Formulierung gewählt werden. Auch das Datum ist anzupassen an die dann gültigen Gegebenheiten.</p> <p>Der letzte Satz im Text ist nicht notwendig und eher verwirrend, auch wenn wir verstehen, was das BAG damit beabsichtigt. Er ist zu streichen. Die gesetzlichen Bestimmungen gelten sowieso und unabhängig davon, ob es hier erwähnt wird oder nicht. Zudem referenziert der Satz auf die bestehende Branchenvereinbarung.</p> <p>Sollte an der Nennung der Verbände festgehalten werden, sind die Anfangsbuchstaben jeweils klein zu schreiben (santésuisse/curafutura), auch beim Satzbeginn. Bitte durchwegs im gesamten Text anpassen.</p>	<p>¹Die im Anhang aufgeführten Regelungen der Vereinbarung zwischen <u>den Versicherern vom Datum santésuisse und curafutura 24. Januar 2020</u> betreffend die Qualität der Beratung und die Entschädigung an die Vermittler in der Kundenwerbung werden für sämtliche Versicherer als allgemeinverbindlich erklärt. <u>Für den Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler gilt Artikel 19a KVAG.</u></p>
	35b	2 3	<p>Es reicht unserer Ansicht nach nicht, wenn nur in den erläuternden Bestimmungen ausgeführt wird, wie der Prozess ist, wenn das Quorum von 66% nach der Allgemeinverbindlichkeitserklärung unterschritten wird. Es benötigt hier eine Rechtsgrundlage in der Verordnung selber, um Rechtssicherheit zu gewährleisten. Wir bitten um Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung.</p>	<p>²<u>Das Gesuch um Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit kann von Versicherern, die zusammen mindestens 66 Prozent der Versicherten in der sozialen Krankenversicherung vertreten, eingereicht werden.</u></p> <p>³<u>Das Quorum von 66 Prozent muss im Zeitpunkt der Gesuchseinreichung und der Allgemeinverbindlicherklärung erfüllt sein. Wenn nach der Allgemeinverbindlicherklärung das Quorum unterschritten wird, weil Versicherer aus der Vereinbarung ausgetreten sind, muss die Allgemeinverbindlicherklärung aufgehoben werden.</u></p>
sas/cf	35c		<p>Versicherer, die der Branchenvereinbarung beitreten, laufen Gefahr, dass sie bei einem Verstoß doppelt sanktioniert werden – von einer allenfalls in der Branchenvereinbarung vorgesehenen Sanktionsinstanz (aktuell die Aufsichtskommission) und von der Aufsichtsbehörde. Um dies zu vermeiden, soll in der Verordnung</p>	<p><i>Verstöße gegen allgemeinverbindliche Regelungen</i></p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				eine Bestimmung ergänzt werden, die solche Fälle berücksichtigt.	<p>¹ Nach Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe h oder 4 KVAG wird bestraft, wer gegen allgemeinverbindliche Regelungen nach Artikel 35b verstösst.</p> <p>² <u>Bei der Bemessung des Strafmasses werden die von anderen Instanzen in der gleichen Sache verhängten Strafen angerechnet. Das Strafmass wird entsprechend reduziert.</u></p>
--	--	--	--	--	--

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	190d	1		<p>Es ist unklar, weshalb die Aufsichtsbehörde vom Bestehen einer Vereinbarung Kenntnis haben muss, wenn es nicht zu einer Allgemeinverbindlicherklärung kommt. Nur in diesem Fall kann eine Pflicht zur Vorlage bestehen. Ansonsten hat der Bund hier keinerlei Kompetenzen.</p> <p>Sollte sich diese Verpflichtung in Anlehnung an die Ausführungen in der Botschaft zu Art. 31a Abs. 1, Seite 14, nur auf die Entschädigungsthematik beziehen, ist dies auch hier in der Verordnung klar einzugrenzen.</p>	<p>Schliessen Versicherer eine Vereinbarung nach Artikel 31a Absatz 1 VAG ab, so stellen sie diese der FINMA zu, <u>sofern eine Allgemeinverbindlichkeit beantragt wird.</u></p>
	190d	2		<p>Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Versicherer jede Änderung der Vereinbarung der Aufsichtsbehörde unterbreiten müssen. Es macht hingegen Sinn, diejenigen Bestimmungen frühzeitig der Aufsichtsbehörde zukommen zu lassen, die bereits allgemeinverbindlich erklärt wurden und die im Nachhinein eine Änderung erfahren haben.</p> <p>Ebenfalls ist nicht verständlich, weshalb die Versicherer Änderungen betreffend die Allgemeinverbindlichkeit 12 Monate im Voraus mitteilen müssen. Von den Versicherern wird verlangt, dass sie die Branchenvereinbarung gesetzeskonform anpassen innert ein paar weniger Monate, wohingegen die FINMA 12 Monate Zeit haben soll, Änderungen als allgemeinverbindlich zu erklären. Sollte es tatsächlich relevante Änderungen geben, dann ist es im Interesse der Versicherer wie auch der Aufsichtsbehörden, dass diese so rasch wie möglich für alle Gültigkeit erlangen.</p>	<p>Sie teilen jede Änderung der Vereinbarung der FINMA <u>neun</u> Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung mit, <u>sofern die Änderung Bestimmungen betrifft, die als allgemeinverbindlich erklärt wurden.</u></p>
sas/cf	190e			<p>Ganz grundsätzlich muss die Formulierung von Art. 190e unter einen Vorbehalt gestellt werden. Es ist denkbar, dass nur ein</p>	<p><i>Allgemeinverbindlichkeit von Regelungen der Vereinbarung zwischen Versicherungsunternehmen</i></p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

			<p>Um dies zu vermeiden, soll in der Verordnung eine Bestimmung ergänzt werden, die solche Fälle berücksichtigt.</p>	<p>¹ Mit Busse nach Artikel 86 Absatz 1^{bis} oder 2 VAG wird bestraft, wer gegen allgemeinverbindliche Regelungen nach Artikel 190e verstösst.</p> <p><u>² Bei der Bemessung des Strafmasses werden die von anderen Instanzen in der gleichen Sache verhängten Strafen angerechnet. Das Strafmass wird entsprechend reduziert.</u></p>
<p>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</p>	<p>Anhang</p>		<p>Im Anhang des Verordnungsentwurfs werden die Bestimmungen aus der aktuellen Branchenvereinbarung übernommen. Hier gilt es festzuhalten, dass diese Bestimmungen keine Gültigkeit im Sinne einer Allgemeinverbindlichkeit haben. Dafür braucht es einen Antrag der Versicherer und die zusätzliche Allgemeinverbindlichkeitserklärung durch den Bundesrat (was noch nicht erfolgt ist). Insofern verstehen santésuisse und curafutura den unterbreiteten Anhang als «Veranschaulichung» einer zukünftigen Regelung.</p> <p>Unabhängig davon lässt sich aber schon feststellen, dass die eingeschränkte Übernahme von Bestimmungen aus der aktuellen Branchenvereinbarung zum Teil unzureichend ist. Wichtig ist, dass wenn ein Aspekt der Branchenvereinbarung als verbindlich erklärt wird, alle entsprechende Bestimmungen berücksichtigt werden. So wird bspw. im Entwurf bei der Einschränkung der Entschädigung nur die Bestimmung zur Höchstvergütung, nicht jedoch die damit verbundene Stornoregelung (Ziff. 9.2) übernommen. In einem solchen Fall wären die der Branchenvereinbarung beigetretenen Versicherer sowohl der Höchstvergütung wie auch der Stornoregelung unterstellt und die Versicherer, welche nicht der Branchenvereinbarung beitreten, nur der Höchstvergütung. Letztere hätten damit einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den beigetretenen Versicherern. Die beigetretenen Versicherer würden dann Sinn und Zweck des Beitritts an der Branchenvereinbarung in Frage stellen und einen Austritt in Betracht</p>	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

			<p>ziehen, was wiederum eine Erosion zur Folge hätte bzw. der Allgemeinverbindlichkeitserklärung die Basis entziehen würde (66% der Versicherten bzw. des Prämienvolumens). Ein anderes Beispiel ist die Definition der Entschädigung, welche die Versicherer in der Vereinbarung vornehmen. Wird diese nicht als allgemeinverbindlich erklärt, gilt für Versicherer, die der Branchenvereinbarung beigetreten sind, diejenige der Branchenvereinbarung und für diejenigen Versicherer, die nicht beigetreten sind, andere (welche?) Definition der Entschädigung.</p> <p>Die obigen Beispiele zeigen, dass im Anhang der Verordnung alle Bestimmungen einer Branchenvereinbarung aufgeführt sein müssen, welche im Zusammenhang mit den allgemeinverbindlich erklärten Regeln stehen. Ansonsten entsteht eine wettbewerbsverzerrende Marktsituation. Um dies zu vermeiden, fordern santésuisse und curafutura, dass bei der Aufnahme von Bestimmungen einer Branchenvereinbarung in den Anhang der Verordnung die beiden Verbände respektive die Krankenversicherer konsultiert werden und die Möglichkeit erhalten, einen Vorschlag zu unterbreiten.</p>	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	II		<p>Inkrafttreten</p> <p>Die Anpassung der Verträge des Eigenvertriebes an die neuen Entschädigungsregelungen bedürfen einer Übergangsfrist von 12 Monaten. Eine sofortige Umsetzung per Inkrafttreten ist den Versicherern nicht möglich ohne sich vertraglich haftbar zu machen. Die Verordnung ist somit gestaffelt in Kraft zu setzen. Diejenigen Bestimmungen, welche die Entschädigungsthematik betreffen, sind per 1. Januar 2025 in Kraft zu setzen bzw. auf Anfang eines Jahres.</p>	<p>Dieser Verordnung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.</p> <p><u>Die nachfolgenden Bestimmungen treten am 1. Januar 2025 in Kraft:</u></p> <p>- <u> </u> X</p> <p>- <u> </u> Y</p> <p>- <u> </u> A</p> <p>.....</p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				Die Umsetzung bezüglich Kaltakquise und Beratungsprotokolle hingegen kann problemlos mit ordentlichem Inkrafttreten der BVV erfolgen.	
--	--	--	--	---	--

Freundliche Grüsse

santésuisse
Direktion



Verena Nold
Direktorin



Isabel Kohler Muster
Leiterin Rechtsdienst santésuisse-Gruppe

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

gever@bag.admin.ch

Lausanne, le 19 juin 2023

Page 1/2

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance

Madame, Monsieur,

La lettre du 19 avril de Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset a retenu toute notre attention et nous avons l'honneur de vous communiquer la prise de position du Groupe Mutuel sur le projet d'ordonnance.

Le 16 décembre 2022, les Chambres fédérales ont adopté la loi fédérale sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance qui permet au Conseil fédéral de donner force obligatoire à certains points de l'accord de branche des assureurs, par voie d'ordonnance, lorsque les assureurs qui en font la demande représentent au moins 66% des assurés. Le Conseil fédéral peut également définir à cette occasion les infractions aux points de l'accord déclarés obligatoires mais, en revanche, il ne dispose pas de la compétence de modifier le contenu de l'accord de branche.

Surpassement de la base légale

Le Groupe Mutuel constate que le projet d'ordonnance mis en consultation ne respecte pas la base légale, puisqu'il contient des dispositions modifiant le contenu de l'accord de branche, à savoir :

- l'application des articles 19a LSAMal et 40a LSA à la notion d'intermédiaire d'assurance (cf. art. 35a P-OSAMal ; art. 190e P-OS) ;
- la suppression de l'exemption de la surveillance FINMA prévue à l'art. 1h, al. 1 OS (cf. art. 1h, al. 2 P-OS).

Le Groupe Mutuel demande que ces éléments soient supprimés. Il est de la responsabilité des assureurs de présenter un accord de branche conforme à la loi et non au Conseil fédéral d'en corriger les éventuels défauts.

Modification et résiliation de la convention d'accord de branche

Les articles 35a, al. 2 P-LSAMal et 190d, al. 2 P-OS stipulent que les entreprises d'assurance communiquent toute modification de l'accord aux autorités de surveillance douze mois avant l'entrée en vigueur de la modification. Selon le rapport explicatif, ce délai correspond au délai conventionnel que les assureurs ont prévu pour résilier l'accord.

Pour des raisons de clarté, le Groupe Mutuel est d'avis que l'ordonnance devrait mentionner l'abrogation de la force obligatoire, lorsque l'accord de branche n'est plus soutenu par des assureurs représentant au moins 66% des assurés et à quel moment cette abrogation prend effet.

Le Groupe Mutuel valide le reste des dispositions proposées.

Nous vous souhaitons bonne réception de la présente et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos respectueuses salutations.

Groupe Mutuel Services SA



Dr Thomas J. Grichting
Secrétaire général



Geneviève Aguirre
Chargée de Veille législative Senior

Annexe(s) : Vue d'ensemble de l'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance

Vue d'ensemble de l'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
 Modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance (OSAMal) et de l'ordonnance sur la surveillance (OS)

Droit en vigueur	Modifications prévues	Modification proposées	Commentaires
OSAMal	OSAMal		
<p>Art. 35 titre, al. 1 et 3</p> <p>Activité d'intermédiaire et dépenses de publicité</p> <p>1 Est une activité d'intermédiaire au sens de l'art. 19 LSAMal toute activité par laquelle une personne met ses compétences ou ses services à la disposition de l'assureur contre rémunération dans le but de faciliter ou de permettre l'affiliation d'assurés.</p> <p>3 Si les assureurs concluent un accord au sens de l'art. 19, al. 3, LSAMal, ils le communiquent à l'autorité de surveillance.</p>	<p>Art. 35 titre, al. 1 et 3</p> <p>Dépenses de publicité</p> <p>1 abrogé</p> <p>3 abrogé</p>		
	<p>Art. 35a Accord entre assureurs (nouveau)</p> <p>1 Si des assureurs concluent un accord au sens de l'art. 19b, al. 1, LSAMal, ils le communiquent à l'autorité de surveillance.</p> <p>2. Ils communiquent toute modification de l'accord à l'autorité de surveillance douze mois avant l'entrée en vigueur de la modification.</p>		

Vue d'ensemble de l'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
 Modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance (OSAMal) et de l'ordonnance sur la surveillance (OS)

Droit en vigueur	Modifications prévues	Modification proposées	Commentaires
	<p>Art. 35b Force obligatoire générale de dispositions de l'accord entre assureurs (nouveau)</p> <p>Les dispositions de l'accord du 24 janvier 2020 entre santésuisse et curafutura concernant la qualité du conseil et l'indemnisation des intermédiaires lors de la prospection de nouveaux clients mentionnées en annexe ont force obligatoire générale pour tous les assureurs. L'art. 19a LSAMal est applicable à la notion de l'intermédiaire d'assurance.</p>	<p>Art. 35b Force obligatoire générale de dispositions de l'accord entre assureurs (nouveau)</p> <p>Les dispositions de l'accord du 24 janvier 2020 entre santésuisse et curafutura concernant la qualité du conseil et l'indemnisation des intermédiaires lors de la prospection de nouveaux clients mentionnées en annexe ont force obligatoire générale pour tous les assureurs. L'art. 19a LSAMal est applicable à la notion de l'intermédiaire d'assurance.</p>	<p>La dernière phrase n'a pas de base légale et doit donc être biffée.</p> <p>Le Conseil fédéral a autorisé pour accepter ou refuser l'accord de branche. Il n'a en revanche pas la compétence d'en modifier le contenu.</p>
	<p>Art. 35c Infractions à des dispositions qui ont force obligatoire générale (nouveau)</p> <p>Est puni conformément à l'art. 54, al. 3, let. h, ou 4, LSAMal quiconque enfreint des dispositions qui ont force obligatoire générale visées à l'art. 35b.</p>		
	<p>Annexe (nouveau)</p>		Pas de commentaire.
OS	OS		
	<p>Art. 1h al. 2 (nouveau)</p> <p>2 L'al. 1 ne s'applique pas à l'assurance-maladie complémentaire</p>	<p>Art. 1h al. 2 (nouveau)</p> <p>2 L'al. 1 ne s'applique pas à l'assurance-maladie complémentaire à</p>	<p>Cet alinéa n'a pas de base légale et doit donc être biffé.</p> <p>Le Conseil fédéral a autorisé pour accepter ou refuser</p>

Vue d'ensemble de l'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
 Modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance (OSAMal) et de l'ordonnance sur la surveillance (OS)

Droit en vigueur	Modifications prévues	Modification proposées	Commentaires
	à l'assurance-maladie sociale.	l'assurance-maladie sociale.	l'accord de branche. Il n'a en revanche pas la compétence d'en modifier le contenu.
	<p>Art. 190d Accord entre entreprises d'assurance (nouveau)</p> <p>1 Si des entreprises d'assurance concluent un accord au sens de l'art. 31a, al. 1, LSA, elles le communiquent à la FINMA.</p> <p>2 Elles communiquent toute modification de l'accord à la FINMA douze mois avant l'entrée en vigueur de la modification.</p>		
	<p>Art. 190e Force obligatoire générale de dispositions de l'accord entre entreprises d'assurance (nouveau)</p> <p>Les dispositions de l'accord du 24 janvier 2020 entre santésuisse et curafutura concernant la qualité du conseil et l'indemnisation des intermédiaires lors de la prospection de nouveaux clients mentionnées dans l'annexe 7 ont force obligatoire générale pour toutes les entreprises d'assurance actives dans l'assurance complémentaire à l'assurance-maladie sociale. L'art. 40 LSA est applicable à la notion de l'intermédiaire d'assurance.</p>	<p>Art. 190e Force obligatoire générale de dispositions de l'accord entre entreprises d'assurance (nouveau)</p> <p>Les dispositions de l'accord du 24 janvier 2020 entre santésuisse et curafutura concernant la qualité du conseil et l'indemnisation des intermédiaires lors de la prospection de nouveaux clients mentionnées dans l'annexe 7 ont force obligatoire générale pour toutes les entreprises d'assurance actives dans l'assurance complémentaire à l'assurance-maladie sociale. L'art. 40 LSA est applicable à la notion de l'intermédiaire d'assurance.</p>	<p>La dernière phrase n'a pas de base légale et doit donc être biffée.</p> <p>Le Conseil fédéral a autorité pour accepter ou refuser l'accord de branche. Il n'a en revanche pas la compétence d'en modifier le contenu.</p>

Vue d'ensemble de l'ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
 Modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance (OSAMal) et de l'ordonnance sur la surveillance (OS)

Droit en vigueur	Modifications prévues	Modification proposées	Commentaires
	<p>Art. 190f Infractions à des dispositions qui ont force obligatoire générale (nouveau)</p> <p>Est puni conformément à l'art. 86, al. 1bis, ou 2, LSA quiconque enfreint des dispositions qui ont force obligatoire générale visées à l'art. 190e.</p>		
	<p>Annexe 7 (nouveau)</p>		<p>Pas de commentaire.</p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : KPT Krankenkasse AG und KPT Versicherungen AG

Abkürzung der Firma / Organisation : KPT

Adresse : Wankdorfallee 3, 3014 Bern

Kontaktperson : Beat Knuchel / Barbara Dellenbach

Telefon : 058 310 95 00

E-Mail : beat.knuchel@kpt.ch

Datum : 9. August 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	6
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	7
Weitere Vorschläge	8

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.KPT</p>	<p>Vorbemerkungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die KPT unterstützt die Eingabe von curafutura / santésuisse, soweit die nachfolgende Stellungnahme nicht davon abweicht. 2. Die frühzeitige Eröffnung der Vernehmlassung zur Verordnung über die Allgemeinverbindlicherklärung auf der Basis der Branchenvereinbarung vom 24.1.2020 erachten wir als nicht zielführend, weil diese Vereinbarung in gewissen Punkten nicht mehr der neuen Gesetzgebung entspricht (namentlich bezüglich Gleichstellung externe Vermittler mit Mitarbeitenden der Versicherer). Sobald eine neue Vereinbarung der Versicherer vorliegt, wird hiermit die Möglichkeit einer erneuten Stellungnahme beantragt. 3. Die mit der neuen Gesetzgebung verfolgte Gleichstellung von internem und externem Vertrieb missachtet den Grundsatz, dass Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln ist. Während der externe Vertrieb naturgemäss vollständig abschlussorientiert entschädigt wird, erfolgt die Entschädigung im internen Vertrieb über Lohn- und Provisionsanteile. Die Betriebswirtschaftlichkeit des Vertriebs eines Versicherers ergibt sich nur aus einer Gesamtbetrachtung mit Vergleich der jeweiligen Vertriebskanäle. Sie kann mit einer Gleichschaltung der Entschädigungen über alle Kanäle hinweg grundsätzlich nicht erreicht werden. Aus Sicht der KPT verunmöglicht die damit in sich widersprüchliche gesetzliche Grundlage die angestrebte Regelung der Entschädigung. Lediglich in der OKP besteht ein breiter Konsens, dass ein Abschluss mit einer Maximalentschädigung gedeckelt werden soll (derzeit CHF 70), wobei diese Entschädigung bekannter Weise auf politischen Überlegungen beruht und nicht auf betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. 4. Folgende Punkte sind aus unserer Sicht zwingend sicher zu stellen: <ol style="list-style-type: none"> a. Der Bundesrat darf eine Vereinbarung der Branche nur dann als allgemeinverbindlich erklären, wenn Versicherer, die zwei Drittel der Versicherten (OKP) resp. zwei Drittel des Prämienvolumens (VVG) vertreten, der Allgemeinverbindlicherklärung zustimmen. Der Beitritt zu einer Branchenvereinbarung ist nicht mit der Zustimmung zur Allgemeinverbindlicherklärung gleich zu setzen. Wird das Quorum unterschritten, muss die Allgemeinverbindlicherklärung aufgehoben werden. b. Die Allgemeinverbindlicherklärung darf nicht für Regelungen erfolgen, welche diskriminierend sind oder gegen die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten wirken. Darunter verstehen wir auch Einschränkungen der Entschädigung, die sich an der Höhe der Prämie orientieren. Solche Regelungen führen dazu, dass teure Produkte / Versicherer bevorzugt vermittelt werden. Eine solche Vereinbarung erscheint aus rechtlicher Sicht zwar zulässig, darf aber nur für jene bindend sein, die an der Vereinbarung teilnehmen. Eine Allgemeinverbindlicherklärung würde in einem solchen Fall dem Gleichbehandlungsanspruch der

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

	<p>Wettbewerbsteilnehmer zuwiderlaufen.</p> <p>c. Sinn und Zweck der Regulierung sind die Gewährleistung von Qualität und Betriebswirtschaftlichkeit in der Versicherungsvermittlung. Die Organisation des Versicherers kann hier kein Kriterium sein. Ein Versicherer, der seinen Vertrieb bspw. ganz oder teilweise über Tochtergesellschaften organisiert, darf nicht aufgrund dieses Umstands benachteiligt werden, sei dies per Gesetz/Verordnung oder über eine Branchenvereinbarung. Wir weisen darauf hin, dass die Diskussion betreffend «Umgehung der Branchenvereinbarung über Mehrheitsbeteiligungen» einer näheren Betrachtung nicht standhält und interessengetrieben erfolgt. Dennoch hat sie die Entstehung einer unglücklichen gesetzlichen Grundlage (vgl. Ziffer 3 oben) massgebend beeinflusst.</p>
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.KPT</p>	<p>Bemerkungen zur Einschränkung der Entschädigung</p> <p>1.) Grundsätzliches</p> <p>KPT begrüsst die Bemühungen der Branche zur Beschränkung der Entschädigung im Bereich der <u>externen</u> Vermittler. Sie ist u.a. aus diesem Grund der Branchenvereinbarung vom 24.1.2021 beigetreten, obwohl diese durch die Koppelung der Entschädigung an die Produkteprämie (VVG) einen wesentlichen Konstruktionsfehler aufweist (vgl. Ziffer 3. nachfolgend), der sich zu Lasten von günstigen Produkten / Versicherern auswirkt und auch nicht im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten ist. Immerhin hat der Abschluss dieser ersten BVV durch die Beschränkung auf die 12-fache Monatsprämie einen einfachen und durchsetzbaren Riegel gegen überrissene Forderungen von externen Vermittlern geschaffen und die Möglichkeit einer Nachbesserung der Regelung offengelassen, was aus Sicht der KPT auch notwendig ist.</p> <p>Mit der neuen gesetzlichen Regelung hat der Gesetzgeber, in wesentlichen Teilen auf Drängen der Verwaltung, indessen eine Grundlage geschaffen, welche durch die Vorgabe der gleichen Regulierung von ungleichen Vertriebskanälen eine Verschlimmbesserung der Situation zur Folge hat.</p> <p>2.) Unterscheidung von internen und externen Vermittlern</p> <p>Die Unterscheidung zwischen internen und externen Vermittlern ist notwendig, weil direkt angestellte Personen in einem arbeitsrechtlichen Kontext stehen und dadurch – wenn überhaupt – einer besonderen Regulierung bedürfen. Würden interne und externe Vermittler gleichermassen bei der Entschädigungsregelung berücksichtigt, wären die Mitarbeiter der Versicherer benachteiligt, weil sie nur eine einzige Produktegruppe anbieten können, die unabhängigen Vermittler aber mehrere. Internen Vermittlern obliegt im Vergleich zu externen zusätzlich die Einhaltung der Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber. Infolge dieser unterschiedlichen Pflichten drängt sich eine unterschiedliche Regelung im Bereich der Vergütung geradezu auf. Die KPT bedauert, dass die neue gesetzliche Grundlage trotz klaren Hinweisen der Branche diese grundlegenden Zusammenhänge ausblendet. Der Gesetzgeber provoziert dadurch das Scheitern einer verbesserten Entschädigungsregelung und wirft damit die Bemühungen – bewusst oder unbewusst – zurück.</p>

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

3.) Koppelung der maximalen Entschädigung an die Produktprämie

In Bezug auf eine Beschränkung der Entschädigung muss aus Sicht der KPT zudem zwingend die Gleichbehandlung der Versicherer gewährleistet werden. Mit der in der aktuellen Vereinbarung geregelten variablen Beschränkung der Entschädigung im VVG-Bereich auf 12 Monatsprämien wird auch der Konsumentenschutz nicht gewährleistet. Versicherer, die teure Produkte auf den Markt bringen, werden von externen Vermittlern bevorzugt, weil die Entschädigung für diese Produkte nominal wesentlich höher ist als für günstige VVG-Produkte. Dies gilt auch für Produkte mit vergleichbarem Leistungsumfang. Externe Vermittler erhalten damit einen finanziellen Anreiz, die Produkte der Versicherer mit den höheren Prämien zu vermitteln. Es wird ein Interessenkonflikt beim Vermittler geschaffen, indem er unter Umständen auf einen höheren Lohn verzichten muss, um dem Kunden das für ihn geeignete VVG-Produkt empfehlen zu können. Die Leidtragenden sind nicht zuletzt die Kunden.

Gleichzeitig müssen Versicherer, um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, teurere Produkte auf den Markt bringen. Die Beschränkung der Entschädigung im VVG-Bereich auf 12 Monatsprämien verkehrt die ursprüngliche Intention der Branchenvereinbarung, die Konsumenten zu schützen und die Beratungsqualität zu steigern, ins Gegenteil. Sie ist längerfristig vielmehr ein Kostentreiber für die VVG-Produkte. Aus diesem Grund ist weder die Aufrechterhaltung der «12-fach Prämie» noch die Allgemeinverbindlicherklärung einer solchen Vertragsbestimmung hinnehmbar.

Um bei ungebundenen Beratenden eine neutrale und qualitativ hochstehende Beratung gewähren zu können, dürfen keine gegenteiligen finanziellen Anreize gesetzt werden. Der Beratungsaufwand für den Abschluss eines ambulanten Produktes des Versicherers A im Vergleich zum ambulanten Produkt des Versicherers B unterscheidet sich nicht erheblich. Deshalb sollte für die Abschlussentschädigung dieser Produkte im externen Vertriebskanal die gleiche, einheitliche Betragsobergrenze gelten. Mit einheitlichen Obergrenzen befinden sich externe Vermittler nicht im Interessenkonflikt. Sie können einen objektiv neutralen Vergleich von Produkten erstellen und dem Kunden das am besten geeignete empfehlen. Der Konsument profitiert von dieser Lösung, indem keine unterschiedlichen Anreize bestehen bei der Beratung durch unabhängige Vermittler.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			

Schweizerische Eidgenossenschaft
Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Herrn Alain Berset
Bundespräsident
3003 Bern

Per E-Mail an:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

Zürich, 25. Juli 2023

Stellungnahme des SVV zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit teilnehmen zu können. Mitgliedsgesellschaften des SVV sind im Bereich der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung tätig und damit als Verordnungsadressaten von der Vorlage direkt betroffen. Gerne nehmen wir deshalb die Gelegenheit wahr, Ihnen nachfolgend die Stellungnahme des Schweizerischen Versicherungsverbandes SVV zur Vorlage zu unterbreiten:

Grundsätzliche Bemerkung

Der SVV erkennt den Bedarf einer Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit, folgenden Punkten grundsätzlicher Art ist jedoch Rechnung zu tragen:

- Aktuell ist eine Neuauflage der Branchenvereinbarung zwischen santésuisse und curafutura in Planung. Art. 35b E-Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV) bzw. Art. 190e E-Aufsichtsverordnung (AVO) verweist auf die geltende Branchenvereinbarung in der Fassung vom 24. Januar 2020 (sog. statischer Verweis). Es wird also auf ein privates Regelwerk verwiesen, von dem bekannt ist, dass es sich in Über- respektive allfälliger Neuarbeitung befindet. Es ist vorab die Neufassung der Branchenvereinbarung abzuwarten. Es ist kaum zielführend, die Vorlage auf der Basis einer bald überholten Branchenvereinbarung weiterzuführen.

- Es ist das Gesuch der Versicherer um Allgemeinverbindlicherklärung der Branchenvereinbarung abzuwarten. Gemäss neuem Art. 19b KVAG bzw. Art. 31a VAG kann der Bundesrat nur bei Vorliegen eines Gesuchs aktiv werden und die von Art. 19b KVAG/Art. 31a VAG vorgegebenen Punkte der Branchenvereinbarung auf dem Verordnungsweg (Revisionen KVAV und AVO) allgemeinverbindlich erklären. Ein solches Gesuch der Grund- und Zusatzversicherer liegt jedoch (noch) nicht vor.
- Es ist das Prozedere im Falle einer Änderung der Branchenvereinbarung zu klären. In der Vorlage ist für den Bereich der Zusatzversicherung eine Mitteilung der Änderung an die Finma vorgesehen (Art. 190d Abs. 2 E-AVO). Die Finma soll dann gemäss Erläuterungen (Seite 6) die Änderung über das Departement (EFD) an den Bundesrat weiterleiten. Dieses Prozedere ist umständlich und nicht notwendig. Art. 190d Abs. 2 E-AVO sollte entsprechend geändert werden und die Mitteilung der Änderung sollte direkt (ohne Zwischenschaltung der Finma) an das EFD bzw. an den Bundesrat erfolgen, da der Bundesrat der Verordnungsgeber ist.

Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 1h Abs. 2 E-AVO

Antrag

Streichen von Art. 1h Abs. 2 E-AVO

Begründung

In der VAG-Revision vom 18. März 2022 hat der Gesetzgeber beschlossen, die Annexvermittlung von der Aufsicht nach VAG zu befreien (Art. 2 Abs. 2 Bst. f. VAG; Annexvermittlung: Versicherung ergänzt Produkt/Dienstleistung; jährliche Prämie beträgt gemäss revidierter AVO max. CHF 600). Diese Befreiung gilt gemäss VAG für alle Versicherungszweige also auch für die Krankenzusatzversicherung. Nur das Parlament könnte diesen Entscheid rückgängig machen bzw. eine entsprechende «lex specialis» für die Krankenzusatzversicherung vorsehen. Auf Stufe Verordnung erachten wir dies nicht als opportun.

Inkrafttreten Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Antrag

Einräumen einer Umsetzungsfrist von mindestens einem Jahr ab Veröffentlichung der finalen Fassung der Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit.

Begründung

Die Allgemeinverbindlicherklärung bringt diverse Änderungen für die betroffenen Versicherungsunternehmen und Versicherungsvermittler mit sich. Die Umsetzungsarbeiten betreffen den gesamten Krankenversicherungsmarkt und bedingen zahlreiche, zeitaufwendige Anpassungen. Dies verlangt nach einer angemessenen Umsetzungsfrist. Dies sollte vorliegend bei der Festlegung des Inkraftsetzungstermins der Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit berücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme bei der weiteren Behandlung der Vorlage.
Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizerischer Versicherungsverband SVV



Jean-Philippe Moser
Leiter Ressort Versicherungsbranchen, Stellvertreter
der Direktor



Denise Piaz
Fachverantwortliche Krankenzusatzversicherung

Per E-Mail an:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

- gever@bag.admin.ch

Luzern, 3. August 2023

Vernehmlassungsantwort zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, Stellung zur Vernehmlassungsvorlage zur Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit nehmen zu dürfen.

Grundsätzlich befürworten wir die Allgemeinverbindlicherklärung der in der Branchenvereinbarung der Versicherer enthaltenen Regelungen betreffend das Verbot der Telefonwerbung, die Einschränkung der Entschädigung der Versicherungsvermittler/-innen sowie die Erstellung und Unterzeichnung von Beratungsprotokollen.

Insbesondere begrüssen wir, dass die allgemein verbindlich erklärten Punkte der Branchenvereinbarung für sämtliche Versicherungsvermittler im Sinne von Art. 19a KVAG und Art. 40 VAG gelten sollen und somit auch für Personen, die durch einen Arbeitsvertrag an einen Versicherer oder an eine mehrheitlich zur selben Gruppe gehörende Gesellschaft gebunden sind.

Wir bedauern aber, dass die Allgemeinverbindlicherklärung nicht auf die Ausbildung der Versicherungsvermittler/-innen ausgedehnt worden ist, obwohl diese Möglichkeit gemäss Art. 19b Abs. 2 KVAG besteht. Diese Ausdehnung wäre insbesondere im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung von Bedeutung gewesen, wo weder der Gesetz- noch der Verordnungsgeber Regelungen zum Thema Ausbildung der Versicherungsvermittler/-innen getroffen hat. Falschberatungen im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung können für die Versicherten gravierende finanzielle Konsequenzen haben, wie zum Beispiel ungedeckte Spitalkosten aufgrund eines verspäteten Beitritts beim Erstabschluss der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Solche unangenehmen Situationen könnten vermieden werden, wenn gewährleistet würde, dass die Versicherungsvermittler/-innen auch im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung adäquat ausgebildet sind.

Unsere detaillierte Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen finden Sie im Übrigen in beiliegendem Antwortformular.

Für Ihre Kenntnisnahme und wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



Susanne Müller Ineichen
Ombudsfrau



Lorena Tronto
Juristin

susanne.muellerineichen@om-kv.ch

lorena.tronto@om-kv.ch

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Stiftung Ombudsstelle Krankenversicherung

Abkürzung der Firma / Organisation : OM-KV

Adresse : Postfach 519, 6002 Luzern

Kontaktperson : lic. iur. Susanne Müller Ineichen (Ombudsfrau)

Telefon : 041 226 10 18

E-Mail : mediation@om-kv.ch

Datum : 03.08.2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen _____	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV) _____	4
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO) _____	6
Weitere Vorschläge _____	10

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
OM-KV	Die Allgemeinverbindlicherklärung bestimmter Punkte der Branchenvereinbarung und die damit einhergehende Anpassung der KVAV und der AVO ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Stiftung Ombudsstelle Krankenversicherung bittet aber um Berücksichtigung der nachfolgenden Bemerkungen.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
OM-KV	35a	2		Die Versicherer können die Branchenvereinbarung nicht nur ändern, sondern auch ganz aufheben. Deshalb empfehlen wir – der Vollständigkeit halber – Art. 35 Abs. 2 KVAV dahingehend zu präzisieren, dass auch die Kündigung der Vereinbarung der Aufsichtsbehörde mitzuteilen ist.	<i>Sie teilen jede Änderung oder die Kündigung der Vereinbarung der Aufsichtsbehörde zwölf Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung beziehungsweise der Aufhebung der Vereinbarung mit.</i>
OM-KV	35b			<p>Wir begrüssen es sehr, dass für die Allgemeinverbindlicherklärung auf die in Art. 19a KVAG verankerte Definition der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler abgestellt wird und nicht auf diejenige, die in der Branchenvereinbarung enthalten ist. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich die Versicherer den Sanktionen bei Verstössen gegen die allgemeinverbindlichen Regelungen nicht entziehen können, indem sie für Beratungs- und Vertriebsleistungen ihre eigenen Mitarbeiter einsetzen oder Versicherungsvermittlergesellschaften mehrheitlich übernehmen.</p> <p>Wir bedauern, dass sich die Allgemeinverbindlicherklärung nicht auf die Ausbildung der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler erstrecken soll. Dieser Punkt könnte aber gemäss Art. 19b Abs. 2 KVAG allgemeinverbindlich erklärt werden.</p> <p>Im Bereich der Zusatzversicherungen ist die Ausbildung der Versicherungsvermittler zumindest in den Grundzügen in der VAG und der AVO geregelt. Im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung wird dieses Thema weder auf Gesetzes- noch auf Verordnungsstufe geregelt.</p>	

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

			<p>Eine korrekte Beratung – was entsprechende Kenntnisse im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung voraussetzt – ist beim Neuabschluss der Grundversicherung oder beim Krankenkassenwechsel sehr wichtig. Im Rahmen unserer Mediationstätigkeit ist uns aufgefallen, dass die Versicherungsvermittler bei Neuabschlüssen oftmals die vom Versicherten unterzeichnete Beitrittserklärung nicht sofort an den Versicherer weiterleiten, weil der Versicherte noch nicht im Besitze eines Aufenthaltstitels ist. Dieses unbegründete Zuwarten führt dann zu einem verspäteten Beitritt, welcher vom Versicherer mit einem Prämienzuschlag sanktioniert wird. Ferner muss die versicherte Person für medizinische Leistungen, die vor dem Inkrafttreten des Grundversicherungsvertrages angefallen sind, selber aufkommen. Auch Krankenkassenwechsel scheitern oft, weil den Versicherungsvermittlern die kumulativen Voraussetzungen, die für einen rechtsgültigen Versichererwechsel erfüllt sein müssen, teils nicht bekannt sind. Das Ergebnis der Beratung ist eine Doppel- oder gar Mehrfachversicherung, wobei der Versicherte dann mindestens von einem Versicherer betrieben wird. Solche Fehlberatungen und -Handlungen könnten durch eine adäquate Ausbildung der Versicherungsvermittler vermieden werden. Da die finanziellen Konsequenzen einer Fehlberatung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung beträchtlich sein können (z.B. Prämienzuschlag bei verspätetem Beitritt; Spitalkosten, die aufgrund eines verspäteten Beitritts vom Versicherten selber getragen werden müssen; Betreibungen bei Doppel-/Mehrfachversicherungen etc.), wäre es wünschenswert, wenn gestützt auf Art. 19b Abs. 2 KVAG zumindest Ziffer 7 der Branchenvereinbarung (= der Versicherungsvermittler muss CICERO-Member sein) für allgemeingültig erklärt werden würde.</p>	
--	--	--	---	--

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
OM-KV	1h	2		<p>Wir befürworten, dass die Versicherungsvermittlertätigkeit im Bereich der Zusatzversicherungen nicht der Aufsicht der FINMA entzogen wird.</p> <p>Gemäss Art. 2 Abs. 2 lit. f VAG unterstehen Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler nicht der Aufsicht der FINMA, sofern sich ihre Vermittlungstätigkeit auf eine Versicherung bezieht, die von geringer Bedeutung ist und ein Produkt oder eine Dienstleistung ergänzt.</p> <p>Ein Kriterium, das bei der Beurteilung der «geringen Bedeutung» einer vermittelten Versicherung berücksichtigt wird, ist, die jährliche Prämie, ohne Steuern (gemäss Art. 1h Abs. 1 AVO max. 600 Fr., bzw. 50 Fr. pro Monat).</p> <p>Zusatzversicherungen können unseres Erachtens nicht als «Versicherungen von geringer Bedeutung» betrachtet werden. Der Abschluss einer Zusatzversicherung hängt vom gesundheitlichen Zustand der versicherten Person ab. Versicherte, die als schlechte Risiken gelten, können keine Zusatzversicherung mehr abschliessen. Deshalb ist eine umfassende und seriöse Beratung sehr wichtig, wenn einem Versicherten ein Versichererwechsel im Bereich der Zusatzversicherungen empfohlen wird. Auch der Verlust von Zusatzversicherungen, deren monatliche Prämie unter 50 Fr. liegt – wie z.B. Zusatzversicherungen, die kieferorthopädische Behandlungen decken – kann erhebliche finanzielle Folgen für den Versicherten haben (beispielsweise, wenn ein Versicherungsvermittler die Eltern eines Kindes, das bereits in kieferorthopädischer Behandlung ist, überzeugt, die bestehende Zusatzversicherung, welche Leistungen für kieferorthopädische Massnahmen erbringt, zu kündigen und sie bei einem anderen</p>	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				Versicherer abzuschliessen). Um die Versicherten vor Fehlverhalten der Versicherungsvermittler besser schützen zu können, erachten wir es als sinnvoll, wenn die Vermittlertätigkeit im Bereich der Zusatzversicherungen nicht der Aufsicht der FINMA entzogen wird.	
OM-KV	190d	2		Die Versicherer können die Branchenvereinbarung nicht nur ändern, sondern auch ganz aufheben. Deshalb empfehlen wir – der Vollständigkeit halber – Art. 190d Abs. 2 AVO dahingehend zu präzisieren, dass auch die Kündigung der Vereinbarung der Aufsichtsbehörde mitzuteilen ist.	<i>Sie teilen jede Änderung oder die Kündigung der Vereinbarung der FINMA zwölf Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung beziehungsweise der Aufhebung der Vereinbarung mit.</i>
OM-KV	190e			Wir begrüssen es sehr, dass auch bezüglich der Vertragsabschlüsse nach VVG die Allgemeinverbindlicherklärung auf die in Art. 40 VAG verankerte Definition der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler abgestellt wird und nicht auf diejenige, die in der Branchenvereinbarung enthalten ist. Die Anwendung von unterschiedlichen Definitionen im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Zusatzversicherungen wäre nicht gerechtfertigt. Gemäss der Branchenvereinbarung beträgt die maximale Entschädigung 12 Monatsprämien pro abgeschlossenes Produkt. Wir erachten diese Obergrenze nicht als angemessen. Diese Regelung könnte die Versicherungsvermittler nämlich dazu verleiten, den Versicherten teure Zusatzversicherungen aufzudrängen, die sie gar nicht benötigen oder sie zu einem Wechsel zu motivieren, der für die Versicherten nachteilig ist - dies mit dem Ziel, eine möglichst hohe Provision zu erhalten. Wir würden es auch begrüssen, wenn für jeden abgeschlossenen Zusatzversicherungsvertrag – d.h. unabhängig vom	

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

			<p>Produkt – die gleiche fixe Entschädigung vorgesehen würde. Damit entfielen der Anreiz, dem Versicherten die teuerste Variante eines Produktes zu «verkaufen», welche dieser gar nicht benötigt.</p> <p>Die Aufgabe eines Versicherungsvermittlers sollte ja darin bestehen, den Versicherungsschutz der Versicherten zu optimieren und nicht darin, den versicherten Personen unnötige und möglichst teure Versicherungen anzubieten, um die eigene Provision aufzubessern.</p> <p>Unseres Erachtens kann die Ausbildung der Versicherungsvermittler von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung ausgeschlossen werden, da diese Thematik – im Gegensatz zur obligatorischen Krankenpflegeversicherung – auf Verordnungsstufe bereits geregelt ist.</p> <p>Was den Inhalt der Beratungsprotokolle anbelangt, würden wir es sehr begrüßen, wenn das Protokoll - zusätzlich zu den in der Branchenvereinbarung erwähnten Punkten - auch die vereinbarten Vertragslaufzeiten sowie allfällige Karenzfristen beinhalten würde (vgl. Art. 3 Abs. 1 lit. b und d VVG). Im Rahmen unserer Mediationstätigkeit ist uns nämlich aufgefallen, dass die Versicherten unzureichend oder gar nicht über diese Punkte aufgeklärt werden.</p> <p>Informationen zur Vertragsdauer und zu allfälligen Karenzfristen sind grundsätzlich nur auf den Antragsformularen enthalten. Nach der Unterzeichnung des Antrages erhält der Versicherte jedoch keine Kopie dieser Formulare. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn zumindest die Vertragslaufzeiten und</p>	
--	--	--	--	--

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

			allfällige Karenzfristen auf dem Beratungsprotokoll – wovon dem Versicherten eine Kopie ausgehändigt wird – aufgeführt wären.	
OM-KV	190f		Wir begrüssen, dass fahrlässige Verstösse gegen die allgemeinverbindlichen Regelungen im Bereich der Zusatzversicherungen strenger bestraft werden als im Bereich der Grundversicherung. Ein Fehlverhalten der Versicherungsvermittler im Bereich der Zusatzversicherungen hat gravierendere Folgen als im Bereich in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. In der Grundversicherung sind die Versicherer verpflichtet, eine Person unabhängig von ihrem Gesundheitszustand aufzunehmen. Im Bereich der Zusatzversicherungen hingegen hat eine versicherte Person mit Vorerkrankungen, die durch eine Fehlberatung des Versicherungsvermittlers ihre bestehenden Zusatzversicherungen verliert, keine Möglichkeit mehr, bei einem anderen Krankenversicherer Zusatzversicherungsverträge abzuschliessen.	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Aufsichtskommission Branchenvereinbarung Vermittler

Abkürzung der Firma / Organisation : AK BVV

Adresse : Kasinostrasse 2, 8400 Winterthur

Kontaktperson : Lucius Dürr, Präsident

Telefon : 0800 00 02 82

E-Mail : info@fair-mittler.ch

Datum : Freitag, 4. August 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	4
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	6
Weitere Vorschläge	7

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.AK BVV</p>	<p>Die Branchenvereinbarung Vermittler (nachfolgend BVV), der 90 % der Krankenversicherer beigetreten sind, ist seit 1. Januar 2021 in Kraft. Mit der Sanktions- und Verfahrensordnung (nachfolgend SVO) haben die Branchenverbände das Sanktionssystem und das Verfahren konkretisiert. Versicherte, Versicherer, Konsumentenorganisationen, Vermittlerinnen und Vermittler sowie Dachverbände können bei Verdacht auf eine Verletzung der Branchenvereinbarung Anzeige einreichen. Die Aufsichtskommission BVV stellt die korrekte Umsetzung der Vereinbarung sicher.</p> <p>Die Aufsichtskommission BVV ist seit März 2021 aktiv und besteht zurzeit aus vier Mitgliedern aus der Romandie, vier Mitgliedern aus der Deutschschweiz und einem Mitglied aus dem Tessin.</p> <p>Im Jahr 2020 – mithin noch vor Aufnahme der Tätigkeit der Aufsichtskommission – gingen bei den Dachverbänden der Krankenversicherer ca. 300 Beschwerden ein. Im Jahr 2021 behandelte die Aufsichtskommission 110 schriftliche Verstossmeldungen und im Jahr 2022 gingen 109 Anzeigen ein. Im ersten Tertial des Jahres 2023 (Januar - April) erhielt das Sekretariat der Aufsichtskommission 44 schriftliche Verstossmeldungen. Circa die Hälfte der Verstossmeldungen kam aus der lateinischen Schweiz. Im Jahr 2021 eröffnete die Aufsichtskommission 38 Untersuchungen, im Jahr 2022 waren es 17 Untersuchungen und im ersten Tertial 2023 sechs Untersuchungen.</p> <p>Die Verstossmeldungen haben seit Aufnahme der Tätigkeit der Aufsichtskommission um ca. 60 % abgenommen, was zeigt, dass die Selbstregulierung funktioniert und die Branchenvereinbarung sich bewährt hat. Sie hat den Konsumentenschutz im Bereich der Krankenversicherung erhöht und einen Beitrag zur Verbesserung des Branchenimages geleistet. Unvorteilhaft an der heutigen Lösung ist die Tatsache, dass nicht alle Krankenversicherer der BVV beigetreten sind, was zu Marktverzerrungen führt. Aus diesem Grund befürwortet die Aufsichtskommission BVV die Allgemeinverbindlicherklärung der Branchenvereinbarung.</p> <p>Die Anzahl der Verstossmeldungen ist beachtlich und eine Allgemeinverbindlicherklärung wird voraussichtlich zu einem grossen Arbeitsaufwand der staatlichen Behörden führen. Gerne ist die Aufsichtskommission BVV bereit, anlässlich eines Gesprächs dem BAG und der FINMA über ihre Erkenntnisse und Erfahrungen zur Branchenvereinbarung zu berichten.</p> <p>Ganz allgemein wäre es wünschenswert, wenn die Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit detailliertere Bestimmungen zum Verfahren enthalten würde und das Zusammenwirken der Aufsichtsbehörden und die Koordination der Verfahren (vor der FINMA, dem BAG, dem SECO, den Strafbehörden und der Aufsichtskommission) regeln würde. Das Nebeneinander verschiedener Sanktionssysteme in gleicher Sache führt zu einer unübersichtlichen und unklaren Situation. Es besteht die Gefahr einer doppelten Sanktionierung und den Behörden entsteht ein Mehraufwand (nachfolgend unter «Weitere Vorschläge»).</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
AK BVV	35b			<p>Art. 35b des Verordnungsentwurfs verweist für den Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler auf Art. 19a revKVAG. Demnach sind Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler, unabhängig von ihrer Bezeichnung, Personen, die im Interesse eines oder mehrerer Versicherer gegen Entschädigung Versicherten den Beitritt zu einem Versicherer vorschlagen oder ermöglichen.</p> <p>Die Berechnung und Überwachung der Provisionsobergrenze für die internen Mitarbeitenden wird in der Praxis schwierig umzusetzen sein. Der Lohn der internen Mitarbeitenden kann nicht direkt auf die Provisionen umgerechnet werden, da angestellte Mitarbeitende verschiedene nicht verkaufsrelevante Aufgaben wahrnehmen und ausserdem arbeitsrechtliche Bestimmungen beachtet werden müssen. Zu diesem Punkt wären Detailbestimmungen in der Verordnung wünschenswert.</p> <p>Zur Lösung der Abgrenzungsprobleme sollte die Verordnung definieren, unter welchen Voraussetzungen interne Mitarbeitende der Krankenversicherer konkret von der Vermittlerdefinition umfasst werden.</p> <p>Die Entschädigungsobergrenzen der Branchenvereinbarung gelten auch für interne Vermittlerinnen und Vermittler. Fraglich ist, weshalb die CICERO-Ausbildungspflicht im Anhang zur Verordnung nicht für allgemeinverbindlich erklärt wird.</p>	
Erreur ! Source du renvoi	35c			<p>Es ist unklar, an wen sich die Strafbestimmungen richten, weshalb hier eine Präzisierung wünschenswert wäre. So muss</p>	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

<p>introuvable.AK BVV</p>			<p>zwingend umschrieben werden, ob die Krankenversicherung als solche oder (auch) einzelne Mitarbeitende strafbar werden können. Unklar ist ferner, ob zusätzlich ein Vermittlerunternehmen oder (auch) einzelne Vermittlerinnen und Vermittler strafbar werden können. Es muss Klarheit bestehen, welche Behörde die Strafuntersuchung durchführen würde und welche Behörde eine Sanktion festlegen könnte.</p> <p>Die Mehrheit der Fehler wird durch Vermittlerinnen und Vermittler begangen, welche nicht von der Branchenvereinbarung erfasst sind. Auch mit der Allgemeinverbindlicherklärung wird die Aufsichtskommission BVV über keine Zuständigkeit verfügen, Vermittler zu sanktionieren. Hingegen hat die FINMA aufgrund der neuen gesetzlichen Kompetenzen mehr Möglichkeiten, fehlbare Vermittler zu ahnden. Es ist zu hoffen, dass die FINMA davon Gebrauch machen und die Vermittlerinnen und Vermittler stärker überwachen wird.</p> <p>Während es im Bereich der Grundversicherung keine gesetzliche Grundlage zur Aufsicht über die Vermittlerinnen und Vermittler gibt, unterstehen diese im Bereich der Zusatzversicherung der Aufsicht des Bundes und haben sich ebenfalls an die Bestimmungen des VAG zu halten. Diese Ungleichbehandlung ist stossend.</p> <p>Dass Mitarbeitende der Versicherer für das schuldhafte Verhalten von Vermittlerinnen und Vermittler strafrechtlich belangt werden können, ist sodann kaum denkbar.</p>	
--------------------------------------	--	--	---	--

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
AK BVV	190e			Zur Vermittlerdefinition siehe obige Bemerkung zu Art. 35b revKVAV	
AK BVV	190f			<p>Dass Verstösse gegen allgemeinverbindlich erklärte Regelungen bei Fahrlässigkeit im Bereich der Krankenzusatzversicherung strenger bestraft werden als in der Grundversicherung, ergibt sich bereits aus dem VAG. Gemäss Erfahrung der Aufsichtskommission ist dies sinnvoll, weil die Folgen einer Falschberatung in der Zusatzversicherung einschneidend sein können.</p> <p>Auch hier ist unklar, an wen sich die Strafbestimmung in Art. 190f AVO richtet (siehe dazu bereits Bemerkung oben zu Art. 35c revKVAV).</p>	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag
AK BVV	35c KVAV 190f AVO	<p><u>Administrativverfahren anstelle Strafverfahren</u></p> <p>Aufgrund der Vielzahl von Verstossmeldungen stellt sich die Frage, ob es verhältnismässig ist, Bussen im Rahmen eines Strafverfahrens zu verhängen oder ob ein Administrativverfahren allenfalls besser geeignet wäre. Ein Administrativverfahren durch die Aufsichtsbehörden könnte zielführender sein und die Koordination vereinfachen. Denkbar wäre eine Anlehnung an den Sanktionskatalog von Art. 59 Abs. 1 KVG.</p> <p>Anzumerken ist, dass im Bereich der Zusatzversicherungen für die Durchführung von Administrativverfahren bereits eine gesetzliche Grundlage besteht. Hinsichtlich der Grundversicherungen müsste diese zuerst noch geschaffen werden.</p>	
AK BVV	35c KVAV 190f AVO	<p><u>Koordination/Zusammenlegung der Verfahren</u></p> <p>In der Verordnung fehlen Verfahrensbestimmungen.</p> <p>Es erscheint weder sinnvoll, noch kosteneffizient, wenn zum gleichen Sachverhalt unterschiedliche Verfahren aufgelegt werden müssen (durch BAG, FINMA, Staatsanwaltschaft, SECO, AK BVV).</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p>Die Krankenversicherer haben in der BVV bereits ein Sanktionssystem vereinbart, welches der Aufsichtskommission erlaubt, die fehlbaren Versicherer für Verstösse mit Bussen bis zu CHF 100'000 im Bereich der Grundversicherung und bis zu CHF 500'000 im Bereich der Zusatzversicherung zu sanktionieren sowie den fehlbaren Versicherer öffentlich zu publizieren.</p> <p>Durch die neuen Gesetzesbestimmungen erhalten nun auch die Aufsichtsbehörden BAG und FINMA sowie die Strafbehörden</p>	

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

		<p>aufsichtsrechtliche und strafrechtliche Kompetenzen zur Ahndung von Verstössen der Branchenvereinbarung. Unabhängig davon hat auch das SECO im Rahmen des UWG gewisse Kompetenzen, um insb. gegen Telefonanrufe oder Wettbewerbe vorzugehen.</p> <p>Die Mehrheit der Fälle, die bei der Aufsichtskommission BVV eingegangen sind, betreffen sowohl Verletzungen im Bereich der Grund- als auch der Zusatzversicherung. Im Vertrieb sind Grund- und Zusatzversicherung eng verflochten, während es auf Seiten der staatlichen Aufsicht streng getrennt ist.</p> <p>Im Falle einer Verstossmeldung fehlt in der Verordnung eine Koordination des Zusammenwirkens zwischen BAG, FINMA und der internen Aufsichtskommission. Es ist aus Kosten- und Effizienzgründen sowie zur Vermeidung von sich widersprechenden Entscheiden zu empfehlen, einer Stelle die Führung der Untersuchung zu übertragen. Zur Entlastung der staatlichen Behörden wäre es denkbar, die Untersuchung an die intern geschaffene Aufsichtskommission BVV zu delegieren. Die Aufsichtskommission BVV arbeitet unabhängig von den Verbänden, den Versicherern sowie den Vermittlerinnen und Vermittlern.</p> <p>Unklar ist ferner, wie die Behörden und die interne Beschwerdestelle an die jeweiligen Beschlüsse der anderen Entscheidsträger in gleicher Sache gebunden sind.</p> <p>Da praktisch alle Verfahrensregeln ungeklärt sind, schlägt die Aufsichtskommission BVV vor, in der Verordnung des Bundesrates eine Kompetenznorm aufzunehmen, die es der FINMA erlaubt, eine FINMA-VO zu erlassen, in welcher Zuständigkeiten und Verfahren geregelt werden. Die Aufsichtskommission BVV wäre bereit, in einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der FINMA-VO mitzuwirken.</p>	
--	--	---	--

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

<p>AK BVV</p>	<p>35b KVAV 35c KVAV 190e AVO 190f AVO Anhänge</p>	<p><u>Allgemeinverbindlicherklärung des Sanktionssystems der AK BVV / Verhinderung doppelter Sanktionierung</u></p> <p>Die Sanktionen gemäss interner Sanktions- und Verfahrensordnung sollten bei einer Allgemeinverbindlichkeit auch für Versicherer Gültigkeit erlangen, die der Branchenvereinbarung nicht beigetreten sind. Ein solcher Verweis fehlt vorliegend. Die Aufsichtskommission erachtet es als problematisch, wenn die der BVV beigetretenen Versicherer das Risiko einer doppelten Sanktion tragen müssten, die nicht beigetretenen jedoch nur mit staatlichen Sanktionen rechnen müssen.</p> <p>Zumindest sollte von einer staatlichen Sanktionierung abgesehen werden können, wenn die Missachtung der BVV bereits im Rahmen eines verbandinternen Verfahrens zu einer hinreichenden Sanktion geführt hat.</p> <p>Um eine doppelte Sanktionierung im internen Verfahren gemäss BVV und im Aufsichtsverfahren zu vermeiden, sollte in der Verordnung eine entsprechende Bestimmung aufgenommen werden, um Selbstregulierung und staatliches Sanktionssystem besser zu koordinieren.</p>	
<p>AK BVV</p>		<p><u>Digitalisierung</u></p> <p>Die Verordnung berücksichtigt die fortgeschrittene Digitalisierung (insb. auch neuste Entwicklungen in der künstlichen Intelligenz) nicht ausreichend. Es wäre beispielsweise wünschenswert zu klären, inwiefern bei einer Beratung durch Chatbots die Qualität der Beratung sichergestellt werden kann. Gleichzeitig soll nach Ansicht der Aufsichtskommission die Technologieneutralität gewahrt werden und es sollen keine unterschiedlichen Bestimmungen für Menschen und Maschinen gelten.</p>	

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Prise de position de

Nom / entreprise / organisation : bonus.ch SA

Abréviation de l'entreprise / organisation : bonus.ch

Adresse : Place Chauderon 20b, 1003 Lausanne

Personne de référence : Patrick Ducret

Téléphone : 021 312 55 91

Courriel : ducret@bonus.ch

Date : 07.08.2023

Remarques importantes :

1. Veuillez n'effectuer aucun changement dans le format du formulaire et ne remplir que les champs gris.
2. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
3. Veuillez envoyer votre prise de position au **format Word** avant le **9 août 2023** aux adresses suivantes :
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch ; gever@bag.admin.ch

Nous vous remercions de votre participation.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Sommaire

Remarques générales	3
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)	5
Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance (OS)	10
Autres propositions	15

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques générales	
Nom/entreprise	Commentaires/remarques
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	Ne pas négliger de conserver une concurrence saine (éviter d'avaliser la formation d'un cartel) / Un marché dynamique ayant un impact positif sur les coûts administratifs des assureurs et un calcul des primes-maladie au plus juste des coûts estimés de la santé : bonus.ch est un portail comparateur majeur en Suisse dans le domaine de la finance et de l'assurance. Nous œuvrons à proposer des solutions facilitant le consommateur dans son besoin de compréhension du domaine de l'assurance et de la finance et nous l'aidons (sur la base des produits et prestations comparés) à faire un choix pour une éventuelle démarche de changement de prestataire. L'information gratuite mise à disposition des consommateurs permet de stimuler la concurrence entre les prestataires. En résulte une concurrence saine au bénéfice des consommateurs. Le principe de concurrence est un élément essentiel inscrit dans la LAMal. Afin que les consommateurs puissent continuer à profiter d'un marché dynamique, nous prenons volontiers position sur la révision des lois et ordonnances OSAMal / OS / LSA.
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	Les éléments positifs des révisions (qualité, conseil, formation, surveillance des abus, ...), tout en tenant compte d'une proportionnalité adéquate concernant la charge administrative : bonus.ch apprécie les améliorations (au bénéfice des consommateurs) concernant la qualité et le renforcement de la surveillance en vue d'éviter les abus pratiqués dans le passé par une certaine catégorie d'intermédiaires en assurance. Il faudra tout de même tenir compte des coûts de la lourdeur administrative pour tous les acteurs. La notion de proportionnalité sera un élément clé. Equité : le degré de surveillance devra être appliqué tant pour la distribution interne qu'externe. Les autorités doivent donc avoir plein accès aux informations nécessaires pour l'accomplissement de leurs tâches de surveillance.
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	Lois (parlement) et ordonnances (autorités fédérales). Garantir que les ordonnances précisent de manière équitable (sans l'étendre !) la loi afin de correspondre aux bases légales et aux éléments formels du domaine juridique. Les commissions parlementaires (commissions de gestion, audit) doivent donc être sollicitées/saisies pour étude. En l'occurrence, le parlement a adopté le 16 décembre 2022 la loi sur la surveillance des assurances LSA dans le cadre de la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance. Les modifications proposées dans l'ordonnance sont différentes de la loi. La définition de qui est considéré comme un intermédiaire d'assurance (qui conseille, qui conclut, est-ce des prestations de marketing oui/non?) ainsi que le principe de rémunération divergent. La loi (le législateur) précise clairement que la rémunération des efforts de vente (distribution externe/interne) et les activités de marketing doivent être établies selon des règles économiques. Il est nullement stipulé qu'il existe un plafonnement de rémunération (=cartel).
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	Notion de rémunération "règles économiques" et équité. La règle pour les dépenses pour activités de vente doit être la même pour la distribution interne et externe. Cela concerne également tous les canaux des activités de marketing-publicité/prospection (Google, publicité TV, ...) qui engendrent de toute évidence une moindre efficacité du coût d'acquisition pour un nouveau prospect/client.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch</p>	<p>Un plafonnement de rémunération n'est pas admissible sans base légale (LAMal, LSA). Qu'en est-il du droit des cartels ? Il n'y a aucun avantage prouvé d'un bénéfice prédominant pour les assurés. Les révisions en cours, si entérinées, vont ouvrir une boîte de Pandore pour stimuler les cartels pour tous les acteurs du domaine finance et assurance (et non seulement au domaine de l'assurance-maladie...). Le législateur exige une rémunération selon des règles économiques et rien de plus. Les révisions des lois et des ordonnances en cours créent des ambiguïtés et transforment le marché avec un désavantage avéré pour les consommateurs/assurés/patients :</p> <ul style="list-style-type: none"> - disparition de l'offre de conseils pratiqués par les sociétés d'intermédiaires en assurance de petite et moyenne taille (compression du marché). - concernant les grosses structures (distribution externe), impact du plafonnement de rémunération engendrant moins de temps de conseils aux assurés (=baisse de qualité). - développement soutenu des caisses-maladie à croître la distribution interne (quels impacts de ces investissements ? RH, coûts informatiques (réf. étude accenture) et marketing). - l'augmentation non négligeable d'absorption et/ou de création de joint-venture entre sociétés de courtage et assureurs (coûts?). <p>Il en résulte que le marché se transforme en un marché dans lequel la fidélisation client est le principal objectif au détriment de stimuler la concurrence entre acteurs. Le principe de concurrence est un élément clé du fondement de la LAMal.</p>
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</p>	
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.</p>	

Si vous souhaitez supprimer certains tableaux du formulaire ou y ajouter de nouvelles lignes, cliquez, dans l'onglet « Révision », sur « Restreindre la modification », puis « Désactiver la protection » pour pouvoir modifier le document.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance de l'assurance-maladie (OSAMal)

Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.bonus.ch</p>	35a	1		<p>Il faut éviter au niveau de l'ordonnance l'automatisme de déclaration de force obligatoire d'un accord sectoriel.</p> <p>En regard de la loi, uniquement si une majorité des deux tiers des caisses-maladie le décide, une convention peut être soumise à l'OFSP et une déclaration de force obligatoire peut être demandée au Conseil Fédéral.</p> <p>L'accord sectoriel peut être considéré comme une entente cartellaire. Il faut stipuler que la COMCO doit être consultée à chaque fois.</p> <p>L'accord de branche étant un accord sectoriel, il convient d'éviter toute soumission inappropriée si son contenu n'est pas conforme au droit et aux lois : LAMal, LSAMal, Loi fédérale contre la concurrence déloyale (LCD), La loi sur les cartels (LCart).</p> <p>L'accord de branche des caisses-maladie du 24.01.2020 ne respecte pas les bases légales. Et tout particulièrement celles récemment adoptées par le parlement le 16.12.2022.</p> <p>Le principe d'équité n'est pas respecté. La COMCO au bénéfice/en possession de ces informations doit être tenue d'agir !</p>	<p>Si des assureurs concluent un accord au sens de l'art. 19b, al. 1, LSAMal, ils peuvent le communiquer à l'autorité de surveillance et demander au Conseil Fédéral de lui conférer une force obligatoire pour toutes les caisses-maladie.</p> <p>L'autorité de surveillance transmet aux milieux concernés la déclaration de force obligatoire accompagnée d'une justification après analyse de sa légalité.</p> <p>L'autorité de surveillance soumet au Conseil Fédéral la demande de force obligatoire uniquement si l'accord de branche respecte les bases légales.</p> <p>Pour les rémunérations, qui doivent selon le législateur se baser sur des règles économiques, une preuve formelle doit être constatée lors de la demande de force obligatoire. La COMCO doit être consultée concernant le niveau de rémunération.</p>

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

			<p>Aucune égalité de traitement :</p> <ul style="list-style-type: none"> - entre la distribution interne / externe - entre les divers canaux d'acquisition client pour lesquels il n'existe aucune frontière entre activités d'acquisition client (vente) et les activités de marketing-publicité. - le parlement ayant laissé (cautionné) les activités marketing en dehors des révisions actuelles, les activités de prospection se déplacent vers des canaux loin d'être efficaces (coût d'acquisition pour un nouveau client) et protéger de tout plafonnement (publicité Google, Facebook, Ringier, Tamedia, publicité TV, radio, presse, ...). <p>La notion inscrite dans la loi (principe de gestion selon des règles économiques) ne définit nullement quels types d'activités doivent être limités en termes d'indemnisation. Ceci tout en garantissant l'égalité de traitement.</p> <p>Le peuple (les assurés), les politiques et les caisses-maladie doivent prendre acte qu'en limitant les moyens de concurrence entre les caisses-maladie, ils font un pas de plus vers un système étatique (caisse unique) rejeté à plusieurs reprises par le peuple.</p>	
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	35a	2	Prise de position, idem commentaires/remarques ligne ci-dessus Art. 34a Al 1.	Douze mois avant l'entrée en vigueur de la modification, les caisses-maladie communiquent sur la base du procédé alinéa 1, toute modification de l'accord à l'autorité de surveillance déclarée de force obligatoire par le Conseil Fédéral.
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	35b		La loi exige une rémunération sur la base de principe d'une bonne gestion selon "règles économiques". Il est donc obligatoire de définir de manière détaillée la définition et les	Les dispositions de l'accord de branche entre les caisses-maladie (concernant la prise de contact avec des clients potentiels, la qualité du

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

			<p>activités des intermédiaires de manière réglementaire. L'article 19b. n'est pas suffisant comme référence.</p> <p>Les activités en vue d'obtenir un contact d'un client potentiel sont effectuées via divers moyens, dont seul le format de marketing-publicité est actuellement possible puisque le démarchage téléphonique est proscrit. Liste non exhaustive des moyens publicitaires : publicité en ligne via Google, Facebook, demande de devis via portail en ligne (dont les comparateurs), médias Ringier/Tamedia, parrainage, concours, publicité TV, radio, presse, sponsoring, ...).</p> <p>Le législateur n'a pas détaillé au niveau de la loi quels types d'activités sont concernées ou non par un plafonnement d'indemnisation. Ceci est nécessaire pour une situation juridique claire qui évite l'inégalité de traitement sur le marché constatée depuis plusieurs mois. Activités de conseils/vente versus marketing-publicité et distribution interne versus externe.</p> <p>Le Conseil Fédéral estime qu'une limite de CHF 70.- par conclusion pour indemniser le travail de l'intermédiaire d'assurance est suffisante (réf. au rapport). La notion d'estimation n'est à notre sens pas suffisante pour ancrer cela dans des lois et ordonnances. Pour cette éventuelle conclusion, combien d'heures cela couvre pour l'activité de conseils, quel taux horaire ?.... Bien en dessous de n'importe quel taux horaire des professions les moins rémunérées dans notre pays.</p> <p>Notre système de santé est constitué de sorte à ce que le prospect/client acheté par l'assureur pour l'assurance de base.... sert à ce dernier à vendre des produits</p>	<p>conseil et l'indemnisation des intermédiaires mentionnées en annexe) ont force obligatoire générale pour tous les assureurs, s'ils en font la demande. L'art. 19a LSAMal est applicable à la notion d'intermédiaire d'assurance.</p> <p>La limitation de l'indemnisation des intermédiaires concerne l'activité au dernier point de vente. Cela concerne les activités de conseils, de recommandations de produits, de finalisation d'une proposition d'assurance jusqu'à la conclusion.</p> <p>Les activités effectuées avant le conseil au client et la conclusion sont considérées comme de la publicité.</p>
--	--	--	--	---

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

			<p>d'assurances-complémentaires par la suite... (via distribution interne, sans rémunération pour le conseiller externe...). Si acteurs du milieu et politiques n'ont pas conscience de ce fait depuis la création de la LAMal, c'est grave... Et si cela n'est pas toléré, il faut séparer entièrement l'assurance de base de l'assurance complémentaire, avec des noms de marques différentes... ce qui revient à engendrer une caisse unique.</p> <p>Nous ne cautionnons pas qu'on bafoue la liberté économique protégée par l'art. 27 de la constitution tout simplement sous prétexte que cela concerne l'assurance sociale.</p> <p>En limitant l'indemnisation à un niveau aussi bas, qui ne permet même pas à un conseiller de consacrer une heure de conseil, la concurrence dynamique pour l'assurance de base est retreinte. Si le peuple adhère, il faut donc entériner une caisse unique.</p>	
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	Annexe		<p>Annexe reprenant de force obligatoire certains points de l'accord de branche :</p> <p>Point 2: limitation de l'indemnité, inadmissible sur la base des éléments exposés ci-dessus dans ce document.</p> <p>Point 3: le compte rendu de l'entretien-conseil n'est pas abouti pour tenir compte de l'innovation et la digitalisation. De nos jours, un assuré peut changer de caisse-maladie sans recevoir un conseil d'une personne tierce. Il agit de son propre chef. A défaut, ce sera à l'assureur (personne morale) de garantir cet engagement si le texte reste en l'état.</p>	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.				
Erreur ! Source du renvoi introuvable.				

Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation

Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					

Si vous souhaitez supprimer certains tableaux du formulaire ou y ajouter de nouvelles lignes, cliquez, dans l'onglet « Révision », sur « Restreindre la modification », puis « Désactiver la protection » pour pouvoir modifier le document.

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Remarques concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la surveillance des assurances (OS)

Nom/entreprise	Art.	Al.	Let.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
----------------	------	-----	------	------------------------	---------------------------------------

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.bonus.ch</p>	<p>190d</p>	<p>1</p>	<p>Il faut éviter au niveau de l'ordonnance l'automatisme de déclaration de force obligatoire d'un accord sectoriel.</p> <p>En regard de la loi, uniquement si une majorité des deux tiers des caisses-maladie le décide, une convention peut être soumise à la FINMA et une déclaration de force obligatoire peut être demandée au Conseil Fédéral.</p> <p>L'accord sectoriel peut être considéré comme une entente cartellaire. Il faut stipuler que la COMCO doit être consultée. Il est surprenant que par pression politique, une entente sectorielle est tolérée dans le domaine d'assurances privées.</p> <p>Le plafonnement de rémunération basé sur le montant des primes n'est fondé sur aucune logique économique. Il n'a pas été tenu compte de la marge bénéficiaire de chaque produit d'assurance. Un produit d'assurance avec un niveau de primes très bas peu dégager une marge bénéficiaire bien plus importante qu'un produit avec une prime élevée. Les acteurs concernés et les politiques engendrent une incitation à vendre des produits avec primes élevées sans aucune réflexion de rentabilité pour les comptes de l'assureur. Il y a aussi une incitation à vendre des produits à primes élevées aux consommateurs qui sont déjà sous pression face à leurs coûts de santé/assurance.</p> <p>L'accord de branche étant un accord sectoriel, il convient d'éviter toute soumission inappropriée si son contenu n'est pas conforme au droit et aux lois : LAMal, LSAMal, Loi fédérale contre la concurrence déloyale (LCD), La loi sur les cartels (LCart).</p>	<p>Si des entreprises d'assurance concluent un accord au sens de l'art. 31a, al. 1, LSA, elles peuvent le communiquer à la FINMA et demander au Conseil Fédéral de lui conférer une force obligatoire pour toutes les caisses-maladie.</p> <p>L'autorité de surveillance transmet aux milieux concernés la déclaration de force obligatoire accompagnée d'une justification après analyse de sa légalité.</p> <p>L'autorité de surveillance soumet au Conseil Fédéral la demande de force obligatoire uniquement si l'accord de branche respecte les bases légales.</p> <p>Pour les rémunérations, qui doivent selon le législateur se baser sur des règles économiques, une preuve formelle doit être constatée lors de la demande de force obligatoire. La COMCO doit être consultée concernant le niveau de rémunération. La rémunération ne doit pas dépendre du niveau de la prime des produits d'assurance.</p>
--	-------------	----------	---	---

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

			<p>L'accord de branche des caisses-maladie du 24.01.2020 ne respecte pas les bases légales. Et tout particulièrement celles récemment adoptées par le parlement le 16.12.2022.</p> <p>Le principe d'équité n'est pas respecté. La COMCO au bénéfice/en possession de ces informations doit être tenue d'agir !</p> <p>Aucune égalité de traitement :</p> <ul style="list-style-type: none"> - entre la distribution interne / externe - entre les divers canaux d'acquisition client pour lesquels il n'existe aucune frontière entre activités d'acquisition client (vente) et les activités de marketing-publicité. - le parlement ayant laissé (cautionné) les activités marketing en dehors des révisions actuelles, les activités de prospection se déplacent vers des canaux loin d'être efficaces (coût d'acquisition pour un nouveau client) et protéger de tout plafonnement (publicité Google, Facebook, Ringier, Tamedia, publicité TV, radio, presse, ...). <p>La notion inscrite dans la loi (principe de gestion selon des règles économiques) ne définit nullement quels types d'activités doivent être limités en termes d'indemnisation. Ceci tout en garantissant l'égalité de traitement.</p>	
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	190d	2	<p>Prise de position, idem commentaires/remarques ligne ci-dessus Art. 190d Al 1.</p>	<p>Douze mois avant l'entrée en vigueur de la modification, les caisses-maladie communiquent sur la base du procédé alinéa 1, toute modification de l'accord à l'autorité de surveillance déclarée de force obligatoire par le Conseil Fédéral.</p>

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

<p>Erreur ! Source du renvoi introuvable.bonus.ch</p>	<p>190e</p>		<p>La loi exige une rémunération sur la base de principe d'une bonne gestion selon "règles économiques". Il est donc obligatoire de définir de manière détaillée la définition et les activités des intermédiaires de manière réglementaire. L'article 40 LSA. n'est pas suffisant comme référence.</p> <p>Les activités en vue d'obtenir un contact d'un client potentiel sont effectuées via divers moyens, dont seul le format de marketing-publicité est actuellement possible puisque le démarchage téléphonique est proscrit. Liste non exhaustive des moyens publicitaires : publicité en ligne via Google, Facebook, demande de devis via portail en ligne (dont les comparateurs), médias Ringier/Tamedia, parrainage, concours, publicité TV, radio, presse, sponsoring, ...).</p> <p>En élargissant la définition de l'intermédiation en assurance, art. 182a de l'ordonnance sur la surveillance, le 2 juin 2023, le Conseil fédéral engendre une ambiguïté juridique pour l'égalité de traitement entre acteurs du milieu concerné.</p> <p>L'ouverture d'une boîte de Pandore, engendrée par la facilité de la société d'accepter la création d'accords sectoriels qui pourraient faire l'objet d'entente cartellaires, est un danger pour notre démocratie.</p> <p>Sans base légale suffisante, le Conseil Fédéral ne peut élargir la loi, rôle du parlement (du législateur). Presse et politiques sont déjà critiques de l'augmentation des réglementations au niveau des ordonnances du Conseil Fédéral. Les commissions politiques (commissions de gestion) d'audit doivent être saisies pour clarifier la situation.</p> <p>Le plafonnement de l'indemnisation pour de l'assurance privée bafoue la liberté économique protégée par l'art 27. de</p>	<p>Les dispositions de l'accord de branche entre les caisses-maladie (concernant la prise de contact avec des clients potentiels, la qualité du conseil et l'indemnisation des intermédiaires mentionnées en annexe) ont force obligatoire générale pour tous les assureurs, s'ils en font la demande. L'art. 19a LSAMal est applicable à la notion d'intermédiaire d'assurance.</p> <p>La limitation de l'indemnisation des intermédiaires concerne l'activité au dernier point de vente. Cela concerne les activités de conseils, de recommandations de produits, de finalisation d'une proposition d'assurance jusqu'à la conclusion.</p> <p>Les activités effectuées avant le conseil au client et la conclusion sont considérées comme de la publicité.</p>
--	-------------	--	---	--

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

				la constitution.	
Erreur ! Source du renvoi introuvable. bonus.ch	Annexe			Annexe reprenant de force obligatoire certains points de l'accord de branche : Point 2: limitation de l'indemnité, inadmissible sur la base des éléments exposés ci-dessus dans ce document. Point 3: le compte rendu de l'entretien-conseil n'est pas abouti pour tenir compte de l'innovation et la digitalisation. De nos jours, un assuré peut changer de caisse-maladie sans recevoir un conseil d'une personne tierce. Il agit de son propre chef. A défaut, ce sera à l'assureur (personne morale) de garantir cet engagement si le texte reste en l'état.	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					

**Ordonnance sur la réglementation de l'activité des intermédiaires d'assurance
Procédure de consultation**

Autres propositions			
Nom/entreprise	Art.	Commentaires/remarques	Modification proposée (texte proposé)
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			



Bundesamt für Gesundheit
Abteilung Versicherungsaufsicht
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

gever@bag.admin.ch

Aufsicht-Krankenversicherung@bag.admin.ch

Basel, 9. August 2023

Vernehmlassung Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. April 2023 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) die Vernehmlassung in obengenanntem Geschäft mit Frist bis 9. August 2023 eröffnet und unsere Organisation zur Stellungnahme eingeladen. Demgemäss lassen wir Ihnen nachstehend fristgerecht unsere Stellungnahme zukommen.

Grundsätzlich begrüssen wir die vom Parlament beschlossene Regelung der Vermittlertätigkeit und damit die Stärkung der Verhinderung von Missbrauch in diesem Bereich respektive die Stärkung des Konsumentenschutzes. Ebenso begrüssen wir, dass externe und interne (bei Versicherern angestellte) Vermittler künftig gleichbehandelt werden.

Zur Umsetzung auf Verordnungsebene ist aus unserer Sicht folgendes zwingend zu beachten:

1. Die Vorgaben des Gesetzes sind auf Verordnungsebene einzuhalten, der Verordnungstext darf nicht über die gesetzliche Regelung hinausgehen: Bei Art. 19b KVAG und Art. 31a VAG handelt es sich um dreifache „Kann-Bestimmungen“: Die Versicherer können Vereinbarungen abschliessen, sie können diese zur Allgemeinverbindlicherklärung vorlegen und der Bund kann diese vorgelegten Vereinbarungen allgemeinverbindlich erklären. Es ist somit für alle drei Schritte einer Allgemeinverbindlicherklärung Entscheidungsfreiheit der Versicherer respektive Ermessensspielraum des Bundes gegeben.

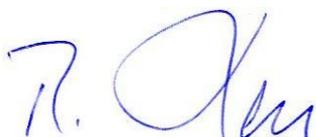
Die neu formulierten Art. 35a KVAV und Art. 190d AVO lesen sich nun aber so, dass sämtliche Vereinbarungen der Aufsichtsbehörde respektive der FINMA zuzustellen sind. Und Abs. 2 der beiden Bestimmungen hält dann fest, dass jede Änderung der Vereinbarung zwölf Monate vor dem Inkrafttreten mitzuteilen ist.

Es sollte deshalb in den beiden Bestimmungen festgehalten werden, dass ausschliesslich die Vereinbarungen, welche von den Versicherern zur Allgemeinverbindlicherklärung ausgewählt werden, vorzulegen sind und nur die Änderungen von allgemeinverbindlich erklärten Vereinbarungen zwölf Monate vor dem Inkrafttreten mitzuteilen sind.

2. In Bezug auf die Formulierung des Verordnungstextes regen wir ferner an, die Überprüfung einer vorgelegten Vereinbarung durch Aufsichtsbehörde respektive FINMA zu beschreiben und dabei die Kann-Formulierung in den beiden Gesetzen zu konkretisieren. Unter welchen Voraussetzungen kann eine Vereinbarung abgelehnt werden? Explizit müsste dabei jedenfalls die Formulierung konkretisiert werden, wonach Entschädigungen nach „betriebswirtschaftlichen Regeln“ festgelegt werden müssen. Hierbei handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, welcher der Konkretisierung bedarf. Ebenso muss konkretisiert werden, was unter „müssen der Gesetzgebung entsprechen“ zu verstehen ist, wobei das notwendige Quorum an Versicherern um der Verständlichkeit Willen im Rahmen einer Aufzählung zu wiederholen wäre.
3. Obwohl wir uns selbstverständlich gegen exzessive Entschädigungen von Vermittlern aussprechen, sind wir der Ansicht, dass Vergütungsobergrenzen („Deckelungen) im Konflikt mit der gesetzlichen Vorgabe der Festlegung nach betriebswirtschaftlichen Regeln stehen. Dabei ist auch zu beachten, dass Absprachen der Versicherer über maximale Provisionen gegen Kartellrecht verstossen können und somit jedenfalls der Wettbewerbskommission vorzulegen wären.
4. Schlussendlich sollte der gesetzgeberische Wille der Gleichbehandlung von Angestellten der Versicherer und externen Personen auf Verordnungsebene zum Ausdruck kommen.

Wir danken Ihnen im Voraus bestens für die wohlwollende Prüfung unserer Anträge und bitten Sie um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüssen
Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen



Prof. Dr. Robert Leu, Präsident



Felix Schneuwly, Vizepräsident

Breit abgestützte und branchenübergreifende Vereinigung mit hoher Legitimation

Am 5. September 2013 ist in Bern das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen gegründet worden. Mittlerweile gehören dem Bündnis bereits 27 grosse Verbände und Unternehmen aus allen Bereichen des schweizerischen Gesundheitswesens an.

Das Bündnis ist dank des branchenübergreifenden Charakters und seiner Grösse einzigartig in der schweizerischen Gesundheitslandschaft und schöpft die Legitimation zur Mitwirkung an der Meinungsbildung aus seiner Grösse, seiner breiten Abstützung und der Fachkompetenz seiner Mitglieder.

Das Bündnis engagiert sich für ein marktwirtschaftliches, wettbewerbliches, effizientes, transparentes, faires und nachhaltiges Gesundheitssystem mit einem Minimum an staatlichen Eingriffen und Wahlfreiheit für Patientinnen / Patienten, Versicherte und Akteure unseres Gesundheitswesens.

Das Bündnis kann auf Internet unter www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch besucht werden.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : comparis.ch AG

Abkürzung der Firma / Organisation : Comparis

Adresse : Birmensdorferstrasse 108, 8003 Zürich

Kontaktperson : Felix Schneuwly, Head of Public Affairs

Telefon : 079 600 19 12

E-Mail : felix.schneuwly@comparis.ch

Datum : 4. August 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	5
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	8
Weitere Vorschläge	11

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
Comparis Erreur ! Source du renvoi introuvable.	comparis.ch schafft Markttransparenz, ist mit über 80 Millionen Besuchen einer der stärksten Internetmarktplätze der Schweiz, engagiert sich für die Marktmacht der Konsumentinnen und Konsumenten und nimmt deshalb zur Teilrevision der Verordnungsbestimmungen AVO und KVAV über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit gerne Stellung. Grundsätzlich unterstützen wir die Intention, die Verordnungen AVO und KVAV den vom Parlament am 16.12.22 im Rahmen des Bundesgesetzes über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit (BBI 2022 3204) verabschiedeten Änderungen im Krankenversicherungsaufsichtsgesetz (KVAG) und Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) anzupassen. Die vorgeschlagenen Änderungen auf Verordnungsstufe müssen aber präzisiert werden, um den gesetzlichen Grundlagen zu entsprechen und Rechtssicherheit zu schaffen. Immer häufiger regulieren Bundesrat und Verwaltung auf Verordnungsstufe oder sogar auf Stufe Kreisschreiben über entsprechende gesetzliche Grundlagen hinaus. Das ist auch hier der Fall. Deshalb führt die Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK) im Auftrag der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) entsprechende Voruntersuchungen durch.
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	Wir begrüßen die Stärkung der Missbrauchsaufsicht durch die Aufsichtsbehörden BAG und FINMA. Diese muss sich aber auf geltendes Recht beschränken und verhältnismässig sein sowie mit den notwendigen Instrumenten und Ressourcen für die laufende Überwachung haushälterisch umgehen, um Konsumentinnen und Konsumenten vor Missbrauch durch Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler zu schützen, egal ob diese Angestellte der Krankenversicherer sind (interner Vertrieb) oder nicht (externer Vertrieb).
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	Insbesondere muss: <ol style="list-style-type: none"> 1. sichergestellt werden, dass der Bundesrat nur eine Vereinbarung der Branche als rechtsverbindlich erklären darf, wenn Versicherer, die zwei Drittel der Versicherten vertreten, einen entsprechenden Antrag stellen; 2. definiert werden, welche Tätigkeiten – die Versicherungsvermittlung wird im KVAG und VAG unterschiedlich definiert – nach «wirtschaftlichen Regeln» zu vergüten sind; 3. sichergestellt werden, dass für die Vergütung gemäss KVAG und VAG die gleichen «wirtschaftlichen Regeln» gelten, unabhängig davon, ob die klar definierten Akquisitionstätigkeiten von Angestellten der Versicherer oder von externem Personal ausgeübt werden; 4. das Kartellgesetz eingehalten werden. Absolute Vergütungsobergrenzen sind nicht zulässig, da es für ein derartiges Kartell der Krankenversicherer im Bereich der Kundenakquisition weder im KVAG noch im VAG keine gesetzliche Grundlage gibt, die das Kartellrecht ohne erkennbare Vorteile für die Versicherten ausser Kraft setzt, denn der Gesetzgeber verlangt eine Entschädigung nach wirtschaftlichen Regeln und keine Provisionsdeckel.

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

Erreur ! Source du renvoi introuvable.	
---	--

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Comparis Erreur ! Source du renvoi introuvable.	35a	1		<p>Nur wenn gemäss Gesetz eine Zweidrittelmehrheit der Krankenversicherer das beschliesst, stellen die Verbände die Vereinbarung nach Artikel 19b Absatz 1 KVAG dem BAG zu und beantragen dem Bundesrat, diese als allgemeinverbindlich für alle Krankenversicherer zu erklären. Es ist nicht zulässig, auf Verordnungsstufe einen Automatismus für die Allgemeinverbindlicherklärung einer Branchenvereinbarung durch den Bundesrat einzuführen.</p> <p>Die Einholung der Stellungnahme der WEKO ist vorzusehen. Das sieht das FMG an zwei Stellen auch vor, siehe z.B. Art. 23 FMG.</p>	<p><u>a</u> Schliessen Versicherer eine Vereinbarung nach Artikel 19b Absatz 1 KVAG ab, so stellen können sie diese der Aufsichtsbehörde <u>zustellen und dem Bundesrat die Allgemeinverbindlichkeit für alle Krankenversicherer beantragen. Die Aufsichtsbehörde legt den von der Allgemeinverbindlicherklärung betroffenen Kreisen deren Wortlaut, die Analyse der Rechtmässigkeit und die Grundlagen für die Festsetzung der Entschädigung vor, hört diese an und berücksichtigt die Stellungnahmen angemessen. Bezüglich der Festlegung der Märkte als Grundlage für die Beurteilung der Entschädigung konsultiert die Aufsichtsbehörde die Wettbewerbskommission.</u></p> <p><u>b</u> Die Aufsichtsbehörde unterbreitet dem Bundesrat den Antrag auf Rechtsverbindlichkeit <u>nur, wenn die Vereinbarung geltendes Recht nicht verletzt.</u></p>
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	35a	2		<p>Es muss mindestens darauf hingewiesen werden, dass die Vereinbarung bzw. die Änderung gesetzeskonform sein muss, denn der Bundesrat darf keine Branchenvereinbarung allgemeinverbindlich erklären, die geltendes Recht wie das KVAG, das VAG, das UWG oder das KG verletzt.</p> <p>Die aktuell gültige Vereinbarung vom 24.1.2020 erfüllt die gesetzlichen Grundlagen in drei Punkten nicht, denn die vom</p>	<p><u>a</u> Sie teilen jede Änderung der <u>durch den Bundesrat als allgemeinverbindlich erklärten</u> Vereinbarung der Aufsichtsbehörde zwölf Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung mit.</p> <p><u>b</u> Es gilt das Verfahren gemäss Abs. 1.</p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

			<p>Parlament am 16.12.2022 verabschiedeten Gesetzesbestimmungen verlangen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gleichbehandlung des externen und internen Vertriebs (egal ob die Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler bei den Krankenversicherern angestellt sind oder nicht); - Entschädigung nach wirtschaftlichen Regeln (es muss definiert werden, für welche Tätigkeiten diese Entschädigung begrenzt wird); - ob eine Provisionsobergrenze wettbewerbsrechtlich zulässig ist, muss bezweifelt werden, denn die Akquisitionstätigkeiten verlagern sich auf Bereiche (z.B. Google, Facebook), die nicht von der Begrenzung betroffen sind. 	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	35b		<p>Es reicht nicht, beim «Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler» Artikel 19a KVAG hinzuweisen. Weil das Gesetz eine Vergütung nach «wirtschaftlichen Regeln» verlangt, müssen auf Verordnungsstufe die zu vergütenden Vermittlertätigkeiten definiert werden.</p> <p>Da Versicherungsvermittlerinnen und Vermittler auch ohne verbotene Telefonwerbung auf verschiedenen Wegen zu Kontaktdaten potentieller Kundinnen und Kunden kommen können, z.B. durch Sponsoring, Wettbewerbe und/oder Onlinewerbung (z.B. via Google, Facebook) und/oder unverbindliche Offertanfragen (z.B. via Onlinevergleichsdienste), schafft eine klare Definition, für welche Tätigkeiten die Entschädigungsbegrenzung gilt und für welche nicht, Rechtssicherheit und gleich lange Spiesse auf allen Kundenakquisitionskanälen, egal ob die Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler bei den Krankenversicherern angestellt sind oder nicht.</p>	<p><u>1 Die im Anhang aufgeführten Regelungen der Vereinbarung zwischen Santésuisse und Curafutura vom 24. Januar 2020 der Krankenversicherer betreffend die Kontaktnahme zu potentiellen Kundinnen und Kunden, die Qualität der Beratung und die Entschädigung an die Vermittler in der Kundenwerbung werden für sämtliche Versicherer auf deren Antrag als allgemeinverbindlich erklärt.</u></p> <p><u>2 Für den Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler gilt Artikel 19a KVAG.</u></p> <p><u>3 Die Beschränkung der Entschädigung an Vermittlerinnen und Vermittler bezieht sich auf die Tätigkeit als solche.</u></p> <p><u>4 Akquisitionstätigkeiten vor einer individuellen Beratung gelten als Werbung - nicht als</u></p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

					Vermittlung - und sind nicht von der <u>Entschädigungsbeschränkung an angestellte und freischaffende Vermittlerinnen und Vermittler betroffen.</u>
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Comparis	190d	1		<p>Nur wenn gemäss Gesetz eine Zweidrittelmehrheit der Krankenversicherer das beschliesst, stellen die Verbände die Vereinbarung nach Artikel 31a Absatz 1 VAG der FINMA zu und beantragen dem Bundesrat, diese als allgemeinverbindlich für alle Krankenversicherer zu erklären. Es ist nicht zulässig, auf Verordnungsstufe einen Automatismus für die Allgemeinverbindlicherklärung einer Branchenvereinbarung durch den Bundesrat einzuführen.</p> <p>Die Einholung der Stellungnahme der WEKO ist vorzusehen. Das sieht das FMG an zwei Stellen auch vor, siehe z.B. Art. 23 FMG.</p>	<p><u>a Schliessen Versicherer, die insgesamt mindestens zwei Drittel der Versicherten vertreten, eine Vereinbarung nach Artikel 31a Absatz 1 VAG ab, so stellen können sie diese der Aufsichtsbehörde zustellen und dem Bundesrat die Allgemeinverbindlichkeit für alle Krankenversicherer beantragen. Die Aufsichtsbehörde legt den von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung betroffenen Kreisen deren Wortlaut, die Analyse der Rechtmässigkeit und die Grundlagen für die Festsetzung der Entschädigung vor, hört diese an und berücksichtigt die Stellungnahmen angemessen. Bezüglich der Festlegung der Märkte als Grundlage für die Beurteilung der Entschädigung konsultiert die Aufsichtsbehörde die Wettbewerbskommission.</u></p> <p><u>b Die Aufsichtsbehörde unterbreitet dem Bundesrat den Antrag auf Rechtsverbindlichkeit nur, wenn die Vereinbarung geltendes Recht nicht verletzt.</u></p>
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	190d	2		<p>Es muss mindestens darauf hingewiesen werden, dass die Vereinbarung bzw. die Änderung gesetzeskonform sein muss, denn der Bundesrat darf keine Branchenvereinbarung allgemeinverbindlich erklären, die geltendes Recht wie das KVAG, das VAG, das UWG oder das KG verletzt.</p> <p>Die aktuell gültige Vereinbarung vom 24.1.2020 erfüllt die gesetzlichen Grundlagen in drei Punkten nicht, denn die vom Parlament am 16.12.2022 verabschiedeten Gesetzesbestimmungen verlangen:</p>	<p><u>a Sie teilen jede Änderung der durch den Bundesrat als allgemeinverbindlich erklärten Vereinbarung der Aufsichtsbehörde zwölf Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung mit.</u></p> <p><u>b Es gilt das Verfahren gemäss Abs. 1.</u></p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

			<ul style="list-style-type: none"> - Gleichbehandlung des externen und internen Vertriebs (egal ob Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler bei den Krankenversicherern angestellt sind oder nicht); - Entschädigung nach wirtschaftlichen Regeln (es muss definiert werden, für welche Tätigkeiten diese Entschädigung begrenzt wird); - ob eine Provisionsobergrenze wettbewerbsrechtlich zulässig ist, muss bezweifelt werden, denn die Akquisitionstätigkeiten verlagern sich auf Bereiche (z.B. Google, Facebook), die nicht von der Begrenzung betroffen sind. 	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	190e		<p>Es reicht nicht, beim «Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler» Artikel 40 VAG hinzuweisen. Weil das Gesetz eine Vergütung nach «wirtschaftlichen Regeln» verlangt, müssen auf Verordnungsstufe die zu vergütenden Vermittlertätigkeiten definiert werden.</p> <p>Da Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler auch ohne verbotene Telefonwerbung auf verschiedenen Wegen zu Kontaktdaten potentieller Kundinnen und Kunden kommen können z.B. durch Sponsoring, Wettbewerbe und/oder Onlinewerbung (z.B. via Google, Facebook) und/oder unverbindliche Offertanfragen (z.B. via Onlinevergleichsdienste), schafft eine klare Definition, für welche Tätigkeiten die Entschädigungsbegrenzung gilt und für welche nicht, Rechtssicherheit und gleich lange Spiesse auf allen Kundenakquisitionskanälen, egal ob die Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler bei den Krankenversicherern angestellt sind oder nicht..</p> <p>Ausserdem hat der Bundesrat am 2.6.23 die Definition der Versicherungsvermittlung im Art. 182a AVO auf unzulässige Art und Weise erweitert und nicht bloss präzisiert. Was die zunehmenden Regulierungen auf Verordnungsstufe durch den</p>	<p><u>1 Die im Anhang aufgeführten Regelungen der Vereinbarung zwischen Santésuisse und Curafutura vom 24. Januar 2020 der Krankenversicherer betreffend die Kontaktnahme zu potentiellen Kundinnen und Kunden, die Qualität der Beratung und die Entschädigung an die Vermittler in der Kundenwerbung werden für sämtliche Versicherer auf deren Antrag als allgemeinverbindlich erklärt.</u></p> <p><u>2 Für den Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler gilt Artikel 19a KVAG.</u></p> <p><u>3 Die Beschränkung der Entschädigung an Vermittlerinnen und Vermittler bezieht sich auf die Tätigkeit als solche.</u></p> <p><u>4 Akquisitionstätigkeiten vor einer individuellen Beratung gelten als Werbung -nicht als Vermittlung - und sind nicht von der Entschädigungsbeschränkung an angestellte und freischaffende Vermittlerinnen und Vermittler betroffen.</u></p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				Bundesrat und die Verwaltung ohne hinreichende gesetzliche Grundlagen betrifft, laufen Vorabklärungen der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK) im Auftrag der beiden Geschäftsprüfungskommissionen (GPK).	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
Erreur ! Source du renvoi introuvable.					

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Erreur ! Source du renvoi introuvable.					
---	--	--	--	--	--

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			
Erreur ! Source du renvoi introuvable.			

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

renvoi introuvable.			
------------------------	--	--	--

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : MLL Meyerlustenberger Lachenal Froriep AG

Abkürzung der Firma / Organisation : MLL Legal

Adresse : Schiffbaustrasse 2, 8031 Zürich

Kontaktperson : Dr. iur. Kevin M. Hubacher, J.M. (LL.M.)

Telefon : +41 58 552 01 66

E-Mail : kevin.hubacher@mll-legal.com

Datum : 29. Juni 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	4
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	5

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
MLL Legal	<p>Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Gerne machen wir von der Möglichkeit Gebrauch, eine Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage der Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlungstätigkeit vom 19. April 2023 einzureichen.</p> <p>Unser Kernanliegen besteht in der Schaffung einer Übergangsfrist, welche den Versicherern genügend Zeit zur Umsetzung der für allgemeinverbindlich erklärten Regelungen zugestehen soll, und der Klarstellung, dass die für Versicherer, die im Bereich der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung tätig sind, für allgemeinverbindlich erklärten Regelungen ausschliesslich auf Zusatzversicherungen im Sinne von Art. 2 Abs. 2 KVAG anwendbar sind.</p> <p>Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme. Für Erläuterungen und/oder Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Freundliche Grüsse</p> <p>Dr. iur. Kevin M. Hubacher, J.M. (LL.M.)</p> <p>Partner Corporate & M&A Co-Head Insurance Industry Group</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
MLL Legal	35a	2	n/a	U.E. sollte auch der Umstand, dass nicht mehr mindestens jene Anzahl von Versicherern der Vereinbarung beigetreten sind, die zusammen mindestens 66 Prozent der Versicherten vertreten, der Aufsichtsbehörde zu melden sein.	³ Sie teilen den Umstand, dass der Vereinbarung nicht mehr jene Anzahl von Versicherern beigetreten sind, die mindestens 66 Prozent der Versicherten vertreten, der Aufsichtsbehörde innert zwei Monaten nach Kenntnis dieses Umstands mit.
MLL Legal	n/a	n/a	n/a	Der Entwurf der Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlungstätigkeit stellt auf den Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler nach Art. 19a KVAG ab. Dieser Anwendungsbereich ist weiter als jener der Branchenvereinbarung Vermittler, die nicht auf den internen Vertrieb Anwendung findet. Folglich führt die Allgemeinverbindlicherklärung für die Krankenversicherer zu einem durchaus beachtlichen Umsetzungsaufwand. Ferner bestehen Krankenversicherer, die der Branchenvereinbarung Vermittler bislang nicht beigetreten sind, und die ebenfalls mit einigem Aufwand zur Umsetzung der für allgemeinverbindlich erklärten Bestimmungen konfrontiert sein werden. Dementsprechend sollte u.E. eine Übergangsfrist zur Beachtung der für allgemeinverbindlich erklärten Bestimmungen von zwölf Monaten angesetzt werden.	Art. 73a Übergangsbestimmung zur Änderung vom [Tag]. [Monat] 2023 Die nach Artikel 35b für allgemeinverbindlich erklärten Regelungen sind innert zwölf Monaten nach Inkrafttreten der Änderung vom [Tag]. [Monat] 2023 einzuhalten.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
MLL Legal	190d	2	n/a	U.E. sollte auch der Umstand, dass nicht mehr mindestens jene Anzahl von Versicherern der Vereinbarung beigetreten sind, die zusammen mindestens 66 Prozent der Prämien der Versicherten vertreten, der Aufsichtsbehörde zu melden sein.	³ Sie teilen den Umstand, dass der Vereinbarung nicht mehr jene Anzahl von Versicherungsunternehmen beigetreten sind, die mindestens 66 Prozent der Prämie der Versicherten vertreten, der Aufsichtsbehörde innert zwei Monaten nach Kenntnis dieses Umstands mit.
MLL Legal	190e	n/a	n/a	Der Wortlaut von Art. 190e ist insoweit auslegungsbedürftig, als die in Anhang 7 aufgeführten Regelungen für sämtliche Versicherungsunternehmen, die im Bereich der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung tätig sind, gelten (persönlicher Geltungsbereich), aber keine Einschränkung in Bezug auf den sachlichen Geltungsbereich besteht. Wir schlagen vor, den Wortlaut von Art. 190e dahingehend anzupassen, dass die Allgemeinverbindlichkeit ausschliesslich in Bezug auf die Zusatzversicherungen im Sinne von Art. 2 Abs. 2 KVAG Anwendung finden (vorgeschlagene Änderungen unterstrichen).	Die in Anhang 7 aufgeführten Bestimmungen der Vereinbarung zwischen Santésuisse und Curafutura vom 24. Januar 20205 betreffend die Qualität der Beratung und die Entschädigung an die Vermittler in der Kundenwerbung werden für sämtliche Versicherungsunternehmen, die im Bereich der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung tätig sind, <u>in Bezug auf Zusatzversicherungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 KVAG</u> als allgemeinverbindlich erklärt. Für den Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler gilt Artikel 40 VAG.
MLL Legal	n/a	n/a	n/a	Der Entwurf der Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlungstätigkeit stellt auf den Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler nach Art. 40 VAG ab. Dieser Anwendungsbereich ist weiter als jener der Branchenvereinbarung Vermittler, die nicht auf den internen Vertrieb Anwendung findet. Folglich führt die Allgemeinverbindlicherklärung für die Versicherer zu einem durchaus beachtlichen Umsetzungsaufwand. Ferner bestehen Versicherer, die im Bereich der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung tätig sind, die der Branchenvereinbarung Vermittler bislang nicht beigetreten sind, und die ebenfalls mit	Art. 216c Übergangsbestimmung zur Änderung vom [Tag]. [Monat] 2023 Die nach Artikel 190e für allgemeinverbindlich erklärten Regelungen sind innert zwölf Monaten nach Inkrafttreten der Änderung vom [Tag]. [Monat] 2023 einzuhalten.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				einigem Aufwand zur Umsetzung der für allgemeinverbindlich erklärten Bestimmungen konfrontiert sein werden. Dementsprechend sollte u.E. eine Übergangsfrist zur Beachtung der für allgemein verbindlich erklärten Bestimmungen von zwölf Monaten angesetzt werden.	
--	--	--	--	---	--

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Swiss Insurance Brokers Association

Abkürzung der Firma / Organisation : SIBA

Adresse : Arnold Böcklin-Strasse 41, 4051 Basel

Kontaktperson : Martin Kessler

Telefon : 044 387 87 22

E-Mail : martin.kessler@kessler.ch

Datum : 4. August 2023

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **9. August 2023** an folgende E-Mail Adressen:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vermehlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	_____	3
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)	_____	5
Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)	_____	9
Weitere Vorschläge	_____	13

Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen

Name/Firma	Bemerkung/Anregung
SIBA	Die SIBA Swiss Insurance Brokers Association (www.siba.ch) vertritt als Branchenverband gut 80 der wichtigsten Versicherungsbroker (ungebundene Versicherungsvermittler) der Schweiz. SIBA Versicherungsbroker beschäftigen über 2'500 Mitarbeitende und betreuen ein Prämienvolumen von über CHF 11 Mrd.
SIBA	Die SIBA unterstützt die Stärkung der Missbrauchsaufsicht durch die Aufsichtsbehörden BAG und FINMA. Diese muss sich aber auf geltendes Recht beschränken und verhältnismässig sein. Die Behörden müssen mit den notwendigen Instrumenten und Ressourcen für die laufende Überwachung hausälterisch umgehen, um missbräuchliches Verhalten von ungewünschten Akteuren in der Versicherungsvermittlung zu unterbinden.
SIBA	<p>Inbesondere muss:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sichergestellt werden, dass der Bundesrat nur eine Vereinbarung der Branche als rechtsverbindlich erklären darf, wenn Versicherer, die zwei Drittel der Versicherten bzw. zwei Drittel des Prämienvolumens vertreten, einen entsprechenden Antrag stellen; 2. sichergestellt werden, dass sich die Branchenvereinbarung nur auf die Krankenpflegeversicherung (OKP und Krankenzusatzversicherung) und nicht auf weitere Arten von Krankenversicherungen oder auf Unfallversicherungen bezieht. Eine Branchenvereinbarung, die weitere Versicherungsbranchen einschliesst, ist nicht gesetzeskonform. 3. definiert werden, welche Tätigkeiten – die Versicherungsvermittlung wird im KVG und VAG unterschiedlich definiert – nach «wirtschaftlichen Regeln» zu vergüten sind; 4. sichergestellt werden, dass für die Vergütung gemäss KVG und VAG die gleichen «wirtschaftlichen Regeln» gelten, unabhängig davon, ob die Akquisitionstätigkeiten von Angestellten der Versicherer, «internen Vermittlern» (gebundene Versicherungsvermittler gemäss Art. 40 Abs. 2 nVAG) oder von sog. «externen Vermittlern» (ungebundene Versicherungsvermittler gemäss Art. 40, Abs. 1 nVAG) ausgeübt werden; 5. festgehalten werden, dass absolute Vergütungsobergrenzen nicht zulässig sind, da es für ein derartiges Kartell der Krankenversicherer im Bereich der Kundenakquisition - weder im KVG noch im VAG - keine gesetzliche Grundlage gibt, die das Kartellrecht ohne erkennbare Vorteile für die Versicherten ausser Kraft setzt. Der Gesetzgeber verlangt eine Entschädigung nach wirtschaftlichen Regeln und keine Deckelung der Vergütung. 6. klarstellt sein, dass sich die Allgemeinverbindlichkeit nicht auf die Ausbildungsanforderungen erstreckt. Hier wird das revidierte VAG Art. 43 und AVO Art. 190/190a sowohl für die Kranken-Zusatzversicherung als auch auf die OKP anwendbar sein. Das ist wichtig wegen dem

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

	<p>CICERO Anfordernis in der heutigen Branchenvereinbarung, welches nicht kompatibel ist mit dem vom Parlament verabschiedeten Gesetzestext (es darf keine Exklusivität für eine Ausbildungsorganisation geben). Die neuen Regeln des per 1.1.2024 revidierten VAG/AVO regelt die Mindeststandards für die Aus- und Weiterbildung abschliessend für alle Versicherungsbranchen.</p>
<p>SIBA Mantelerlass</p>	<p>Mantelerlass: Das neue Bundesgesetz zur «Regulierung der Versicherungsvermittlungstätigkeit» muss nach Anpassung von KVAG/KVAV und VAG/AVO verschwinden. Gemäss SIF wird dieses Gesetz nicht in die AS aufgenommen, wenn die jeweiligen Anpassungen in vorerwähnten Gesetzen und Verordnungen übernommen sind.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
SIBA	35a	1		<p>Versicherer können (müssen aber nicht) eine Branchenvereinbarung abschliessen.</p> <p>Nur wenn gemäss Gesetz Krankenversicherer mit einer Zweidrittelmehrheit der Versicherten das beschliesst, stellen die Verbände die Vereinbarung nach Artikel 19b Absatz 1 KVAAG dem BAG zu und beantragen dem Bundesrat, diese als allgemeinverbindlich für alle Krankenversicherer zu erklären.</p> <p>Es ist nicht zulässig, auf Verordnungsstufe einen Automatismus für die Allgemeinverbindlicherklärung einer Branchenvereinbarung durch den Bundesrat einzuführen.</p>	<p>a Schliessen Versicherer eine Vereinbarung nach Artikel 19b Absatz 1 KVAAG ab, so stellen <u>können</u> sie diese der Aufsichtsbehörde <u>zustellen</u> und dem Bundesrat die Allgemeinverbindlichkeit für alle Krankenversicherer beantragen.</p> <p>b Der Nachweis der <u>Entschädigung</u> nach wirtschaftlichen Regeln muss <u>zusammen</u> mit dem <u>Gesuch</u> der Allgemeinverbindlichkeit <u>erbracht</u> werden.</p> <p>c Die Aufsichtsbehörde legt den von der Allgemeinverbindlicherklärung betroffenen Kreisen deren Wortlaut, die Analyse der Rechtmässigkeit und die Grundlagen für die Festsatzung der Entschädigung vor, <u>hört</u> diese an und berücksichtigt die <u>Stellungsnahmen</u> angemessen. Bezüglich der Festlegung der <u>Markte</u> als Grundlage für die Beurteilung der <u>Entschädigung</u> konsultiert die Aufsichtsbehörde die <u>Wettbewerbskommission</u>.</p> <p>d Die Aufsichtsbehörde unterbreitet dem Bundesrat den Antrag auf Rechtsverbindlichkeit nur, wenn die Vereinbarung geltendes Recht nicht verletzt.</p> <p>a Sie teilen jede Änderung der durch den Bundesrat als allgemeinverbindlich erklärten Vereinbarung der Aufsichtsbehörde zwölf Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung mit.</p>
SIBA	35a	2		<p>Es muss mindestens darauf hingewiesen werden, dass die Vereinbarung bzw. die Änderung gesetzeskonform sein muss, denn der Bundesrat darf keine Branchenvereinbarung</p>	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

			<p>allgemeinverbindlich erklären, die geltendes Recht wie das KVAAG, das VAG, das UWG oder das KG verletzt.</p> <p>Die aktuell gültige Vereinbarung vom 24.1.2020 erfüllt die gesetzlichen Grundlagen in drei Punkten nicht. Das vom Parlament am 16.12.2022 verabschiedete Gesetzesbestimmungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gleichbehandlung aller Vertriebskanäle (gebundene und ungebundene Versicherungsvermittler); - Entschädigung nach wirtschaftlichen Regeln (es muss definiert werden, für welche Tätigkeiten diese Entschädigung begrenzt wird); - ob eine Provisionsobergrenze wettbewerbsrechtlich zulässig ist, muss bezweifelt werden, denn die Akquisitionstätigkeiten verlagern sich auf Bereiche (z.B. Google, Facebook), die nicht von der Begrenzung betroffen sind. 	<p>b <u>Es gilt das Verfahren gemäss Abs. 1.</u></p>
SIBA	35b		<p>Es reicht nicht, beim «Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler» Artikel 19a KVAAG hinzuweisen. Weil das Gesetz eine Vergütung nach «wirtschaftlichen Regeln» verlangt, müssen auf Verordnungsstufe die zu vergütenden Vermitteltätigkeiten definiert werden.</p> <p>Da Versicherungsvermittlerinnen und Vermittler auch ohne verbotene Telefonwerbung auf verschiedenen Wegen zu Kontaktdaten potentieller Kundinnen und Kunden kommen können (Sponsoring, Wettbewerbe, Onlinewerbung (z.B. via Google, Facebook) oder unverbindliche Offertanfragen (z.B. via Onlinevergleichsdienste), schafft eine klare Definition, für welche Tätigkeiten die Entschädigungsbegrenzung gilt und für welche nicht, Rechtssicherheit und gleich lange Spiesse auf allen Kundenakquisitionskanälen, sowie für angestellte und freischaffende Vermittlerinnen und Vermittler.</p>	<p>1 Die im Anhang aufgeführten Regelungen der Vereinbarung zwischen Santésuisse und Curafutura vom 24. Januar 2020 der Krankenversicherer betreffend die Kontaktnahme zu potentiellen Kundinnen und Kunden, die Qualität der Beratung und die Entschädigung an die Versicherungsvermittler in der Kundenwerbung werden für sämtliche Versicherer auf deren Antrag als allgemeinverbindlich erklärt.</p> <p>2 Für den Begriff der Vermittlerinnen und -vermittler gilt Artikel 19a KVAAG.</p> <p>3 Die Beschränkung der Entschädigung an Vermittlerinnen und Vermittler bezieht sich auf die Tätigkeit als solche.</p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

					4 Akquisitionstätigkeiten vor einer individuellen Beratung gelten als Werbung, nicht als Vermittlung. Sie sind nicht von der Entschädigungsbeschränkung an angestellte und freischaffende Vermittlerinnen und Vermittler betroffen.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

gefunden werden.				
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.				
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.				

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zum Entwurf der Änderung der Aufsichtsverordnung (AVO)

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
SIBA	190d	1		<p>Nur wenn gemäss Gesetz die Krankenversicherer mit einer Zweidrittelmehrheit (Prämienvolumen) das beschliesst, stellen die Verbände die Vereinbarung nach Artikel 31a Absatz 1 VAG der FINMA zu und beantragen dem Bundesrat, diese als allgemeinverbindlich für alle Krankenversicherer zu erklären. Es ist nicht zulässig, auf Verordnungsstufe einen Automatismus für die Allgemeinverbindlicherklärung einer Branchenvereinbarung durch den Bundesrat einzuführen.</p> <p>Die Einholung der Stellungnahme der WEKO ist vorzusehen. Das sieht das FMG an zwei Stellen auch vor, siehe z. B. Art. 23 FMG.</p> <p>Eine Vergütungsobergrenze, die sich an der Prämienhöhe richtet, ist nicht zulässig, weil das den falschen Anreiz setzt, teure Versicherungsprodukte zu verkaufen.</p>	<p>a Schliessens Versicherer, die insgesamt mindestens zwei Drittel der Versicherten vertreten, eine Vereinbarung nach Artikel 31a Absatz 1 VAG ab, so stellen können sie diese der Aufsichtsbehörde zustellen und dem Bundesrat die Allgemeinverbindlichkeit für alle Krankenversicherer beantragen.</p> <p>b Der Nachweis der Vergütung nach wirtschaftlichen Regeln muss zusammen mit dem Gesuch der Allgemeinverbindlichkeit erbracht werden und darf sich nicht nach der Prämienhöhe der Versicherungsprodukte richten.</p> <p>c Die Aufsichtsbehörde legt den von der Allgemeinverbindlicherklärung betroffenen Kreisen deren Wortlaut, die Analyse der Rechtmässigkeit und die Grundlagen für die Festsetzung der Entschädigung vor, hört diese an und berücksichtigt die Stellungnahmen angemessen. Bezüglich der Festlegung der Märkte als Grundlage für die Beurteilung der Entschädigung konsultiert die Aufsichtsbehörde die Wettbewerbskommission.</p> <p>b Die Aufsichtsbehörde unterbreitet dem Bundesrat den Antrag auf Rechtsverbindlichkeit nur, wenn die Vereinbarung geltendes Recht nicht verletzt.</p> <p>a Sie teilen jede Änderung der durch den Bundesrat als allgemeinverbindlich erklärten Vereinbarung der Aufsichtsbehörde zwölf Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung mit.</p>
SIBA	190d	2		<p>Es muss mindestens darauf hingewiesen werden, dass die Vereinbarung bzw. die Änderung gesetzeskonform sein muss, denn der Bundesrat darf keine Branchenvereinbarung</p>	

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittler Tätigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

			<p>allgemeinverbindlich erklären, die geltendes Recht wie das KVAAG, das VAG, das UWG oder das KG verletzt.</p> <p>Die aktuell gültige Vereinbarung vom 24.1.2020 erfüllt die gesetzlichen Grundlagen in drei Punkten nicht. Das vom Parlament am 16.12.2022 verabschiedete Gesetzesbestimmungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gleichbehandlung des externen und internen Vertriebs (angestellte und freischaffende Vermittler); - Entschädigung nach wirtschaftlichen Regeln (es muss definiert werden, für welche Tätigkeiten diese Entschädigung begrenzt wird); - ob eine Provisionsobergrenze wettbewerbsrechtlich zulässig ist, muss bezweifelt werden, denn die Akquisitionstätigkeiten verlagern sich auf Bereiche (z.B. Google, Facebook), die nicht von der Begrenzung betroffen sind. 	<p><u>b Es gilt das Verfahren gemäss Abs. 1.</u></p>
SIBA	190e		<p>Es reicht nicht, beim «Begriff der Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler» Art. 40 VAG hinzuweisen. Weil das Gesetz eine Vergütung nach «wirtschaftlichen Regeln» verlangt, müssen auf Verordnungsstufe die zu vergütenden Vermitteltätigkeiten definiert werden.</p> <p>Da Versicherungsvermittlerinnen und Vermittler auch ohne verbotene Telefonwerbung auf verschiedenen Wegen zu Kontaktdaten potentieller Kundinnen und Kunden kommen können (Sponsoring, Wettbewerbe, Onlinewerbung (z.B. via Google, Facebook) oder unverbindliche Offertanfragen (z.B. via Onlinevergleichsdienste), schafft eine klare Definition, für welche Tätigkeiten die Entschädigungsbegrenzung gilt und für welche nicht, Rechtssicherheit und gleich lange Spiesse auf allen Kundenakquisitionskanälen, sowie für angestellte und freischaffende Vermittlerinnen und Vermittler.</p>	<p>1 Die im Anhang aufgeführten Regelungen der Vereinbarung zwischen Santésuisse und Curafutura vom 24. Januar 2020 der <u>Krankenversicherer betreffend die Kontaktnahme zu potentiellen Kundinnen und Kunden, die Qualität der Beratung und die Entschädigung an die Vermittler in der Kundenwerbung</u> werden für <u>sämtliche Versicherer auf deren Antrag als allgemeinverbindlich erklärt.</u></p> <p>2 Für den Begriff der Vermittlerinnen und -vermittler gilt Artikel 19a KVAAG.</p> <p>3 Die Beschränkung der Entschädigung an Vermittlerinnen und Vermittler bezieht sich auf die <u>Tätigkeit als solche.</u></p>

**Verordnung über die Regulierung der Versicherungsvermittlerfähigkeit
Vernehmlassungsverfahren**

				Ausserdem hat der Bundesrat am 2. Juni 2023 die Definition der Versicherungsvermittlung im Art. 182a AVO auf unzulässige Art und Weise erweitert und nicht bloss präzisiert. Ebenso entbehrt Art. 190b AVO Berichterstattung einer gesetzlichen Basis. Was die zunehmenden Regulierungen auf Verordnungsstufe durch den Bundesrat und die Verwaltung ohne hinreichende gesetzliche Grundlagen betrifft, laufen Vorabklärungen der beiden Geschäftsprüfungskommissionen.	4 Akquisitionstätigkeiten vor einer individuellen Beratung gelten als Werbung, nicht als Versicherungsvermittlung. Sie sind nicht von der Entschädigungsbeschränkung an angestellte und freischaffende Vermittler (gebundene und ungebundene Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler) betroffen.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.					